

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis pränumerando: Vierteljahr 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage. Die Neue Welt 10 Pf. Welt-Abonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheit täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonne oder deren Raum 50 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Sammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stichgedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Streifen-Anzeigen und Schlafstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1982.

Freitag, den 12. Juni 1908.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Die deutsche Lehrerverammlung in Dortmund.

Es waren keine großen Erwartungen, die man auf die deutsche Lehrerverammlung in Dortmund gesetzt hatte. Weder in der Lehrerverwelt, noch außerhalb ihrer Kreise. Welche Umstände und Momente hätten sie auch bedingen sollen? Etwa die Verhandlungsthemata, die auf der Tagesordnung standen? Nun, die Reichsschulbehörde hat bereits vier Lehrertage beschäftigt — eine jener Fragen, die nicht zum Leben und nicht zum Sterben kommen — und auch das Thema des Lehrermangels erweist sich seit mehr als einem Menschenalter von unüberwindlicher Lebenskraft und Aktualität. Aber den Verhandlungen einen besonderen Glanz und einen lebhaften rhythmischen Aufschwung zu geben, dazu reichten beide nicht aus. Wo der Stoff verlagte, sollte der Name wirken. Man hatte Ratorp, den Warburger Professor, der sich als Verfasser des bekannten Werkes über Sozialpädagogik einen Namen gemacht hat, für den Festvortrag gewonnen. Darin lag ein eigener Reiz. Ihm galt denn auch das regste Interesse der Teilnehmer; seinem Vortrag über Volk und Schule Preußens vor hundert Jahren und heute wandten sich die drängenden Erwartungen des ersten Verhandlungstages zu.

Ein loekendes Thema! Besonders für einen Mann von der seltenen Begabung Ratorps. Wie ließ sich gerade in diesen Tagen, da das preussische Volk noch frisch unter dem aufstrebenden Sturm der Landtagswahlen steht, die frech-brutale Reaktion des Junkerstaates brandmarken! Jena und Tilsit, der Zusammenbruch der feudalen Herrschaft, die abgrundtiefe soziale und geistige Not der arbeitenden Stände — welche Bilder von historischer Eindringlichkeit und Macht ließen sich da entwerfen! Welche Parallelen taten sich da auf zwischen Volksleben und Bildung, wirtschaftlicher Kraftverteilung und geistigen Interessen. Und aus dem tiefen Verfall, dem nationalen Bankrott, der die überlebte Herrschaft der feudalen Klasse krönte, führte eine aufsteigende Linie heraus, gezeichnet von dem Wirtschaftsaufschwung, der an den Namen des erwachenden Kapitalismus geknüpft ist. Und damit werden im Bildungswesen neue Tendenzen lebendig. Darüber und hinüber spinnen sich die Fäden. Das Interesse der Bourgeoisie an der Bildung und geistigen Kultur der Massen wächst zunächst in dem Maße, in dem die aufsteigende Entwicklung der Industrie, bekämpft von der mittelalterlichen Bildungseindringlichkeit des Junkertums, des denkfähigen Hirns und der sinken Hand des Proletariats benötigt. Dann aber, auf einer gewissen Höhe, schlägt der Kulturreifer des Besitzes um. Jetzt wird die Bildung der Masse, die zur Erkenntnis erwacht, dem Gebieter gefährlich. Und im Ru tetet das Band der gemeinsamen Wirtschaftsinteressen den einstigen kapitalistischen Schulfreund an den junkerlichen Schulfeind, und die gemeinsame Kampffront ist gegen die Arbeiterklasse gerichtet. So konnte Ratorp in wunderbarer Weise die inneren Zusammenhänge zwischen Wirtschaft und Schule, Klasseninteresse und Bildungspolitik bloßlegen. So konnte er für die Schulmach unserer Tage, für die zunehmende Verpöpfung der Volkserziehung die tiefsten ökonomischen Ursachen aufdecken und für das Verständnis ihrer Zeit, ihrer Berufsstellung, ihrer Aufgaben den Lehrern den Schlüssel in die Hand geben!

Leider versagte Professor Ratorp gerade in den Punkten, auf denen das Schwergewicht wirtschaftsgeschichtlicher Erkenntnis ruht, so gut wie völlig! Er verlor sich in einem alle historische Tatsachenlogik unbarmherzig umstrickenden Kantentort Kaiser Ideologie, das ihm stets den Arm zurückhielt, wenn er schon einmal zu einem herzhaften Schläge gegen Junker und Puder ausholten wollte. „Um die festliche Stimmung nicht zu stören“, schenkte er sich und den Lehrern, von denen nur ein kleiner Kreis seinen mit dünner Stimme vorgetragenen Gedankenreihen hatte folgen können, die Kritik gerade da, wo sie am unerlässlichsten war! Erst als er gegen das Ende hin einen deplacierten Vorstoß gegen die Konfessionsschule unternahm und ein wenig in Zukunftsmusik machte, indem er in flüchtigen Konturen ein Bild der Idealschule zukünftiger Zeitalter erstehen ließ, fand er das Ohr der Versammlung, das er bis dahin vergeblich gesucht hatte.

Wohnte Ratorp enttäuscht und viele Hörer unbefriedigt gelassen haben, sein Vortrag offenbarte doch Geist, Wissen, Belesenheit, Schulung. Wie schroff und deprimierend war der Abfall, in den unmittelbar nach ihm der Reichstagsabgeordnete Sommer-Burg mit seinem Vortrag über die Notwendigkeit und den Wirkungskreis einer Reichsschulbehörde geriet. Ein Blockgenosse liberaler Couleur mit all der Lendenlähmung und kraftlosen Unentschlossenheit, die diese waderen Kämpfer ziert. Reichsschulbehörde, gewiß! Aber nur, wenn Bernhard Bilow damit einverstanden sein würde und wenn es keine Hindernisse dabei zu überwinden gäbe. Der Blockfriede darf um keinen Preis gestört werden!

Die Debatte, die dem mit monotoner Langweiligkeit abgelesenen Vortrag folgte, vermochte nicht, sich über das recht

mäßige Niveau emporzuschwingen. Ein Hamburger, ein Leipziger und ein Heilbronner Lehrer wollten Aufgabe und Befehl der Reichsschulbehörde weiter und großzügiger gedacht wissen. Reichsschulgesetz, Einheitschule vom Kindergarten bis zur Universität, Trennung der Schule von der Kirche lauteten ihre Forderungen, für die sie freilich nicht mit dem ganzen Nachdruck und der vollen Kraft ihrer Person eintraten. Es gelang ihnen daher nicht, eine nennenswerte Erfolgsschance zu finden. Um aber allen Eventualitäten vorzubeugen, begab sich Blockbruder Kopsch in die Arena, um mit der widerlichen Gespreiztheit, die alle Emporkömmlinge kennzeichnet, sein Jahrhundert in die Schranken zu fordern. Die Zuhörerschaft tat, wie ihr geheiß: sie nahm die Leitsätze Sommers an.

Doch der unerträgliche Phrasenschwulst sollte noch nicht zu Ende sein. Am Mittwoch wurde Lews, der Unvermeidliche, auf die Versammlung losgelassen. Er markierte den jobialen Biedermann, der gut gefühlstüchtig hat. Beliebte daher anbauend zu scherzen. Und gefiel sich ungeheuer in der Rolle des Spagmachers. Er sprach über den Lehrermangel. Nichts Neues und nichts von Bedeutung. Aber reichliche zwei Stunden. Alle den Lehrermangel behandelnden Artikel der pädagogischen Presse, die während der letztverfloffenen Monate erschienen sind, feierten in seinem Referat ihre Auferstehung. Was mit Zahlen und Tatsachen auszurichten war, wurde von ihm geschickt und ausreichend ins Werk gesetzt, so daß seine Ausführungen ein abgerundetes und im großen ganzen erschöpfendes Bild von der Misere des Lehrermangels gewähren dürften. Unausstehlich war dabei aber sein krampfhaftes Bemühen, bei der Teilnehmererschaft um jeden Preis erheitert zu wirken zu wollen. Die Sucht, mit groben Effekten sich Popularität und Erfolg zu sichern, verleitete ihn zu einer geradezu unwürdigen und empörenden Behandlung des Stoffes. Leider tat ihm die Lehrerschaft den Gefallen, auf seine demagogischen Künste zu reagieren. Der Erfolg spornte ihn immer mehr an, Witze und spöttische Vorklappen über Geheimräte, Kultusminister und andere von den Lehrern sonst ehrsüchtig betagelte Respektspersonen steigen zu lassen, so daß er schließlich unter ohrenbetäubendem Applaus und frenetischer Begeisterung der Zuhörer sein Referat beenden konnte. Sichtlich hat sein Vortrag nichts zur Klärung und tieferen Erfassung der Frage des Lehrermangels beigetragen. Anstatt die ökonomisch bedingte grundsätzliche Ablehnung der Volksbildung durch den Besitz als letzte Ursache der unwürdigen Behandlung und Behandlung der Lehrerschaft darzulegen, paukt Lews auf Personen los, die nach seiner Behauptung an allem Elend schuld sind. Was Wunder, daß, wenn Lews den verflochtenen Studt in den Abgrund der Hölle stößt, nach derselben unhistorischen Logik ein Pausch darauf den Hölle in den Himmel hebt. „Unsere Hoffnung ist die Persönlichkeit des Kultusministers. Wir hoffen und erwarten, daß unser Kultusminister das Brandmal von der Stirn der preussischen Volksschule auslösche.“ Die Erläuterung, daß Minister nur Hausnechte des jeweils herrschenden Systems sind, ist den „Schulpolitikern“ Pausch und Lews noch nicht ausgegangen.

Das Wahrzeichen Dortmunds ist die alte Femeinde, die am Bahnhof ihre dünnen Kette in die Lüste redt. Das Dauengericht, das sich vor Jahrhunderten an dieser Femeinde abspielte, pflegte mit folgenden Fragen des Bronen eingeleitet zu werden:

„Wollt Ihr, Herr Richter, mir erlauben, daß ich mein Schwert ausziehe?“ — „Ja, ziehe aus Dein Schwert!“ — Der Bronen zog das Schwert, schwenkte es dreimal über dem Kopf und rief: „Wapen, Wapen, Wapen, alle, die unter dem Schwerte von Dortmund sitzen, sollen meinem Herrn gehorchen sein.“ — „Herr Richter, wollt Ihr mir erlauben, daß ich mein Schwert wieder einstecke?“ — „Ja, stecke Dein Schwert wieder ein!“

Diese Femeiszene ist ein Symbol für die Verhandlungen des Lehrertages. Wollt Ihr hohen Herren von der Regierung erlauben, daß wir mit einigen Einrichtungen der Schule nicht zufrieden sind? Wollt Ihr erlauben, daß wir darüber diskutieren und uns ein wenig entrüsten? Habt keine Angst, daß es ernsthaft werde mit unserem Horn; wir reden nur, zur Tat fehlt uns die Kraft. Wollt Ihr, hohe Herren, noch zuverlässigere Beweise für unsere Ungefährlichkeit und Harmlosigkeit haben, als wir sie bereits geliefert?

Die Lehrer stecken das Schwert, mit dem sie zaghaft gespielt haben, vorsorglich wieder in die Scheide. Und alles bleibt beim alten.

Gottlob, daß das Schicksal der Schule nicht ausschließlich in den Händen der Lehrer liegt!

## Der Reichsverband an der Arbeit.

Nachdem die politische Brunnenvergiftung den Mannen Lieberts nicht mehr so recht gelingen will, versucht der Reichsverband jetzt die Arbeiter „gewerkschaftlich“ zu verheben und dabei zugleich die Industriellen für diesen ihnen erwiesenen Liebedienst zinspflichtig zu machen.

Schon vor einiger Zeit wurde der Reichsverbandsgeneral wegen der in Form eines Flugblattes veröffentlichten, nicht gehaltenen Rede zugunsten der Glasindustriellen Scharfmacher gehörig gezankt. Aber er hat den Mut anscheinend noch nicht verloren, denn er verbandte vor einiger Zeit wiederum ein Zirkular an die Glasindustriellen, das mit dem Vermerk „Zur

„Geheimhaltung“ versehen war, aber trotzdem zur Kenntnis der bösen Sozis gekommen ist. Es lautet:

„Seit einiger Zeit sind wir bemüht, in der „Glasflöte“ (im Organ der Unternehmer der Glasindustrie, d. Red.) durch geeignete Schriftsätze unberechtigten Forderungen der in den sozialdemokratischen Gewerkschaften organisierten Glasarbeiter entgegenzutreten bezw. Entstellungen zu widerlegen. Ein Bestreben, das schon teilweise in den beteiligten Kreisen anerkannt wird. Aber nicht nur eine Interessensvertretung verfolgen wir, sondern auch eine Aufklärung für die parlamentarischen Vertreter und die gesetzgebenden Körperschaften usw. Bisher waren diese zur Beurteilung der Lage in unserer Branche durch die Darstellungen der Gewerkschaften informiert. Naturgemäß kam dabei eine einseitige Beurteilung zu stande; denn die Stimmen der Arbeitgeber fehlen fast gänzlich. Um aber unseren Zweck ganz zu erfüllen, bedarf es der regen Mitarbeit aller Betriebe der Glasbranche, und bitten wir auch Sie darum. Dies könnte am besten dadurch geschehen, daß aus den Betrieben Annahmen von Seiten der organisierten Arbeiter, Fälle von kriminellem Terrorismus, gestellte Forderungen beziehungsweise Begründungen über deren Nichtberechtigung, sowie auch handelspolitische Mitteilungen sofort mitgeteilt werden, unter Schilderung einiger Einzelheiten, damit wir sofort jeglichen Verunglimpfungen und Entstellungen entgegenzutreten können. Schnellste Information also ist's, um die wir bitten. Sie dienen dadurch nicht nur sich selbst, sondern auch der Allgemeinheit. Wir erbitten Bescheid, ob Sie geneigt sind, uns in dieser Form zu unterstützen, und werden wir Ihnen dann eine Anzahl unserer Auskunftsbogen zugehen lassen.“

Na also, das kann ja eine nette Hehe geben! Da wird wohl die denkwürdige Denkschrift zur selig entschlafenen Buchtausborslage das reine Waisentum gegen die hier projektierte Kampagne gewesen sein. Dieses Projekt muß die organisierten Arbeiter umsonste anspornen, ihrerseits diesen angeklügten parlamentarischen Verleumdungszug zu durchkreuzen, um den Reichsverband zu den vielen moralischen Schlappen, die er schon im Parlament und außerhalb desselben erlitten, einige wohlverdiente neue hinzuzufügen. Was speziell die Glasindustrie betrifft, so wird es selbst den Liebert-Jüngern wohl schwer fallen, Schwarz in Weiß zu verwandeln. Nirgends wohl sieht es ähnlich traurig in puncto Schöpfung des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter, ausreichender Entlohnung, schlimmsten Terrorismus der Unternehmer und Hüttenbeamten aus wie in der Glasindustrie!

## 400 Millionen neuer Steuern!

Der Reichsschatzsekretär Herr v. Sydow hat einem Ausrufer des „Temps“ sein Herz ausgeschüttet. Wenn deutsche Untertanen Kenntnis von den Plänen ihrer Regierung haben wollen, so müssen sie eben die ausländische Presse lesen. Daß es gerade der „Temps“ ist, dem Herr v. Sydow seine Informationen zukommen läßt, entbehrt ebensowenig eines gewissen pikanten Interesses, wie die Tatsache, daß neulich Herr v. Bilow der „Nowoje Wremja“ einen langen Artikel in Form eines Interviews schrieb:

Zu beiden Fällen handelt es sich um reaktionär-chauvinistische, um Deutschland feindliche Blätter. Und die Reklame für diese Organe entspringt offenbar Erwägungen tief sinniger Politik. Wie es in Deutschland gelungen ist, durch Borenthaltung oder Bewahrung von Informationen den größten Teil der bürgerlichen Presse in mehr oder minder offiziöse Organe umzuwandeln, so soll offenbar durch ein ähnliches System auch die ausländische Presse zur Bewunderung der deutschen Regierung erzogen werden. Der Gedanke ist sehr kindisch, ist aber gerade deswegen den deutschen Staatsmännern schon zuzutrauen.

Herr v. Sydow hat jedenfalls auf die wenig freundschaftlichen Gefühle des „Temps“ gebührend Rücksicht genommen. Denn was er ihm eröffnet hat, muß alle Feinde des deutschen Volkes mit Genugtuung erfüllen. Herr v. Sydow will dem deutschen Volke neue Steuern von nicht weniger als 400 Millionen Mark auferlegen. Im rauen Durchschnitt würde also auf den Kopf der Bevölkerung eine neue Steuerlast von etwa 6½ Mk. entfallen. Der Vorstand einer vierköpfigen Familie müßte dann jährlich zirka 26 Mk. mehr an Steuern zahlen! Aber solche Durchschnittsrechnungen stimmen nicht ganz. Herr v. Sydow hat nicht die Absicht, arm und reich in gleicher Weise heranzuziehen. Es ist ja das Prinzip der Besteuerung in Deutschland, daß die Reichen möglichst wenig zur Steuer herangezogen werden. Dazu bedient man sich der indirekten Steuern. Und Herr v. Sydow ist kein Neuerer. Die Hauptmasse der neuen Steuern soll heute schon wieder auf die schwachen Schultern der breiten Massen abgewälzt werden! Nicht nur der Tabak und der Branntwein, sondern auch das Bier sollen herhalten. Und daß dies in ausgiebiger Weise geschehen wird, ist bei der exorbitanten Höhe der aufzubringenden Summe ja selbstverständlich.

Aber Herr v. Sydow will ja wohl seine neuen Steuern mit der bei der Regierung mit Recht so beliebten Blockmajorität machen. Und so muß auch den Freisinnigen eine Ausrade gegeben werden. Dazu dient erstens einmal die Ankündigung einer Reform der Erbschaftsteuer und die der „Veredelung“ der Matrifularbeiträge. Ueber die Erbschaftsteuer hat sich Herr v. Sydow nicht näher ausgelassen, und da die Agrarier keine Freunde von Steuern sind, die sie selbst mitbezahlen müssen, glauben wir kaum, daß die



**Erbschaftsteuer** den Besitzenden viel zumuten wird. Die Veredelung der Matrifularbeite ist aber nichts als ein Vorwand, um eine gründliche und den Prinzipien einer gerechten Steuerpolitik entsprechende Finanzreform auf die Dauer zu verhindern. Statt eine direkte Reichs-einkommens- und Vermögenssteuer einzuführen, die endlich eine selbständige Reichsfinanzwirtschaft möglich machen und das Gewissen der herrschenden Klassen gegenüber den riesenhaft anschwellenden Ausgaben der Militär-, Marine- und Kolonialpolitik ein wenig schärfen würde, macht man die Scheinreform der „Veredelung“, die die Abhängigkeit des Reiches von den Einzelstaaten vereimigen und die Aufbringung der Reichssteuern den Dreiklassenlandtagen Preußens und Sachsens ausliefern! soll.

Das ist das Finanzprogramm der Regierung! Die gefügige Blockmajorität wird bald Gelegenheit haben, aufs neue ihre Volksfeindlichkeit zu bewähren. Der „Tempo“ kann zufrieden sein! —

## Terrorismus!

Um den bürgerlichen Terroristen, die so tödliches Zeug über den Terrorismus der Sozialdemokratie zusammengefasst haben, ein wenig den Mund zu stopfen und um gleichzeitig der „Ndd. Allg. Ztg.“ Material zu weiteren Terrorismus-betrachtungen zu liefern, hängen wir folgende Dokumente aus dem verflochtenen Wahlkampf niedriger:

„Die Ihnen bekannt sein wird, ist die Wahl eines national-liberalen Kandidaten im Landkreise Linden, zu dem Seelze gehört, auf das Äußerste durch die ungewöhnlich großen Anstrengungen der sozialdemokratischen Partei gefährdet.“

Es kann daher die Wahl eines national- oder antinational-gefinnten Abgeordneten unter Umständen von einer Stimme abhängen.“

Ich möchte Ihnen deshalb dringend ans Herz legen, Ihrer Wahlpflicht zu genügen und nicht etwa zu denken, es komme auf eine Stimme nicht an.“

Es handelt sich bei dieser Wahl nicht darum, ob Sie konservativ, national oder freisinnig gefinnt sind und hiernach Ihr Wahlrecht ausüben wollen, sondern lediglich darum, ob Sie als patriotisch fühlender Staatsbürger nach Kräften die Wahl eines Sozialdemokraten verhindern wollen.“

Das Wahllokal befindet sich im Kasino beim Gastwirt Dittleben.“

Sie wählen in der — (die Ziffer ist angegeben) Abteilung um — Uhr.“

Der von den Ordnungsparteien aufgestellte Wahlmann Ihrer Wahlabteilung ist Herr (folgt Name).“

Bei der Vertrauensstellung, die Sie in meiner Fabrik einnehmen, nehme ich als selbstverständlich an, daß Sie nicht etwa einer Partei zum Siege verhelfen wollen, die in so vielen Fällen ihre feindliche Gesinnung gegen uns betätigt hat.“

Seelze, den 1. Juni 1908. Dr. R. de Haan. (Eigenhändig unterschrieben.)

Forst (Lauff), Datum des Poststempels.

Sehr geehrter Herr!

Sie dürften ja selbst zur Genüge wissen, in welcher unerhörten Art und Weise die Sozialdemokratie kämpft. Wohlthaten, Wohltätigkeiten, Wohlfühlungen, Wohlfühlungen, Wohlfühlungen sind an der Tagesordnung.“

Druck erzeugt Gegenruck!

Wir erlauben uns heute, Ihnen einlegend zu übersenden:

1. eine rote Liste, enthaltend die Namen der Handwerker und Gewerbetreibenden, die rot gewählt haben.
2. eine rote Liste, enthaltend die Namen derjenigen Werksführer und Meister, die rot gewählt haben.
3. eine weiße Liste, enthaltend die Namen derjenigen Handwerker und Gewerbetreibenden, die bürgerlich gewählt haben.
4. zwei blaue Listen, enthaltend die Namen der Arbeiter, die bürgerlich gewählt haben.

Wir richten an Sie die Bitte, sämtliche Listen gut aufzubewahren, und empfehlen ganz besonders die nationalen, treu gefinnten Arbeiter dringend Ihrer Fürsorge.“

Treu um Treu!

Gleichzeitig bitten wir Sie, unbedingt darauf zu achten, daß Ihre Beamten, Meister usw. am 3. Juni ganz bestimmt zur Wahl gehen.“

Hochachtungsvoll

Der Wahlschutz der vereinigten bürgerlichen Parteien.

Eine schäufliche Denunziation der Berliner Beamten, die sich nicht als Stimmvieh für die Reaktion mißbrauchen lassen, leistet sich heute wieder die „Deutsche Tageszeitung“:

„Völlig entschuldigt werden freilich diejenigen von den Berliner Beamten, die diesmal säumig waren, dadurch nicht. Nach unserem Dafürhalten mußten sie im schlimmsten Falle doch unbedingt der Sozialdemokratie gegenüber für den Freisinn optieren; das sagen wir mit aller Entschiedenheit, obwohl wir kaum in dem Verdacht stehen, von der politischen wie der sozialen Haltung des Berliner Kommunalfreisinnigen allzu hoch zu denken. Und ganz unentschuldigbar sind nach unserer Ansicht selbstverständlich alle Beamten, die für die Sozialdemokratie gestimmt haben. Festgestellt ist aber, wie wir mit besonderer Genugtuung betonen möchten, eine solche Haltung nur von einzelnen städtischen Beamten und Lehrern. Jeden Kommentar dazu möchten wir uns sparen.“

Unser Gesamturteil geht sonach dahin: der größere Teil der Beamtenchaft von Groß-Berlin hat bei diesen Wahlen seine Pflicht getan; mehrere Beamtenklassen haben sogar besonderen Eifer bewiesen. Trotzdem ist die Zahl derjenigen Beamten, die auch diesmal nicht zur Wahl gegangen sind, augenscheinlich nicht geringer gewesen als sonst. Und das ist und bleibt gegenüber dem stärkeren Ansturm der Sozialdemokratie bedauerlich. Demgegenüber müssen namentlich die rechtsstehenden Parteien in Berlin künftig mehr auf dem Posten sein, um den Beamten die Erfüllung ihrer Wahlpflicht zu erleichtern. Daß aber ein Beamter seine Stimme einem Sozialdemokraten gibt, wird künftig hoffentlich auch bei städtischen Angestellten nicht wieder vorkommen!

Hier werden also mehrere städtische Beamte und Lehrer direkt denunziert! Ingleich wird der Berliner Magistrat scharf gemacht, gleich den Staatsbehörden Wahlterror gegenüber den städtischen Beamten zu üben! Und zu dieser schäuflichen Denunziation, dieser frechen Bedrohung der Beamten fügt das Blatt der Gleichvertheurer und Wohlwucherer noch den Hohn, daß künftig die reaktionären Parteien in höherem Maße bemüht sein würden, den Beamten durch Druck die Erfüllung ihrer Wahlpflicht (!) zu „erleichtern“!

Und dies schamlose Terroristengesinde will — die Sozialdemokratie wegen ihres „Terrorismus“ zur Rechenschaft ziehen? Mögen die Herren nur im Landtag kommen, an einer gepfefferten Antwort soll's ihnen nicht fehlen!

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 11. Juni 1908.

### Stichwahlresultate.

In Teltow-Beestow sind gewählt: 625 konservative, 484 liberale, 66 sozialliberale, 351 sozialdemokratische Wahlmänner, 71 und bestimmt: 10 Wahlen sind nicht zustande gekommen. Es findet also Stichwahl zwischen den konservativen Kandidaten Hammer und Felisch und den nationalliberal-freisinnigen Kompromißkandidaten Dr. Lubenthal und Liepmann statt.

In Kiel wurden nach den Wahlmännerstichwahlen gezählt für Hoff (Pr.) 819, für Adler (Soz.) 273, für Schifferer (natl.) 221, für Schulze (L.) 49 Wahlmänner. Es ist also Stichwahl zwischen Hoff und Adler nötig.

In Bodum, wo 989 Wahlmänner zu wählen waren, sind nach dem Ergebnis der Stichwahl insgesamt für Landrat Gerstein (natl.) 448, für Gerichtsekretär Bartscher (S.) 423, für Gewerkschaftssekretär Sufemann (Soz.) 116 Wahlmänner gewählt worden. Zwei Stichwahlen sind nicht zustande gekommen. Somit erscheint Stichwahl zwischen Gerstein und Bartscher sicher.

### Die Kunst im Leben der „Freisinnigen Zeitung“.

Die „Freisinnige Zeitung“ wird von „Künstlern“ redigiert. Von Deuten nämlich, die unübertrieben sind in der Kunst, ihren Lesern ein Z für ein U zu machen. Die wunderbare Geschicklichkeit, womit die Redaktion dieses Blattes von jeher die Irreführung ihrer Leser zu betreiben verstand, läßt sich nicht entfernt vergleichen mit dem amüsanten Fälscherhandwerk, das die kleinen freisinnigen Klätter draußen in der Provinz treiben. Sie hat vollen Anspruch darauf, als Kunst angesehen zu werden. Hier die neueste Nummer aus dem endlosen Programm dieser Künstler.

Gegenüber unserem kürzlichen Hinweis, daß der Freisinn nicht in der Richtung und im Geiste seines Programms gearbeitet, sondern seinen angebliehen Gegnern sogar noch geholfen hat, die Durchsetzung liberaler Programmforderungen zu verhindern, verlangt das Blatt allen Ernstes, wir sollten die Behauptung beweisen.

Im ersten Augenblick sieht man fast so solcher Unverfrorenheit. Nach 1½ Jahren der Blodpolitik, zwei Monate nach Annahme des Sprachenparagraphen durch den Freisinn soll man erst noch beweisen, was alle Welt weiß!

Doch alsbald erinnern wir uns. Die Leser der „Freisinnigen“ wissen das ja oben nicht. Sie haben ja von den Dingen, die die Welt bewegen, immer nur so viel erfahren, wie die löbliche Redaktion ihnen mitzuteilen für gut befand. So z. B. erfahren sie auch im vorliegenden Fall absolut nicht, worum es sich eigentlich handelt. Mein Sterbenswörtchen verrät ihnen ihr Blatt vom Gegenstand des Streites. Nichts davon, daß unsere Notiz eine Erwiderung war auf die freisinnige Verdrehung: die Sozialdemokraten hätten dem Freisinn einen Vorwurf daraus gemacht, daß er mit seinen wenigen Abgeordneten sein Programm nicht „durchgesetzt“ habe! Noch viel weniger natürlich hören sie von unserem Nachweis, daß schon vor fünfzig Jahren der Liberalismus es ebenso gemacht hat wie heute!

Man bewundere die Virtuosität dieser Fälschung. Erstens glauben jetzt die Leser der „Freisinnigen“, wir hätten auf jene Darstellung nichts erwidert und seien mithin jetzt verpflichtet, im Abgeordnetenhaus unser Programm „durchzusetzen“. Zweitens glauben sie, wir hätten aus reiner Krakeelsucht ohne jeden Anlaß einen Streit vom Zaune gestochen. Drittens müssen sie bei dem sicheren Auftreten ihres Blattes annehmen, der Freisinn habe in der Tat sein Programm noch nie verraten. Und dazu kommt noch viertens ein besonderer Anlaß, indem die „Freisinnige“ am Schluß zum so und so vielen Male die Vorkommnisse in Bayern und Oldenburg vorbringt. Dabei weiß sie natürlich ganz genau, daß in Bayern die Sozialdemokraten ein Bündnis abgeschlossen haben, um gegen den Freisinn eine Verbesserung des Wahlrechts durchzusetzen, und daß die Entgleisung in Oldenburg von uns scharf gemißbilligt worden ist. Ebenso weiß sie, daß solche Entgleisungen bei uns Ausnahmen, bei dem Freisinn aber die Regel sind.

Ist es zu viel, wenn wir sagen, in der „Freisinnigen Zeitung“ ist das Fälschen zu einer wahren Kunst ausgebildet? Glücklicherweise schadeis nicht viel, denn die Leserschaft des Blattes ist verschwindend gering.

### Mit welsch grimmigem Haß

der Freisinn die Arbeiterschaft und ihre Bestrebungen betrachtet, das zeigt sich bei jeder großen wie bei jeder kleinen Gelegenheit. So las man dieser Tage in der „Freisinnigen Ztg.“ folgende Notiz:

„Ueber blutige Ausschreitungen französischer Arbeiter meldet ein Telegramm aus Paris: Etwa 8000 Mitglieder der Arbeiterschulden hielten Sonnabend abend eine Protestversammlung gegen die Vorgänge in Vigneux ab. Nach Schluß der Versammlung kam es zu heftigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und Teilnehmern der Versammlung, bei denen zwölf Polizeibeamte und mehrere Aufseher verletzt wurden. Gegen Mitternacht war die Ruhe wiederhergestellt.“

Wie man sieht, enthält das Telegramm an sich nicht den leisesten Anhaltspunkt dafür, daß die Arbeiter Ausschreitungen begangen haben. Es meldet nur die Tatsache, daß „es“ zu Zusammenstößen „gekommen“ sei. Diese können also ebenso wohl auch durch Ausschreitungen der Polizei herbeigeführt sein. Jedenfalls kann man von Berlin aus vorläufig absolut nicht wissen, wie der Vorfall entstanden, ja was überhaupt vorgefallen ist. Aber das macht nichts. Die „Freis.“ spricht ohne weiteres von „blutigen Ausschreitungen französischer Arbeiter“ und erweckt so im Kreise ihrer Leser wieder einmal die gruselige Vorstellung, daß die Arbeiter insgesamt — denn hier ist nicht etwa nur von sozialdemokratischen Arbeitern die Rede — nicht viel anders seien als blutiger Bestien, die mit eiserner Gewalt im Zaum gehalten werden müßten. Dabei nehmen wir nicht einmal irgend welche absichtliche Verdrehung an. Nein, ihr ist diese Anschauung über die Arbeiterschaft vollständig in Fleisch und Blut übergegangen, so daß sie ganz von selbst und unwillkürlich in solchem Vorfall, ohne den Schatten eines Zweifels, eine Ausschreitung der proletarischen Bestie sieht.

Allerdings, ein paar Tage vor einer Wahl weiß sie ihre Gedanken über die Arbeiter besser im Zaum zu halten. —

### Keine Freifahrt für Wahlmänner.

Da, wo Wahlmänner zur Ausübung der Abgeordnetenwahl genötigt sind, die Eisenbahn zu benutzen, steht ihnen das Recht auf freie Fahrt nicht zu. Ein entsprechender Antrag ist zwar von den Freikonservativen — bekanntlich derjenigen Partei, die bei dem indirekten Dreiklassenwahlrecht am allerbesten abschnidet — gestellt worden und am 6. März d. J. im Abgeordnetenhaus zur Verhandlung gelangt, allein der Antrag ist der Budgetkommission überwiesen worden, ohne daß irgend eine Entscheidung getroffen worden wäre. Auch eine ministerielle Verfügung im Sinne des Antrages Gang ist nicht erfolgt.

### Die Rechte im Karpfenteich.

Die „Kreuz-Zeitung“ hatte dieser Tage bei einer Besprechung des Wahlergebnisses geschrieben, die Vorschläge der neuen sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten, in der

preussischen Landesvertretung nach als aufreizende Störenfriede aufzuspielen“, würden, auch wenn sie noch so ernst gemeint wären, an der Geschäftsordnung und an dem festen Willen der Mehrheit, Ordnung zu halten, zu scheitern werden.

Diese Auslassung des Junkerblattes zitiert in ihrer Nr. 130 die „Trierische Landeszeitung“, das bekannte rheinische Zentrumsorgan, und fügt hinzu:

„Ordnung halten ist selbstverständlich; aber deshalb können die Sozialdemokraten den Herren der Rechten sehr viel sagen, was ihnen sehr unangenehm ist. Sie werden auch sicher ihre Redefreiheit reichlich anwenden. Die Luft wird eine etwas andere werden. Es ist doch wirklich nicht so schwer, den „Recht“ im sogenannten Junkerparlament zu spielen.“

Das Zentrumsblatt sagt die Wahrheit. Indem es aber von den Sozialdemokraten erwartet, daß sie die Rechte im Karpfenteich spielen werden, beschuldigt es seine eigene Landtagsfraktion der gröblichen Vernachlässigung ihrer Volksvertreterpflichten. Das Zentrum preist sich Tag für Tag als die einzig wahre Volkspartei an und lobt seine Parlamentsstätigkeit in den höchsten Tönen. Wir fragen demgegenüber: Bedürfte es unter diesen Umständen der sozialdemokratischen Rechte, wenn die schwarzen „Volkstreue“ ihre Pflicht täten? Das Zentrum zählte im preussischen Landtag bisher schon 97 Abgeordnete; aber es müssen erst sechs oder sieben sozialdemokratische Volksvertreter in das Dreiklassenhaus eindringen, um der Regierung und den Junkern die Forderungen des Volkes in die tauben Ohren zu rufen! Die „Trierische Landeszeitung“ stellt ungehört der Sozialdemokratie das glänzendste Zeugnis aus, und sie beschuldigt ebenso ungehört das Zentrum der völligen Unfähigkeit zur mannhaften Vertretung der Volksinteressen.

### Idyllische Zustände

scheinen im Osten des Königreichs Preußen in den unteren Verwaltungsbehörden zu herrschen. In der „Sozialen Praxis“ macht Generalrat Willner in Protoschin Vorschläge zur Aenderung der Gewerbeordnung und bemerkt zu § 134 e: „Nebenbei wäre es wünschenswert, wenn neuerlassene Arbeitsordnungen beim Nachtrage bei den zuständigen Gewerbeinspektoren eingereicht würden, da diese am ehesten in der Lage sind, auf die Beseitigung unbilliger Bestimmungen hinzuwirken.“

Die Mitglieder des Reichstages und des Bundesrates, die vor achtzehn Jahren die Novelle zur Gewerbeordnung berieten, werden der Meinung sein, daß sie die Wünsche des Herrn Willner schon damals erfüllt haben, als sie dem Absatz 1 des § 134 e folgende Fassung gaben: „Die Arbeitsordnung sowie jeder Nachtrag zu derselben ist unter Mitteilung der seitens der Arbeiter geäußerten Bedenken, soweit die Änderungen schriftlich oder zu Protokoll erfolgt sind, binnen drei Tagen nach dem Erlaß in zwei Ausfertigungen unter Befügung der Erklärung, daß und in welcher Weise der Vorschrift des § 134 d (Änderung der Arbeiter) genügt ist, der unteren Verwaltungsbehörde einzureichen.“

Mit den zwei Ausfertigungen wollte man keineswegs die Arbeitskräfte der Landratsämter füllen, sondern man dachte sich, daß ein Exemplar am Sitz der unteren Verwaltungsbehörde verbleibt und das andere Exemplar dem Gewerbeaufsichtsbeamten zugestellt wird! In den Ostmarken sind die Behörden durch die Polenjahre so stark in Anspruch genommen, daß wenig Zeit zum Nachdenken bleibt; sonst ist es unbegreiflich, daß noch nie ein Landrat auf den Gedanken gekommen ist, einmal anzufahren, weshalb man ihm immer zwei Ausfertigungen der Arbeitsordnung schickt! —

### Milde Richter in Südwesafrika.

Vor dem Kriegsgericht zu Halle a. S. standen am 10. Juni drei frühere südafrikanische Schuttruppler unter der Anklage, einen Gefangenen zu anständig, behandelt und Gefangen von ihm angenommen zu haben. Die Verhandlung erwies, daß sie den Gefangenen, den sie nach der Bahnstation Dünnerung transportieren sollten, zuerst nach seiner Farm gebracht und dort mit ihm einen idyllischen Stabend verlebten, bei dem sie dem Kavalar, dem Schinken und den Frankfurter Würstchen tüchtig zusprachen. Zwei der Angeklagten nahmen außerdem „Reiseunterstützungen“ im Betrage von 10 und 20 M. von dem Gefangenen an. Das Kriegsgericht sprach alle drei Angeklagten frei — vielleicht hat es gemeint, ihr Verhalten müsse entschuldigt werden, weil ihnen von ihren Vorgesetzten, dem Hauptmann und dem Leutnant, der Rat erteilt war, den Gefangenen schonend zu behandeln, da er — Reserveoffizier war. Aus diesem Grunde hatte der Hauptmann Freiherr v. Wangenheim, der damals zu Utio die Landespolizei leitete, es auch nicht für zulässig gehalten, den Herrn Gefangenen in das Arrestlokal zu stecken, sondern ihn ursprünglich in ein Privathaus einquartiert, wo der Herr sich damit beschäftigte, Briefe an seine Frau zu schreiben, um die Spuren seiner Taten zu vertuschen. Erst als der Herr Gefangene sein Privatquartier verließ, wurde er auf Veranlassung des Bezirksrichters in das Arrestlokal gesperrt und dann später auf die oben beschriebene Weise ins Gefängnis von Swakoppmund spediert.

Wessen aber war dieser lächerlichste behandelte Herr Gefangene, der Farmer und Reserveoffizier Wehage, dringend verdächtig? Des mehrfachen Mordes: Er war beschuldigt, mehrere Hererofrauen und -Mädchen erschossen und erhängt zu haben. Auf seiner Farm wurde ein Sad mit Knochen und Schädeln von Hererofrauen beschlagnahmt!

Dem Herrn Farmer und Reserveoffizier wurde der Prozeß gemacht. Und es wurde festgestellt, daß er ein Hereroweib erstickte und zwei zu Tode gequält hat.

Und das Obergericht zu Windhuk übte strenge Gerechtigkeit und verurteilte den Reserveoffizier wegen — Totschlags zu neun Jahren Gefängnis!

Wir verstehen nicht recht, wie das Zutodequälen zweier Hereroweiber als Totschlag angesehen werden konnte. Da beim Zutodequälen doch eine Ueberlegung anzunehmen ist, die Ueberlegung, die den Mord vom Totschlag unterscheidet.

Aber abgesehen davon: der Totschlag wird nach dem deutschen Strafgesetzbuch mit Zuchthaus nicht unter 5 Jahren bestraft. Nur wenn der Totschläger ohne eigene Schuld durch eine ihm oder einem Angehörigen zugefügte Mißhandlung oder schwere Verletzung von dem Getöteten zum Tode gereizt und hierdurch auf der Stelle zur Tat hingeworfen wurde, oder wenn andere mildernde Umstände vorhanden sind, tritt Gefängnis nicht unter sechs Monaten ein.

Der Herr Reserveoffizier Wehage ist wegen dreier angeblicher Totschläge zu neun Jahren Gefängnis, nicht zu Zuchthaus, verurteilt worden. Es wäre sicherlich wünschenswert, zu hören, welche mildernde Umstände den Herrn Reserveoffizier und dreifachen Totschläger vor dem Zuchthaus bewahrt haben.

Der Umstand, daß die Opfer des Totschlägers Schwarze, Hereroweiber, waren, kann ja nicht als mildernde Umstände gelten, so sehr solche Annahme auch den Anschauungen weißer weicher Afrikaner entsprechen mag. —

### Korrektur der Rechtsprechung.

Auf der Jahresversammlung des sächsischen Jagdschutzvereins hatte der Vorsitzende der vereinigten Kinnrode, Herzog Viktor von Ratibor, darauf hingewiesen, daß die De-



Strafungen wegen Wilddiebereien außerordentlich niedrig seien. Im Anschluß hieran hatte er mitgeteilt, der zweite Präsident des Vereins, General der Kavallerie von Kirchbach, sei beim sächsischen Justizminister deshalb bereits vorstellig geworden und habe bereitwillig Hilfe gefunden. In einem Falle zu milder Bestrafung eines Wildfrevlers durch ein sächsisches Gericht habe der Justizminister bereits eingegriffen versucht, aber die Strafe sei schon rechtzeitig gewesen. Es wurde deshalb um rechtzeitige Mitteilung derartiger Fälle ersucht, um rechtzeitig eine Korrektur zu milder Urteile zu veranlassen.

Als diese charakteristischen Mitteilungen der feudalen Herren gebührend gewürdigt worden waren, erließ der sächsische Justizminister im „Staatsanzeiger“ eine Erklärung, worin er im wesentlichen alles als richtig zugibt. Nur sei die Schlussfolgerung falsch, daß er Richter habe beeinflussen wollen. Das Justizministerium habe vielmehr nach Heranziehung der Akten, aus denen zu ersehen gewesen sei, daß das Urteil in diesem Falle ungerechtfertigt milde war und dem in der Sache tätig gewesenen Staatsanwalt zur Nachsicht für etwaige künftige Fälle zu erkennen gegeben, daß und aus welchen Gründen er wegen der Strafhöhe hätte Verurteilung einlegen sollen.

Der Fall kennzeichnet auch in dieser Darstellung die Oberleitung der sächsischen Justiz. Hätte der Justizminister sich die Akten so schnell kommen lassen, wenn es sich um eine andere Sache gehandelt hätte, wenn nicht feudale Rimrode interpelliert hätten? Anlaß genug wäre aber dazu vorhanden. Wir verweisen nur darauf, daß dieser Tage in Chemnitz zwei „nationale“ Arbeiterführer, die zwei unserer Genossen mit den gemeinsten Schimpfwörtern wie Judenhändler, Lump, Schuft usw. belegt hatten, nur zu je 20 M. Geldstrafe verurteilt wurden, während es Monate von Gefängnis regnet, wenn ein Arbeiter einmal einen Streikbrecher nur Streikbrecher nennt. Hier läge Anlaß genug für den Justizminister vor, sich die Akten kommen zu lassen und entsprechende Anweisungen an die Staatsanwälte ergehen zu lassen. Von dieser Art Korrekturen der Justiz wird aber der Justizminister sicher nichts wissen wollen, da wird er wieder, wie vor kurzem im Landtage, den Entrüsteten spielen, der jede Einwirkung auf die Rechtsprechung mit erheblichem Aufwande von Nebenarten abstreift!

**Druckfehlerberichtigung.** In unserem gestrigen Artikel, das „Attentat auf das Koalitionsrecht der Angestellten“, ist der Name des Anwalts des Deutschen Technikerverbandes richtig Dr. Bäumer (nicht Dr. Deumer) zu lesen.

## Oesterreich.

### Steuerreform.

Wien, 10. Juni. Abgeordnetenhaus. Die Regierung hat heute die angekündigte Branntweinsteuererhöhung eingebracht, welche eine Steuererhöhung um 50 Heller pro Liter Alkohol vorsieht. Von den Mehreinnahmen sollen ungefähr Dreiviertel zur Sanierung der Landesfinanzen verwendet werden, der Rest dem Staatschatz zufallen. Eine andere Regierungsvorlage betrifft eine Herabsetzung des Grundsteueransatzes um 15 und der Hauszins- und Hausklassensteuer um 12½ Proz. Sämtliche Maßnahmen gelten vorläufig bis 31. Dezember 1917.

## Schweiz.

### Der Mehlgoll.

Bern, 10. Juni. Heute fand eine neue Beratung zwischen Vertretern des Bundesrates und den schweizerischen Mitgliedern der kürzlich in Zürich gehaltenen Konferenz wegen der Einfuhr deutscher Mehle statt, wobei in erster Linie die Frage geprüft wurde, ob von den schweizerischen Mäklern vorgeschlagene Zuschlagssoll von 2,40 Franc genügen werde, um die Wirkung der deutschen Ausfuhrprämie aufzuheben.

## Frankreich.

### Der Arbeitermord.

Paris, 11. Juni. Außer der amtlichen Untersuchung, welche in Signy wegen der jüngsten Zwischenfälle vorgenommen wurde, hat auch der sozialdemokratische Abgeordnete Wilms eine solche angestellt. Wilms wird die Regierung heute über diese Zwischenfälle interpellieren. Die Ausständigen in Signy beschlossen gestern Abend die Fortsetzung des Streiks. Morgen findet eine Unterredung zwischen dem Präfecten und den Arbeiterdelegierten zwecks Beilegung des Konfliktes statt.

Paris, 11. Juni. Deputiertenkammer. In Erwiderung auf eine Interpellation über die Vorkommnisse in Signy gab Clemenceau dem Bedauern der Regierung Ausdruck, daß hierbei Todesfälle zu beklagen seien. Die Regierung hatte es für ihre Pflicht, die belästigten Arbeiter und die Vorkäte in den Fabriken zu schützen. Redner berichtete sodann über die Ereignisse, wie sie aus der amtlichen Untersuchung hervorgehen. Clemenceau tabelte sodann die Gendarmen, weil sie anständige Arbeiter, die keine Kundgebungen veranstalteten, angegriffen hätten. Das Gericht werde die Verantwortlichen feststellen und sein Urteil fällen, wenn ein fester Anhaltspunkt gegeben sein werde. Die Gendarmen seien nicht in der Minderzahl gewesen. Bisher scheine, daß der Quartiermeister der Gendarmen einen schweren Fehler begangen habe, er werde verurteilt werden. Das gerichtliche Verfahren wegen dieser Vorkommnisse sei eingeleitet. Dem Präfecten des Departements Seine et Oise dem Unterpräfekten, dem Kommandanten der Kavallerie und dem dem Gendarmen, welche nicht geschossen hätten, würden Belohnungen gegeben werden. Der Ministerpräsident schloß, indem er bat, zu wählen zwischen einer Regierung, die Reformen auf geschwähigem Wege einführen wolle und zwischen aufrührerischen Ausständigen. (Beifall links.)

Nach einer Erwiderung der Interpellanten nahm Clemenceau eine Tagesordnung an, in der die Kammer ihr schmerzliches Empfinden und ihr Vertrauen zur Regierung ausdrückt und die in Vorschlag gebrachten gerichtlichen Maßnahmen genehmigt. Diese Tagesordnung wurde mit 429 gegen 63 Stimmen angenommen. Das Haus beauftragte die Besprechung der Interpellationen Servais und Deschanel, betreffend Marokko, auf den 19. d. Mts. an. Darauf wurde die Sitzung geschlossen.

## Italien.

### Die Einigungsverhandlungen gescheitert.

Rom, 11. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Das Werk der Einigungskommission, die zur Vermittelung zwischen den streikenden Landarbeitern und den Grundbesitzern von den Bürgermeistern der Provinz Parma einberufen worden war, und von der man die Beilegung des Streiks erwartete, ist gescheitert. Die Landarbeiterorganisationen von 23 Gemeinden, die hauptsächlich an dem Streik beteiligt waren, haben die Vorschläge einstimmig abgelehnt, weil die Forderungen der Arbeiter gänzlich ignoriert worden waren. Die „Agraria“, die Organisation der Grundbesitzer, war zur bedingten Annahme bereit. Die

Verhandlungen sind abgebrochen worden. Der Streik dauert bereits 41 Tage, und das Scheitern der Verhandlungen hat die Stimmung außerordentlich verschärft. Gelingt nicht bald ein neuer Versuch, so scheint die gesamte Ernte des Jahres verloren.

## England.

### Reir Hardie über den Jarenbesuch.

London, den 11. Juni. Der Führer der Arbeiterpartei Reir Hardie erklärt in einem Interview, daß die Bedingungen, unter denen König Eduard dem Jaren seinen Besuch gestattet habe, nicht für einen Monarchen paßten, welcher Herrscher eines freien Landes sei. Er fügte hinzu, die Vergewaltigung sei ohne Zweifel dem Könige von Kapitalisten suggeriert, wie dies aus den Kursveränderungen an der Londoner und Pariser Börse hervorgehe.

## Rußland.

### Eine offizielle Erklärung.

Reval, 11. Juni. Die Petersburger Telegraphen-Agentur veröffentlicht folgendes Communiqué: Die Zusammenkunft der Herrscher Rußlands und Englands in Reval hatte den Zweck, die freundschaftlichen Beziehungen der beiden Regierungen, welche durch die Verträge des letzten Jahres eingeleitet worden sind, zu kräftigen und zu befestigen. Im Laufe der Unterredungen, die bei diesem Anlaß zwischen dem Minister des Äußeren Jzwolski und dem Staatssekretär Hardinge stattgefunden haben, wurde festgestellt, daß diese Uebereinkommen den glücklichsten Einfluß hatten auf die friedliche Entwicklung der verschiedenen Fragen, die in diesen Verträgen behandelt sind. Eine vollkommene Uebereinstimmung der Ansichten herrscht auch nach wie vor zwischen Rußland und England in betreff der Lage in Persien und Afghanistan und hinsichtlich jener Vorfälle, die sich jüngst einerseits an der indisch-afghanischen, andererseits an der russisch-persischen Grenze ereignet haben. Was Persien anbelangt, sind die Regierungen von Rußland und England nach wie vor fest entschlossen, die Integrität und die Unabhängigkeit dieses Landes zu wahren. Die Besprechungen, welche seit einiger Zeit zwischen den beiden Regierungen hinsichtlich der Lage in Mesopotamien gepflogen werden, sind, wie man annehmen kann, auf dem Punkte, zu einer vollkommenen Uebereinstimmung zu führen und es erübrigt nur noch, dieser eine feste Form zu geben. Man hofft, daß diese Uebereinstimmung als Grundlage dienen wird für eine allgemeine Entente der an dem arabischen Reformwerke beteiligten Mächte. Jzwolski und Hardinge konnten sich außerdem überzeugen von dem gegenseitigen Wunsche Rußlands und Englands, die besten Beziehungen aufrechtzuerhalten und keinen Anlaß zur Verunruhigung über das von ihnen verfolgte Ziel zu bieten. Dies gilt sowohl für die speziell zwischen den beiden Ländern geschlossenen Uebereinkommen, als auch für ihre allgemeine Politik und kann nicht verfehlen, zur Erhaltung und Befestigung des Friedens beizutragen.

### Ein neues Attentat in Grastien.

Tiflis, 10. Juni. Rittmeister Karaulow, der Chef der östlichen Gruppe der politischen Polizei, der die vorläufige Untersuchung in der Angelegenheit der Ermordung des Grafen von Grastien führte, wurde auf der Fahrt nach seiner Wohnung von einem Unbekannten schwer am Kopfe verwundet, der Täter entkam; der Versuch, die Untersuchungsakten zu rauben, mißlang.

## Die Reaktion.

Petersburg, 11. Juni. Die „Nowoje Wremja“ berichtet von einem Telegramm des Schahs, in welchem dieser den festen Entschluß ausdrückt, die Leute zu bestrafen, die das Land der „Anarchie“ zuführen, jedoch gelobt, der Verfassung treu zu bleiben. Der energische Ton des Telegramms habe die politischen Klubs eingeschüchtern, die bereits die Abschaffung des Schahs proklamieren wollten. Das Telegramm soll dem Schah viele Anhänger, in der Mehrzahl von der Geistlichkeit, erworben haben.

## Marokko.

### Die Einschränkung der französischen Operationen.

Aus Paris wird nunmehr amtlich gemeldet, daß die Räumung des Schanzgebietes vollzogen sei. Alle Truppen sind in die Lager bei Casablanca zurückgeführt. Die Periode der aktiven Operationen sei damit beendet. Die Truppen werden aus hygienischen Rücksichten außerhalb der Stadt lagern.

## Amerika.

### Defertion.

London, 11. Juni. Wie der „Daily Mail“ aus New York gemeldet wird, sind mehr als tausend Mann von der amerikanischen Flotte seit ihrer Ankunft in den kalifornischen Gewässern desertiert.

## Aus der Partei.

Wieder eine Reichsverbandssage. Der Leitjournalist der Grönder der Augsburger gelben Vereine verbreitet die Nachricht, der Verfall eines Lustmordes in Augsburg sei, wie sich jetzt herausgestellt, Sozialdemokrat und soll sogar Mitglied einer sozialdemokratischen Organisation gewesen sein.

Der — übrigens geistesranke — Röder hat, wie sich „herausgestellt hat“, mit der Sozialdemokratie nicht im entferntesten etwas zu tun gehabt.

Die sozialdemokratische Partei des Kantons Bern hielt am Sonntag in Thun ihren Parteitag ab, auf dem über die Tätigkeit der Geschäftsleitung, der sozialdemokratischen Kantonsratsfraktion, sowie der Kommission für die Schaffung von Kindergerichtsständen berichtet wurde. Angesichts der zunehmenden Aufgaben und Geschäfte der Parteileitung wurde beschlossen, wiederum einen Parteisekretär anzustellen, und als solcher sodann Genosse Fährdrich in Biel, gegenwärtig Sekretär des schweizerischen Größtvereins und der sozialdemokratischen Gesamtpartei, gewählt, der sich jedoch bis Ende Juni Bedenkzeit zur Entscheidung vorbehält. Als Sitz der besonderen Literaturkommission wählte man Bern. Für die im Herbst stattfindenden Nationalratswahlen sollen in allen Wahlkreisen des Kantons Bern sozialdemokratische Kandidaten aufgestellt werden. Den Kreisvorsitzenden ist es freigestellt, mit den Bürgerlichen Abmachungen zur Durchbringung eines sozialdemokratischen Kandidaten zu treffen. Gegen den Mißbrauch der Staatsgewalt durch die bürgerlichen Behörden in den Kämpfen zwischen Arbeit und Kapital erhob der Parteitag einen entschiedenen Protest. Der Parteivorstand in Biel erhielt den Auftrag, zugunsten der weitergeschädigten Landwirtschaft vom Bundesrat den Anfall des diesjährigen Truppenzusammenganges und die Reduktion des Hypothekenzinses für dieses Jahr zu verlangen. Die Berner Arbeiterunion erhielt den Auftrag, für die Abschaffung des noch aus dem Mittelalter stammenden skandalösen landwirtschaftlichen Arbeitsmarktes einzutreten, und weiter soll darauf hingewirkt werden, daß zur Hebung der allgemeinen Volksbildung auch der Besuch der Oberschulen obligatorisch erklärt werde.

Sozialdemokratische Wahlerfolge in der Schweiz. Im Kanton Baselstadt haben unsere Genossen bei den jüngsten Gemeinde- und Kantonsratswahlen mehrere Siege gewonnen; in Riedau bei Biel wurde der Kandidat der Arbeiterpartei in den Gemeinderat (Magistrat) gewählt.

Die sozialdemokratische Kantonsratsfraktion im Kanton Solothurn hat zu ihrem im ersten Anlauf erzielten 23 Mandaten nachträglich noch ein weiteres erhalten, da sich in einem Wahlkreis herausstellte, daß unsere Partei auf ihre Liste eine Stimme mehr erhalten hat, so daß sie nun 24 Mitglieder zählt.

Positive Arbeit der Sozialdemokraten in der Schweiz. In der Gemeinde Riedau wurde das Initiativbegehren des Arbeitervereins auf Einführung der unentgeltlichen Vererdigung von der Gemeindeversammlung einstimmig angenommen. Die seit Neujahr in der Schweiz eingeführte Publikation von Monatsbulletins über die Tätigkeit der schweizerischen Arbeiterpartei durch die Zentralfstelle in Zürich und über die jeweilige Lage des Arbeitsmarktes ist der Erfolg der Arbeitervertreter in der Verwaltungskommission des städtischen Arbeitsamtes in Winterthur. Es gibt heute auf keinem Gebiete mehr einen Fortschritt ohne die Initiative und Mitwirkung der Sozialdemokratie.

### Doktrinelles, Gerichtliches usw.

Als russische „Flüchtlinge“ gaben sich am 23. März d. J. der 37 Jahre alte Jakob Weiner aus Wilna (Rußland) und der Waffschmied Tschernikoff, gleichfalls aus Rußland, auf der Redaktion der „Fälz Post“ zu Lubwitschew aus und wählten nach langem Hin und Her den Genossen Kleefoot als Vorsitzenden des sozialdemokratischen Vereins zu bewegen, ihnen durch Anweisungsschein an den kassierer Genossen Wagner je 2 M. zu bewilligen. Ehe die beiden Strolche jedoch bei Stadtrat Wagner die ihnen geschriebene Anweisung präsentierten, fällten sie die Anweisung von je 2 auf je 12 M. Wagner schöpfe darob Verdacht und telephonierte an Kleefoot, wodurch sofort der Schwindel an den Tag kam. Beide gingen dann flüchtig, wurden aber verhaftet und später wieder auf freien Fuß gesetzt, worauf Tschernikoff ins Ausland flüchtete. Weiner, der übrigens schon seit drei Jahren seinen Wohnsitz in Mannheim hat, wurde wegen Betrugsversuchs und Uebertretung der Frankfurter Strafkammer zu einer Gefängnisstrafe von drei Wochen verurteilt. Der Staatsanwalt hatte drei Monate beantragt.

## Soziales.

### Geheime Stimmabgabe bei den Landgemeindevahlen in der Provinz Hannover ist zulässig.

Bei den Wahlen zum Gemeindeauschuss (Gemeindevertretung) von Nordern, die 1906 stattfanden, ließ der Gemeindevorsteher öffentlich abstimmen. Ein Gemeindeglied A. wollte geheim abstimmen. Der Gemeindevorsteher als Wahlvorsteher ließ das nicht zu. A. erhob gegen die Wahlen Einspruch und der Gemeindeauschuss gab dem Einspruch statt und erklärte die Wahlen für ungültig. Der Gemeindeauschuss berief sich auf die Tatsache, daß die hannoversche Landgemeindevahlen keine Bestimmung darüber treffen, wie bei den Landgemeindevahlen in Hannover zu stimmen sei, geheim oder öffentlich. Nach der Auffassung des Gemeindeauschusses sei es deshalb jedem Wähler überlassen, ob er öffentlich oder geheim abstimmen wolle. — Der Gemeindevorsteher focht den Beschluß des Gemeindeauschusses durch die Klage an und erzielte, daß der Kreisauschuss den Beschluß der Gemeindevertretung aufhob und die ständigen Wahlen für gültig erklärte. Der Bezirksauschuss bestätigte das Urteil. Er führte unter anderem aus: Aus den Akten der Gemeinde Nordern ergebe sich hinreichend, daß in Nordern seit längerer Zeit öffentlich gewählt werde. Aber es läme darauf auch gar nicht mal an. Es müsse angenommen werden, daß die hannoversche Landgemeindevahlen nur mit der öffentlichen Wahl rechnen, wenn das auch nicht in der Landgemeindevahlen stehe und sie sich darüber gar nicht auslasse. Das Stimmrecht sei in Hannover bei den Abteilungen sehr verschieden. Das zeige, daß eine gewisse Kontrolle stattfinden müsse. Dem Wahlvorsteher allein könne man das aber nicht überlassen. Daraus folge, daß die geheime Wahl den Bestimmungen der hannoverschen Landgemeindevahlen überhaupt widerspreche. Schon deshalb sei mit Recht vom Gemeindevorsteher verhindert worden, daß jemand geheim abstimme.

Das Oberverwaltungsgericht als Revisionsinstanz bestätigte zwar das Urteil des Bezirksauschusses insofern, als es die Gemeindevorsteherwahlen von 1906 ebenfalls für gültig erachtete. Es sprach aber zugleich die Zulässigkeit der geheimen Stimmabgabe bei hannoverschen Landgemeindevahlen aus, indem es ausführte: Nach den Bestimmungen der Kreisordnung für Hannover könne nicht angenommen werden, daß die öffentliche Wahl die einzig maßgebende Wahl sei. Da nun die hannoversche Landgemeindevahlen keine Bestimmung in der Beziehung treffen, so sei es nicht ausgeschlossen, daß nach Gemeindevorsteherstatut oder Herkommen die geheime Abstimmung stattfinden dürfe. Aber es stehe nicht im Belieben des Einzelnen, abzustimmen, wie er wolle. Die Gemeindevorsteher oder das Herkommen sei maßgebend dafür, ob öffentlich oder geheim bei Landgemeindevahlen in der Provinz Hannover abzustimmen sei. Für Nordern sei anzunehmen, daß dort die öffentliche Wahl hergebracht und maßgebend war. Deshalb sei die Vorentscheidung im Hinblick aufrechtzuerhalten, allerdings aus den dargelegten, ganz anderen Gründen.

### Unterstützungskassen gegen die guten Sitten.

Bei der Firma A. A. Niedinger in Augsburg wurden jedem Arbeiter pro Woche 10 Pf. Beitrag für eine sogenannte Unterstützungskasse der Fabrik vom Lohn in Abzug gebracht. Beim Austritt aus der Fabrik sollen nach den Statuten die Beiträge nur dann zurückgezahlt werden, wenn der Austritt „ohne Verschulden des Arbeiters“ erfolgt. Das Gewerbegericht in Augsburg verurteilte nun die Fabrik zur Herauszahlung der geleisteten Beiträge in jedem Fall. Zu den Gründen wurde ausgeführt: Würde sich ein zur Einstellung kommender Arbeiter weigern, durch Unterschrift zu betätigen, daß jede Woche für diese Kasse 10 Pf. vom Lohn abgezogen werden dürfen, dann würde der Arbeiter jedenfalls nicht eingestellt werden. Der Beitrag verbleibt gegen die guten Sitten und ist unzulässig, weil er die Arbeiter unter Ausnutzung der momentanen Not (Arbeitslosigkeit) zum Beitritt in eine Kasse zwingt, der sie freiwillig vielleicht nicht beitreten würden, und nach dem Befehle unzulässige Lohnabzüge verbietet.

## Aus Industrie und Handel.

### Terrorismus.

Der Verein deutscher Motorfahrzeug-Industrieller, Berlin, sahnte auf seiner letzten Generalversammlung folgenden Beschluß:

Der Verein deutscher Motorfahrzeug-Industrieller veranstaltet im Interesse einer ruhigen Weiterentwicklung der deutschen Automobilindustrie bis zum 1. September 1909 keine Automobil-ausstellung in Deutschland.

Die Mitglieder des Vereins deutscher Motorfahrzeug-Industrieller verpflichten sich, in diesem Zeitraum keine in Deutschland stattfindende Automobil-ausstellung weder direkt noch indirekt zu beschließen, gleichviel, wo und von wem sie veranstaltet wird, und zwar bei einer Konventionalliste von 10 000 M. für den einzelnen Fall und unter Ausschluß aus dem Verein.

Die Fabrikanten sind verpflichtet, auf ihre dem Verein nicht angehörenden Händler entsprechend einzuwirken, unter sinn-gemäßer Anwendung der §§ 18-21 der Vereinsstatuten, und die Händler weder finanziell noch durch Lieferung von Ausstellungsgegenständen zu unterstützen.

Wenn die Fabrikanten nicht ausstellen wollen, so ist das natürlich ihre Sache. Wie der Beschluß ergibt, will man aber auch auf Dritte einen Zwang dabei ausüben, sich ihrem Willen zu fügen.



Das Ende des Rokeisenhandbates. Die die „Allnische Zeitung“ h6rt, steht die R6ndigung des Rokeisenhandbates am 1. Juli 1908 sicher bevor. Die R6ndigung w6rde, wie das genannte Blatt schreibt, zur Folge haben, da6 die H6tten vom 1. Oktober 1908 ab Verl6ufe f6r die Zeit nach dem 1. Januar 1909 selbstt6ndig t6tigen k6nnten, sofern nicht vorher noch eine Verl6ndigung 6ber ein neues Syndikat erzielt w6rde.

## Gerichts-Zeitung.

### Die Wahlrechtsdemonstrationen vom Januar 1908

besch6ftigen noch immer die Gerichte. Personen, die an jenen Demonstrationen teilgenommen hatten, und auch solche, die vom blind zugreifenden Schuhmann irrt6mlich f6r Teilnehmer gehalten worden waren, hatten von der Polizei wegen angeblich ver6bten gro6en Unfugs und 6hnlicher Uebertretungen ihre Strafmandate gekriegt. Die Sch6ffengerichte, die auf erhobenen Widerspruch dar6ber zu entscheiden hatten, waren meist zu einem verurteilenden Erkenntnis gelangt. In mehreren F6llen brachten die Verurteilten ihre Sache vor die Berufungsinstanz, in einigen anderen war es die Staatsanwaltschaft, die Berufung einlegte, weil ihr die Strafe nicht hoch genug schien. Am Donnerstag hatte die neunte Strafkammer des Landgerichts I 6ber zwei Sachen dieser Art zu verhandeln.

### Ein Schuhmann in Kut.

Ueber den Malergehilfen **Ridmann** war vom Sch6ffengericht eine Geldstrafe von 25 Mark verh6ngt worden. Er sollte am 12. Januar, dem Wahlrechtsfesttag, etwa um 8 Uhr abends in der kleinen Frankfurter Stra6e als Teilnehmer einer Gruppe von 20 bis 30 Personen gro6en Unfug dadurch ver6ben haben, da6 er gesch6hrt und standaliert habe, und die Stra6enordnung dadurch 6bertreten habe, da6 er trotz Aufforderung eines Schuhmanns nicht weitergegangen sei. Das Gericht hatte dem Belastungszugehen **Schuhmann** Franz **Rawold** (Nr. 4588) geglaubt, obwohl **Ridmann** durch Zeugen nachwies, da6 er an jenem Tage bis zum Abend f6r die Gro6e Berliner Stra6enbahn hatte arbeiten m6ssen und nur zuf6llig in die Menge hineingeraten war, als er auf dem Bureau in der kleinen Frankfurter Stra6e sich seinen Lohn holen wollte. In der Verhandlung vor dem Sch6ffengericht wurde zur Sprache gebracht, da6 der **Schuhmann** **Rawold** sich mit dem lauten Ruf: „Du Hund!“ auf einen Demonstranten gest6rzt und ihn dabei zu Boden gerissen habe. Bei diesem Anblick hatte **Ridmann** zu seinem Nachbar gesagt: „da m6chte man sich eigentlich die Nummer notieren“, und daraufhin war dann er selber von **Rawold** festgenommen worden. Gegen das verurteilende Erkenntnis war von **Ridmann** Berufung eingelegt worden. Die Verhandlung vor der Berufungsinstanz ergab in allem dasselbe Bild: wieder behauptete **Rawold**, da6 **Ridmann** in der Menge standaliert habe und trotz Aufforderung nicht weitergegangen sei; wieder wurde von dem Begleiter **Ridmanns** befundet, **Ridmann** habe nur den Wunsch ge6uhert, sich des **Schuhmanns** Nummer zu notieren, eine Aufforderung, weiterzugehen, sei nicht zu h6ren gewesen. Der Verteidiger **Rechtsanwalt** **Heine** legte dem **Schuhmann** **Rawold** die Frage vor, ob er einen der Demonstranten „Du Hund!“ geschimpft habe. **Rawold** dr6ckte sich um die Antwort herum, indem er immer wieder versicherte, er habe auf jenen Demonstranten „nicht eingeschlagen“. Da6 **Rawold** tats6chlich mit dem Ruf: „Du Hund!“ sich auf diesen Mann gest6rzt hat, wurde bewiesen durch die Aussage von **Ridmanns** Begleiter, der in drastischer Weise schilderte, wie **Rawold** mit dem „Hund“ zu Falle kam, gegen das lachende Publikum w6tend den S6bel zog und dann den **Ridmann** herausgriff. **Rechtsanwalt** **Heine** wies darauf hin, da6 dieser Beamte selber Unrecht getan und sich dann in seiner Kut gegen **Ridmann** gewendet habe, von dem er nicht einmal zu sagen wisse, was er denn eigentlich „standaliert“ habe. Den Antrag, das Urteil aufzuheben und den Angeklagten freizusprechen, trat das Gericht bei mit der Begr6ndung, zwar solle **Rawolds** Wahrheitsliebe nicht angezweifelt werden, doch sei nicht als festgestelt anzusehen, da6 **Ridmann** standaliert habe und trotz Aufforderung nicht weitergegangen sei.

### „Das freie Wahlrecht hoch!“

Vor derselben Strafkammer als Berufungsinstanz standen der Schneidergehilfe **Road**, der Kaufmann **Thiessen** und der Privatier **Schulz**. Vom Sch6ffengericht waren sie wegen gro6en Unfugs, den sie gemeinschaftlich am 9. Januar ver6ben hatten, zu Geldstrafen verurteilt worden: **Road** zu 35 Mark, **Thiessen** zu 20 Mark, **Schulz** zu 20 Mark. Am Abend des 9. Januar sollten sie noch den Wahlberechtigten-Protokollversammlungen in der Frankfurter Allee an einem Aufmarsch beteiligt und laut ger6hrt haben. Die Staatsanwaltschaft hatte die 6ber sie verh6ngten Strafen f6r zu gering gehalten und Berufung eingelegt. Die Verhandlung vor der Strafkammer ergab nichts, was geeignet gewesen w6re, die Angeklagten noch st6rker zu belasten. **Road** war auf dem Heimwege zuf6llig in die Menge hineingeraten und war von einem Schuhmann mit bekannter Probour gepackt worden, so da6 er in Erregung geriet und demonstrierend ausrief: „Das freie Wahlrecht hoch!“ Auch **Thiessen** war, von einem Gesch6ftsbweg heimkehrend, zuf6llig hineingeraten, hatte aber nichts gerufen. **Schulz** war zur Protokollversammlung gegangen, hatte keinen Zutritt gefunden und hatte dann auf der Stra6e demonstrierend gerufen: „Das freie Wahlrecht ist das Zeichen!“ Das ist die Darstellung, die die Angeklagten gaben. **Schulz** f6gte hinzu, vor f6nf Jahren habe er bei den Landtagswahlen als Wahlmann die Ungerechtigkeit des Dreiklassenstems kennen gelernt, darum habe er jetzt sich an den Demonstrationen beteiligt. **Schuhmann** **Seelig** (Nr. 1060) und ein Kriminalschuhmann **Niesel** befundeten, die Angeklagten h6tten in der Menge „standaliert“, „ger6hrt“ usw. Von **Road** wu6te **Seelig** zu berichten, er habe gesagt: „Weshalb sollen wir hier nicht schreien, die vor dem Schlo6 haben ja auch geschrien.“ Gegen den Antrag des Staatsanwalts, die drei Angeklagten zu je einer Woche Haft zu verurteilen, machten die Verteidiger **Rechtsanwalt** **Dieblich** und **Rechtsanwalt** **Heinemann** geltend, da6 im Hinblick auf jene Wahlrechtsdemonstrationen, die 1907 vor dem Reichstagspalais und dem K6nigschlo6 stattfanden und den Wunsch nach „Voll, viel Voll, mehr Voll“ wecten, unm6glich gegen die Demonstranten von 1908 mit dem Paragrafen vom „gro6en Unfug“ operiert und h6rteste Strafen 6ber sie verh6ngt werden k6nnten. Ihrem Antrage, die Berufung des Staatsanwalts zu verwerfen, schlo6 das Gericht sich an. Den Angeklagten m66te, so wurde in der Urteilsbegr6ndung ausgef6hrt, zugute gehalten werden, da6 sie f6r ihre politischen Ideale eingetreten seien; da sei die 6ber sie verh6ngte Strafe als ausreichend anzusehen.

## Gewerkchaftliches.

### Wenn sie schweigen.

In einzelnen F6llen haben Unternehmer versucht, durch sogenannte Verh6rungen der Oeffentlichkeit unterbreitete Mi6st6nde

als nicht vorhanden erscheinen zu lassen. Dabei wurden dann gern Formen gew6hlt, durch die der Leser in den Glauben versetzt werden sollte, in dem besonderen Falle beliebige Verh6rungen beweise, da6 Klagen 6ber Mi6st6nde usw. nicht viel Unaben beizumessen sei. Da6 bei der F6lle der Mi6st6nde auch mal Unrichtigkeiten in der Berichterstattung vorkommen, ist erkl6rlich, man kann aber auch die Gewi6heit haben, da6, wenn solche vorkommen, Verh6rungen folgen. Wo diese ausbleiben, darf man sicher sein, da6 es nichts zu Berichtigenden gibt. Die „Verh6rungen“ sind n6mlich organisiert, wie folgendes Zirkular beweist:

### Verein deutscher Eisengie6ereien.

D6sseldorf 3. den 20. Mai 1908.

An die Herren Mitglieder der Ortsgruppe Berlin!

In der Anlage 6bersenden wir Ihnen einen Auschnitt aus Nr. 18 der „Metallarbeiter-Zeitung“ vom 2. Mai 1908 6ber „Die hygienischen Einrichtungen in den Berliner Eisengie6ereien“. Da wir es f6r zweckm66ig halten, solchen Ver6ffentlichungen in unseren „Mitteilungen“ entgegenzutreten, wenn sie falsch sind, so bitten wir Sie, sich zu dem Artikel freundlichst zu 6u6ern, damit wir event. in der n6chsten Nummer der „Mitteilungen“ eine Erwiderung bringen k6nnen. Wir m66ten aber darauf rechnen k6nnen, da6 uns in den uns 6berantworteten Berichten die volle Wahrheit gesagt wird. Es ist besser, wir schweigen zu den Angriffen, wenn sie auf Tatsachen beruhen, als da6 wir versuchen, sie durch nicht ganz stichhaltige Gegengr6nde zu widerlegen.

F6r eine freundlichst gew66igte Mitteilung danken wir im voraus liehens.

### Hochachtungsvoll

Verein deutscher Eisengie6ereien.

Der Gesch6ftsf6hrer, gez. Dr. Brandt.

Da man annehmen darf, da6 die einzelnen Unternehmer sehr gern die Gelegenheit benutzen, die gegen sie erhobenen Vorw6rfe zu entkr6ften, wenn objektiv die M6glichkeit dazu vorhanden ist, bedeutet Schweigen ausdr6ckliche Best6tigung.

### Der Grubenbarone Terrorismus.

Wie die Dortmunder „Arb.-Ztg.“ zu berichten in der Lage ist, nahm ein auf der Zeche „Neu-Fierlohn“ besch6ftigter Bergmann (**Lehrbauer**) im Februar dieses Jahres Urlaub zu einer Reise nach seiner Heimat. Am 14. M6rz kehrte er zur6ck und nahm die Arbeit wieder auf. Gleichzeitig wollte er seinen noch r6ckst6ndigen Lohn f6r Monat Januar im Betrage von 32 M. erheben. Er erhielt auch die Anweisung vom Steiger, wurde vom Rechnungsf6hrer aber zur6ckgewiesen mit dem Bemerkten, das Geld w6re schon abgehoben. Da das Geld wirklich nicht zu erhalten war, sah sich der **Lehrbauer** gezwungen, beim Berggewerbegericht klagbar zu werden. Das geschah zwei Tage vor dem Termin erhielt er dann das Geld vom Betriebsf6hrer **Siebert** per Post zugesandt. Die Zeche f6hlte sich also im Unrecht, was noch besonders aus folgendem Bemerk auf dem Postabschnitt hervorgeht:

„Hiermit fordere ich Sie auf, Ihre Klage zur6ckzuziehen, und zwar so fr6hzeitig, da6 ich bis zum 15. Mai, 12 Uhr vormittags, von der Spruchkammer Bescheid erhalte, da6 die Klage zur6ckgenommen ist und der Termin am 15. cr. ausf6llt.“

**Siebert,**

Betriebsf6hrer.“

Der Arbeiter lie6 es demnach zum Termin kommen, denn schlie6lich lag es im allgemeinen Interesse, die M6chenschaft der Zeche einmal gerichtlich feststellen zu lassen. Am 15. Mai war der Termin. Schon am 16. Mai wurde dem Arbeiter vom Betriebsf6hrer bedeutet, da6 es besser sei, er, der Arbeiter, k6ndige, sonst werde ihm gek6ndigt. Der Arbeiter zog es vor, selbst zu k6ndigen. W6hrend der K6ndigungsfrist erkl6rte **Steiger** **Schopp**: „Ich werde daf6r sorgen, da6 Ihnen eine s6hne Abkehr ausgestellt wird.“ Wie das gemeint war, sollte der Arbeiter noch erfahren. Er erhielt eine Abkehr als **Schlepper**, obwohl er in Wirklichkeit **Lehrbauer** war. Mit dieser Abkehr wurde er auf Zeche „Bruchstra6e“ zur6ckgewiesen, er m66te eine andere Abkehr beibringen.

Schwarze Listen, Urteilsbriefe und gekennzeichnete Abkehrscheine, das sind Unternehmertum im Kampfe gegen Arbeiter.

### Berlin und Umgegend.

#### Das heimliche Gericht.

Mit schwarzen Listen kommen die Unternehmer anscheinend schon nicht mehr aus. Sie halten in Einzelf6llen noch besondere Antrage, um nur ja keine Verurteilungen einzuf6hlen. Dabei wird ein Weg gew6hlt, auf dem die Arbeiter dem Raube- und H66gefi6hl gewissenloser Unternehmer, deren es ja auch wohl gibt, geradezu preisgegeben werden. Vor uns liegt ein vervielf6ltigtes Zirkular, das so ausfie6t:

Carl Flohr Berlin N. 4, den .....  
Maschinenfabrik Chausseest. 35.

### Vertraulich.

Der bei Ihnen angeblich vom ..... besch6ftigt gewesene ..... bezieht sich um Arbeit bei mir. Ich frage daher ergebenst bei Ihnen an, ob Genannter ein t6chtiger und zuverl6ssiger Arbeiter ist, wie sein Betragen bei Ihnen war und besonders, ob er kein Aufwiegler, H66er oder dergleichen ist.

F6r Ihre gefl. Bem6hungen sage ich Ihnen im voraus verbindlichsten Dank und versichere Sie strengster Diskretion. Ihre freundliche Mitteilung bitte ich auf der R6ckseite dieses niederzuschreiben.

Zu Gegendiensten stets gern bereit, zeichne ich  
hochachtungsvoll  
pro Carl Flohr.  
(Unterschrift.)

1 Freisubvert.  
Wenn ein Arbeiter wegen Differenzen bei einem Unternehmer k6ndigt, so kann er von diesem sehr leicht das Zeugnis bekommen, er sei ein H66er und Aufwiegler, und er ist verurteilt! Gegen diese Art Terrorismus richtet sich die Blockpresse auch nicht ein Wort der Entr6stung ab.

Die Zahlstelle Berlin des Zentralverbandes der Maurer hielt am 10. Juni im Gewerkschaftshause eine Mitgliederversammlung ab. Als Kandidaten f6r den Verbandstag wurden aufgestellt: **Heller**, **Stegemann**, **Haase**, **Mehel**, **Th6ms**, **Wingler**, **Jichod**, **Wulf**, **Schiele**. Puschel stellte den Antrag, auf dem Verbandstag daf6r einzutreten, da6 der w6chentliche Beitrag von 25 Pf., den die Arbeitslosen jetzt zu entrichten haben, in Wegfall kommt. Es wurde von anderer Seite darauf hingewiesen, da6 der Anfall j6hrelch 100 000 M. betragen w6rde, was bei einer eintretenden Lohnbewegung empfindlich f6hlbar werden k6nnte. Schlie6lich wurde der Antrag gegen eine starke Minorit6t angenommen. Es folgen noch einige Vorh6lde in Form von Anregungen. So, da6 in der ersten Krankheitswoche nur der Arbeitslosenbeitrag von 25 Pf. zu entrichten sei, statt wie jetzt 75 Pf. Au6erdem sollte der Verbandstag die Bestimmung aufheben, nach der ledige Mitglieder der Streikunterst6tzung verlustig gehen, wenn sie sich bei einer Lohnbewegung weigern, den Ort zu verlassen. Es wird die Ansicht ausgesprochen, wo die moralische Einwirkung versage, auch diese M66regel nicht helfe. Am 17. Juni findet in K6lders Fests6hlen eine Generalversammlung statt.

### Deutsches Reich.

#### Wer hat sie in den Streit „geh6rt“?

Von dem pl66lichen Ausdruck einer Lohnbewegung auf der zur Donnerstagsnachts A.-G. geh6renden Konfordinde wei6t die „Schlesische Zeitung“ folgendes zu berichten: „Die Nachmittagsbelegkassette (am Pfingstsonnabend d. V.) geriet infolge einer

Bedrohlichen Lohnherabsetzung in gro6e Aufregung. Die Schlepper schleuberten die „Kassette“ zur Erde, warfen die Erkennungsmarken in die Marktenbude zur6ck und drohten mit der Arbeitseinstellung. Es w6re zu gr66erer Ausschreitung gekommen, wenn der Belegkassette nicht mitgeteilt worden w6re, da6 alles beim alten bleiben soll. Ueber 200 Mann legten die Arbeit nieder und gingen auseinander. Die Bewegung h6lt aufeinander noch an; die **M6delsf6hrer** fehlen auch heute fr6h“ (d. h. am Dienstag). — Es handelt sich hier um einen elementar zum Ausbruch gekommenen sogenannten wilden Streik, der gerade in der Art seines Verlaufes die schwerste Anklage gegen das Grubenkapital bedeutet. Nicht einmal die „Schles. Ztg.“ wagt es, die „M6delsf6hrer“ dem Verband der Bergarbeiter aufzuh6hlen.

Aussperrung in Spezialgesch6ften des Baugewerbes. In Frankfurt a. M. hat der Verein baugewerblicher Spezialgesch6fte die **Rabitzer** und **Zementwerke** ausgesperrt, um die Verbandsleitungen zur Annahme des Berliner Schiedspruches f6r das Baugewerbe und zur Aufhebung des Streiks der Fliesenleger zu veranlassen. Von der Aussperrung wurden auch eine Anzahl Bauhilfsarbeiter, Zimmerer und Weibh6nder in Mitleidenschaft gezogen. Die Unternehmer versuchen nun, die Arbeiter zum Austritt aus der Organisation zu veranlassen und unterbreiten ihnen die „ber6hmten“ **Reberse**, in denen auf „Pflicht und Gewissen“ erkl6rt werden soll, da6 der Unterzeichnete keiner Organisation angeh6rt. (!!!) Erfolg haben die Unternehmer damit noch nicht erzielt.

Insgesamt sind in Frankfurt a. M. 277 Arbeiter von der Aussperrung betroffen worden.

### Ausland.

Politik in der schweizerischen Gewerkschaftsbewegung. Der Verein der schweizerischen Lokomotivf6hrer, der mit 1400 Mitgliedern wohl fast alle Berufsgruppen umfa6t, beschlo6 auf seiner k6rzlich in Gen6v abgehaltenen Delegiertenversammlung, da6 im Verbandsorgan nicht nur Fragen rein gewerkschaftlicher Natur, sondern s6mtliche, allgemein materielle und soziale Interessen des Lokomotivpersonals ber6hrende Fragen behandelt werden sollen.

## Aus der Frauenbewegung.

### Achtung, Genossinnen!

F6r den „Allgemeinen Wahlverein f6r Berlin und Umgegend“ werden Anmeldungen und Beitr6ge bei folgenden Stellen entgegengenommen:

#### Berlin:

- Frau **Koschewski**, Sch6nestr. 14.
- Frau **D6hring**, Steinmehstr. 23.
- Frau **Steinlof**, Oranienstr. 45, Stfl. III.
- Frau **Bengel**, Warschauer Stra6e 20, v. II.
- Frau **D6hly**, Forster Stra6e 44.
- Frau **Jern**, Elbinger Stra6e 2.
- Frau **K6rner**, G6dowiedstr. 21.
- Frau **Panzeram**, Poppel-Allee 76, I.
- Frau **Ratshke**, Wolgaster Stra6e 8, I.
- Frau **Hoppe**, Wandlstr. 40, v. II.
- Frau **Wulf**, Oldenburger Stra6e 40, Gart. I.

#### Niederbarnim.

- Frau **Neumann**, Frankfurter Allee 178, v. III.
- Vorfigwalde: Frau **Kienast**, M6nchstr. 10.
- Erfner: Frau **D6hly**, Friedrichstr. 21.
- Friedrichshagen: Frau **Endenberg**, Friedrichstr. 8, I.
- Karlshorst: Frau **K6ter**, Krausestr. 6.
- Kaulsdorf: Frau **Buchmann**, G6noterstr. 1.
- Lichtenberg: Frau **Liebermann**, Lindenstr. 2, I.
- Pankow: Frau **Stiller**, Pankow, Winklstr. 8, Aug6. II.
- Reinickendorf-Ost: Frau **Abegli**, Winterstr. 30.
- Reinickendorf-West: Frau **Przewerzinski**, Eichhornstr. 18.
- Rummelsburg: Frau **Sidert**, Prinz-Albrecht-Stra6e 14.
- Wei6ensee: Frau **Kohl**, Friedrichstr. 4.
- Wilhelmsruh: Frau **B6hle**, Linden-Allee 22, I.

#### Teltow-Becklow.

- Aldershof: Frau **Schindhelm**, Bismarckstr. 36.
- Baumshulenberg: Frau **K6ngel**, Marienhaler Stra6e 2.
- Brix: Frau **Emma Voigt**, B6rgerstr. 57.
- Charlottenburg: Frau **Burkert**, Brauhoffstr. 2.
- Friedenau: Frau **Budroff**, Ringstr. 25.
- K6nigs-Wusterhausen: Frau **Lorenz**, Rudenwalder Stra6e 4a.
- K6rdorf: Frau **K6hr**, Wilmannsstr. 10.
- Sch6neberg: Frau **K6mmler**, Weininger Str. 8.
- Steglitz: Frau **Dr6ger**, Hornstr. 15.
- Teltow: Frau **K6hler**, Hoher Steintweg 7.
- Tempelhof: Frau **Thiel**, Friedrich-Wilhelmstr. 20.
- Wilmerdorf: Frau **L6hle**, Siegmaringenstr. 5.
- Zehlendorf: Frau **Schulz**, Hauptstr. 46.

Auch werden im Bureau der sog. Frauen, Lindenstr. 8, I. Hof 4 Z., Anmeldungen und Beitr6ge entgegengenommen.

### Der Vorstand.

### Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin. Jugendabteilung. Sonntag, den 14. Juni, nachmittags 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15: Vortrag und gefelliges Beisammensein. G6ste willkommen.  
Montag, den 15. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstra6e 68/69: Amstabend. G6ste willkommen.  
Gr. Lichterfelde-Pankow. Montag, den 15. Juni im Kaiserhof, K6rnoldplatz, Gr. Lichterfelde Ost: Vortrag 6ber: „Erste D6lfe bei Ungl6cksf6llen.“

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Armer Correggio!

Stuttgart, 11. Juni. (B. H.) In zwei hiesigen Postkartenhandlungen wurden Reproduktionen des bekannten Gem6ldes „Zeda mit dem Schwan“ beschlagnahmt. In nicht 6ffentlicher Verhandlung wurde im objektiven Verfahren auf Einziehung und Unbrauchbarmachung der Postkarten erkannt. Ein Strafverfahren gegen den H6ndler wurde nicht eingeleitet.

### Wieder eine Eisenbahnkatastrophe in Belgien!

Br6ssel, 11. Juni. (B. H.) Auf der Bahnlinie Mons-Ath hat sich heute eine neue schwere Eisenbahnkatastrophe ereignet. Ein aus Mons kommender Personenzug entgleiste in der N6he des Bahnhofes **Maffle**, viele Wagen wurden zertr6mmert und gerieten durch das aus der Lokomotive ausgeworfene Feuer in Brand. Ein Sonderzug mit Feuerwehrleuten ist aus Charleroi nach der Unfallstelle abgegangen. Die genaue Zahl der Opfer steht zurzeit noch nicht fest; nach den ersten Meldungen sind 5 Personen get6tet und 15 verletzt. Dies ist das vierte Eisenbahnungl6ck, welches sich auf den belgischen Staatsbahnen innerhalb von drei Wochen zugetragen hat. Die Meldung von der Katastrophe rief in den Wandelg6ngen der Kammer gro6e Aufregung hervor.

Br6ssel, 11. Juni. (B. L. V.) Nach einer hier eingegangenen amtlichen Mitteilung 6ber das Eisenbahnungl6ck bei **Maffle** wurden 3 Personen get6tet und 15 verletzt. Die Maschine, der Gep6dwagen und f6nf Personenwagen sind verbrannt.  
Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterschriftsblatt.



19. Internationaler Bergarbeiterkongress.

Paris, 10. Juni 1908.

Den Vorsitz führt Jarolim-Oesterreich. Die Debatte über die Frage des Minimallohnes wird zu Ende geführt, ohne daß neue Gesichtspunkte geltend gemacht wurden. Die beiden Resolutionen, die französische und deutsche, werden einstimmig angenommen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die Frage der Regulierung der Produktion.

Die Franzosen beantragen: Wenn ein allgemeiner Streik in irgend einem Lande ausbricht, sollten die Bergarbeiterverbände der benachbarten Länder ihre Produktion durch eine vereinbarte Arbeitseinstellung beschränken.

Die Belgier beantragen: Es ist für die Bergarbeiter aller Länder von größter Wichtigkeit, daß die Kohlenproduktion international geregelt wird. Wenn der Kohlenverbrauch abnimmt und die Vorräte sich anhäufen, ist es Pflicht der Verbände in jedem Lande, die Kohlenproduktion zu verringern dadurch, daß die Arbeit eine mehr oder weniger hohe Anzahl Tage pro Jahr eingestellt wird. Durch Befolgung dieser Taktik werden die Bergarbeiter umstände sein, gute Lohnverhältnisse aufrecht zu erhalten und sich bessere Arbeitsbedingungen zu verschaffen. Die Anzahl der Tage, während welcher die Arbeit eingestellt werden muß, soll von dem Internationalen Komitee bestimmt werden.

Die französische Resolution wird von Cordier-Pas de Calais begründet. Bei den großen Streiks in England, Frankreich und Belgien wurde ebenso ausländische Kohle importiert, um den Streik lahmzulegen. Hiergegen müssen Maßnahmen ergriffen werden. Zwar wird die praktische Durchführung der Resolution ein schwieriges Werk sein, aber durch eine starke Organisation und durch die Erziehung des Proletariats zu internationaler Solidarität wird es gelingen. (Lebhafte Beifall.)

Die belgische Resolution begründet Callebaert: Beim Streik im Ruhrgebiet haben wir Belgier versucht, den Import der belgischen Kohlen nach Deutschland zu verhindern, und es ist auch zu einem Sympathiestreik gekommen. Die Angelegenheit ist von fundamentaler Wichtigkeit für die internationale Bergarbeiterbewegung. (Bravo!)

Gue-Deutschland: Es handelt sich hier allerdings um die wichtigste Frage des Kongresses. Aber weder die Anträge noch die Begründung werden dieser Wichtigkeit gerecht. Gerade die Belgier und Franzosen haben uns bisher ohne jede Information über ihre Aktionen gelassen. Fast regelmäßig sind wir von ihren Streiks überrascht worden, so daß die Vorbereitung einer gemeinsamen Aktion gar nicht in Frage kommen konnte. Die belgischen Kameraden hätten uns sagen sollen, wie sie zu ihrem Antrag gekommen sind. Er ist entstanden aus den Klagen der Belgier im Internationalen Komitee, daß aus England und Deutschland außerordentlich billige Kohlenangebote nach Belgien kämen und ihnen das Brot aus der Hand schlugen. Tatsächlich kommt Deutschland als Kohlenausfuhrland weit weniger in Betracht als England. Bei besserem Arrangement könnten selbst die 8 Prozent der Gesamtproduktion, die Deutschland ausführt, im Lande bleiben. England führt dagegen 25-30 Proz. aus. Es wäre nun Sache der englischen Kameraden sich zu erklären, ob sie geneigt sind, im Falle eines kontinentalen Streiks dafür zu sorgen, daß wenigstens keine Erhöhung der englischen Kohlenausfuhr eintritt. Wir erwarten, daß sich die Engländer hierüber klipp und klar aussprechen. Auf allen bisherigen Kongressen haben wir es vermisst. (Hört! hört! bei den Deutschen.) Die deutsche Kohlenausfuhr muß uns Deutschen gar nichts. Während deutsche und englische Kohle in Belgien billiger angeboten wird als belgische, werden in Deutschland die Kohlenpreise noch erhöht. (Hört! hört!) Wir handeln im Interesse der Allgemeinheit, wenn wir gegen die Sympathiepolitik der Ausfuhr billiger deutscher Kohlen und wenden. Dem Prinzip der Resolution stimmen wir vollkommen zu, aber an der Sache wird damit noch nichts geändert. Hier einzugreifen ist, da es sich um eine internationale Angelegenheit ersten Ranges handelt, Sache des internationalen Komitees, das ohne die Schwerfälligkeit öffentlicher Verhandlungen alle Möglichkeiten prüfen kann. Wir beantragen daher, die Resolutionen dem Internationalen Komitee zu überweisen. (Lebhafte Beifall.)

Die österreichische Delegation erklärt ihr volles Einverständnis mit diesen Ausführungen und verzichtet auf Wort.

Faloney-Belgien wünscht, daß in jedem Lande ein statistisches Bureau über Produktion, Ein- und Ausfuhr, Preise vierteljährlich an die Sekretäre der nationalen Organisationen und an das Internationale Komitee berichten und daß vom Kongress eine internationale Kommission zur Kontrolle der Produktion eingesetzt werden soll.

Die englische Delegation gibt die Erklärung ab, daß sie davon abstehe, sich an der Diskussion dieser Frage zu beteiligen (Hört! hört! bei den Deutschen), daß sie aber bereit sei, für die Ueberweisung der Anträge an das Internationale Komitee zu stimmen.

Schließlich werden die Resolutionen und das Amendement Gue zunächst dem geschäftsführenden Komitee überwiesen.

Die Abstimmung soll später erfolgen. Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist die Verbesserung der Berggesetze.

Die Föderation Großbritanniens beantragt folgende Resolution: In Anbetracht des großen Verlustes an Menschenleben und der großen Zahl Männer und jugendlicher Arbeiter, die jedes Jahr in den Gruben verunglückt, sollten die Berggesetze in jedem Lande so verbessert werden, daß die Sicherheit der Arbeiter in den Gruben größer wird.

Wadsworth-England weist darauf hin, daß im vergangenen Jahr in England 1162 Bergarbeiter tödlich verunglückt und mehr als 100 000 verletzt wurden. In den letzten 25 Jahren haben die Aktionäre ihr Kapital vier- und fünfmal als Dividende zurückgehalten, und eine bessere Grubeninspektion würde in England einen Verkaufswert von etwa 8 Pfennig für die Tonne Kohlen kosten.

Faloney-Belgien: Bei uns ist eine Kommission eingesetzt, die die Verbesserung der Grubeninspektion zur Aufgabe hat. Was jetzt sind die Arbeiten dieser Kommission aber vollständig ignoriert worden. Die Gesetze über die Sicherheit der Gruben und die Sicherheit des Eigentums werden streng durchgeführt, aber die Gesetze über die Sicherheit des Arbeiterlebens stehen auf dem Papier. Auch die Arbeiterinspektoren, die wir haben, nützen und nicht viel, weil sie an der Ausübung ihrer Pflichten verhindert und ihre Vorschläge ebenso wenig wie die arbeiterfreundlichen Beamten beachtet werden.

Schmidt-Deutschland (Hirsch-Dunderscher Gewerbeverein): Was der englische Delegierte gesagt, trifft vollkommen auch für Deutschland zu.

Nachdem Cahide-Frankreich die Grubeninspektion durch die Arbeiter empfohlen hatte, wird die englische Resolution einstimmig angenommen.

Der geschäftsführende Ausschuss empfiehlt dann durch Ashton-England die Ueberweisung der Anträge auf Regelung der Kohlenproduktion an das Internationale Komitee im Sinne des Vorschlages von Gue. Das Internationale Komitee hat dem nächsten Kongresse dann praktische Vorschläge zu unterbreiten.

Dieser Antrag des Geschäftskomitees wird einstimmig angenommen.

Zur Frage der Kinderarbeit

liegt folgender Antrag der Deutschen und Oesterreicher vor: Die Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren ist in der

Bergwerkindustrie gesetzlich zu verbieten, ebenso die unterirdische Beschäftigung jugendlicher Personen unter 16 Jahren.

Die Begründung des Antrages gibt Graf (Verband der Bergarbeiter): Leider nimmt die Kinderarbeit in Deutschland zu. Ueber Tage wurden jugendliche Arbeiter von 16-18 Jahren 1902 28 761, 1906 34 472 beschäftigt; Kinder unter 14 Jahren 1902 157, 1906 197. In Preußen ist Kindern unter 16 Jahren generell die Untertagsarbeit verboten, aber Ausnahmen werden zugelassen. So wurden im schlesischen Steinkohlenrevier 1900 644, 1906 aber 1015 Kinder beschäftigt. (Hört! hört!) Im Mansfelder Erzrevier 1896 704, 1900 888, 1906 aber 904 Kinder. (Hört! hört!) Einzelne Aufsichtsbeamten haben das Herz, die Kinderarbeit unter Tage als sittlich und gesundheitsfördernd zu bezeichnen. (Hört! hört!) Die Agitation gegen die Kinderarbeit wird durch unseren Sieg bei den preussischen Landtagswahlen eine neue Anregung erfahren. (Lebhafte Beifall.)

Gingr-Oesterreich: Die österreichische Regierung hat eine Vorlage eingebracht, die die Arbeit von Kindern unter 14 Jahren in den Fabriken verbietet. Wir verlangen, daß Kindern unter 16 Jahren die Arbeit in den Gruben, wo sie als Schleppler die schwerste und gesundheitsgefährlichste Arbeit verrichten müssen, verboten wird.

Dégrauz-Frankreich: Im Prinzip sind wir mit dem deutschen Antrag einverstanden. Die allzu frühe und harte Arbeit ruiniert die Kinder. Wir Franzosen wünschen eine energische und fortgesetzte Agitation gegen die Kinderarbeit, besonders da bei uns im Norddepartement und im Pas de Calais schon dreizehnjährige Kinder in die Grube steigen müssen.

Barbier-Belgien tritt für den deutschen Antrag ein. Auch in Belgien zeigt sich ein wenn auch geringfügiges Anwachsen der Kinderarbeit.

Edwards-England erklärt als Vorsitzender der englischen Delegation, daß sich diese ursprünglich an der Debatte über diesen Punkt nicht beteiligen wollten. (Hört! hört!) Auf Drängen der Deutschen wolle er aber erklären, daß die englischen Delegierten im Prinzip durchaus auf dem Boden der Resolution ständen. Sie hätten aber von ihren Mitgliedern nicht das Mandat, dafür zu stimmen. (Hört! hört! bei den Deutschen.)

Bei der Abstimmung enthält sich die englische Delegation der Stimme, ebenso die Franzosen, die nur im Prinzip für die Resolution zu sein erklären. Der Antrag wird mit den Stimmen der Deutschen, Belgier und Oesterreicher angenommen.

Gleichfalls angenommen wird nach kurzer Debatte folgender Antrag der Deutschen und Oesterreicher über die Frauenarbeit:

Die Beschäftigung weiblicher Arbeiter in der Bergwerkindustrie ist gesetzlich zu verbieten.

Nachdem Cabrot-Belgien zum Präsidenten für morgen ernannt worden, wurden die Verhandlungen auf Donnerstag vertagt.

Paris, 11. Juni. Der Internationale Bergarbeiterkongress beriet heute vormittag die Verstaatlichung der Bergwerke, welche von Jauiched (Deutschland) und Jarolim (Oesterreich) unterstützt wurde, während Sofenski (Deutschland) sie bekämpfte. Auch Choquet (Frankreich), Desjardins (Belgien) und Gilmon (England) traten für die Verstaatlichung ein. Hierauf nahm der Kongress einstimmig (mit Ausnahme der polnischen Stimmen) die von Deutschland, Belgien und Frankreich vorgeschlagenen Resolutionen an, durch welche die Verstaatlichung der Bergwerke unter völliger Garantierung des Koalitionsrechts für die Arbeiter verlangt wird. Hierauf beriet der Kongress die Frage der Altersverordnung.

Internationale Kriminalistische Vereinigung.

Posen, den 11. Juni 1908.

(Telegraphischer Bericht.)

Die 17. Landesversammlung der deutschen Gruppe der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung trat heute unter überaus zahlreicher Beteiligung in Posen zusammen.

Geh. Admiralitätsrat Felisch übernahm den Vorsitz mit dem Ausdruck der lebhaftesten Freude darüber, daß die internationale Kriminalistische Vereinigung nun zum ersten Male auch in der deutschen Ostmark Fuß faßt. Das sei eine gute Gelegenheit, um der Legende entgegenzutreten, als verfolge sie umstürzlerische Tendenzen und laufe hinter der revolutionären Fahne her, die Prof. v. Liszt (Stuttgart) (Heiterkeit), hinter dem alle anderen nur kritische Kritiker seien. Prof. v. Liszt sei viel zu sehr Kritiker, als daß ihm kritischer Beifall anderer Freude machen könnte. Seine Vorschläge seien zwar manchmal radikal, so sein Dogma von der Unberücksichtigung gewisser Verbrechen und seine Forderung der unbeschränkten Strafstift. Aber gerade diesen radikalen Forderungen sei die Internationale Kriminalistische Vereinigung zuerst aufs schärfste entgegengetreten und habe dadurch diese Fragen abgeklärt. Deterministen und Indeterministen seien in ihr gemeinschaftlich vertreten, weil ihre Anhänger aus allen Lagern kämen. Gerade dadurch habe die Internationale Kriminalistische Vereinigung auch ihre Erfolge erlangt. Der erste Erfolg sei die fast allgemeine Einführung der bedingten Verurteilung in Deutschland, der zweite, vielleicht noch größere Erfolg, daß das Problem der Behandlung der Jugendlichen im Strafrecht überall aktuell geworden sei.

Nach einer Reihe von Begründungsreden erstattete Landgerichtsdirektor a. D. Dr. A. Schrott (Berlin) den

Generalbericht über die Arbeiten der Strafprozeßrevisionskommission.

Auf der Frankfurter Tagung der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung habe diese beschloßen, eine Kommission mit 4 Unterabteilungen zum gründlichen Studium aller für die Strafprozeßrevision in Betracht kommenden Hauptfragen einzusetzen. Die erste Unterabteilung habe sich mit der Frage der Jugendgerichte beschäftigt und lege der heutigen Versammlung einen Entwurf des Amtsgerichtsrats Dr. Köhne zu einem Reichsgesetz betr. die Abmündung und Verfolgung strafbarer Handlungen, welche von Jugendlichen begangen werden nebst Begründung vor. Ebenso habe die Unterkommission, die die Stellung der Kriminalpolizei in der Strafrechtspflege zu erörtern gehabt hatte, ihre Arbeiten beendet und werde durch den Staatsanwalt Wulffen (Dresden) noch auf dieser Tagung ihr Referat erstatten lassen. Bei den Erhebungen über die Organisation der Staatsanwaltschaft und ihre Beziehungen zur Kriminalpolizei haben sich ungeheure Verschiedenheiten des Verfahrens in den einzelnen Bundesstaaten herausgestellt. Die Umgestaltung dieser Verfahren werde das wichtigste Stück der Reform der Strafprozeßordnung sein und man werde nicht nach dem Ausland zu gehen brauchen, sondern könne anknüpfen an die musterghilligen Einrichtungen in einzelnen deutschen Bundesstaaten. Die dritte Unterkommission hat die Frage der Untersuchungshaft zu prüfen gehabt und sich an die Bundesregierungen um statistisches Material gewandt, aber leider keins erhalten. Das Reichsjustizamt habe geantwortet, daß Ermittlungen schweben, nach welchen den geäußerten Wünschen im wesentlichen Rechnung getragen werden soll. Staatsanwalt Freyberger (Magdeburg) hat zunächst für die J. R. B. den Entwurf eines Gesetzes über die Festnahme und Befragung ausgearbeitet. Die vierte Unterkommission, die sich mit der Reform des Schwurgerichts beschäftigt, habe hauptsächlich die englischen Erfahrungen zu verwerten gesucht. Ueber ihre Vorarbeiten seien bisher nur Monographien

veröffentlicht worden. Die Arbeiten der Kommission seien sehr erschwert worden durch die Unklarheit über die Pläne der Reichsregierung. Im Juni 1907 habe die „Allnische Zeitung“ durch eine Indiskretion Mitteilungen über den Inhalt der bearbeitenden Strafprozeßreform machen können, die in der Hauptsache das Ergebnis der Beratungen zwischen dem Reichsjustizamt und den einzelnen Staaten darstellte. Jetzt soll nun eine offizielle Veröffentlichung dieser Vereinbarungen vorliegen und der Staatssekretär des Reichsjustizamts hat für den nächsten Herbst die endgültige Vorlage dieser Vereinbarungen an den Reichstag in Aussicht gestellt. Das sei für die Arbeiten der Kommissionen höchst störend gewesen. Vor allem sei jetzt die Frage aufzuwerfen, die bereits den Juristentag in Berlin im Jahre 1902 beschäftigt habe, ob eine Revision des Strafprozesses ohne gleichzeitige Revision des Strafrechts überhaupt möglich sei und ob diese Materien nicht so enge zusammengehören, daß man sie bei einer wirklichen Reformarbeit nicht trennen könne. Der Juristentag hat sich damals dafür ausgesprochen, wenigstens zuerst das Strafrecht und erst dann den Strafprozeß zu reformieren. Weitere Fragen, die unbedingt entschieden werden müßten, seien die, in welcher Weise die J. R. B. Stellung zu einem etwaigen Entwurf der Reichsregierung nehmen solle und ob es sich nicht doch empfehle, mit allem Nachdruck auf die sofortige Inangriffnahme von Sondergebieten, z. B. die Behandlung der Jugendlichen zu bringen, die materiel und formell umfassend erledigt werden müsse.

In der Diskussion über das Referat griff zunächst Amtsgerichtsrat Hartmann (Berlin) die Tätigkeit der Kommissionen scharf an. Die J. R. B. sei allerdings nicht revolutionär im politischen Sinne gewesen, habe doch aber weitgehende neue Forderungen aufgestellt. Jetzt wagen die Kommissionen nicht einmal mehr entschieden gegen die zu erwartenden Vorschläge der Reichsregierung Stellung zu nehmen. Die J. R. B. habe die Verpflichtung, von sich aus den Regierungen positive Vorschläge für die Neuordnung des Strafprozesses zu machen; denn sie sei gleichzeitig das gelehrte Gewissen der Volkseele. Aber jetzt sei die J. R. B. plötzlich vollkommen verändert und es fehle ihr nur noch mit dem Capitea in Schillers Demetrius auszusprechen: Vor einem Jahre dachte ich ganz anders. (Heiterkeit und Widerspruch.)

Geheimrat Professor von Liszt erwiderte, daß schon in Frankfurt die J. R. B. mit aller Bestimmtheit erklärt hätte, daß sie die Vorschläge der Reichsregierung nicht für eine brauchbare Unterlage zur Reform der Strafprozeßordnung halte und mit aller Entschiedenheit an der Durchführung des allfasserischen Prinzips an Stelle des inquisitorischen festhalte. Allerdings würden bei der Strafprozeßrevision nur Richter und Stücker herauskommen, aber das liege einmal an den heutigen politischen Verhältnissen und, wenn man auf die Reform des Strafrechts warten wollte, so würden diese vielleicht erst unsere Enkel erleben. Die J. R. B. könne nichts anderes tun, als Bausteine für eine gründliche Reform herbeizuholen.

Professor Meinzeller (Stiel) hält es für angebracht, gerade im jetzigen Augenblick einen Warnruf hinauszuschicken, denn die Gefahr sei dringlich, daß die Regierung die Strafprozeßreform allein machen wolle und dann werde es gehen, wie mit der Zivilprozeßordnung und dem Bürgerlichen Gesetzbuch. Auch das zivilrechtliche Verfahren sei seit 1900 nicht mehr zur Ruhe gekommen und dieselben trübseligen Zustände drohen für das Gebiet des Strafprozesses.

Als Ergebnis der Diskussion stellte der Vorsitzende, Admiralitätsrat Felisch fest, daß die J. R. B. einstimmig eine organische Verbindung der Reform des Strafrechts und des Strafprozesses wünsche, ausgehend von einheitlichen Gesichtspunkten.

Ueber die Stellung und Aufgabe der Polizei im Strafverfahren sprach Staatsanwalt Dr. Wulffen (Dresden). Er führte aus:

Nach dem Geiste der Reichsgesetzgebung soll die Staatsanwaltschaft die strafverfolgende Behörde überhaupt sein. Gegenüber den gesetzlichen Bestimmungen ergibt sich aber in der Praxis ein etwas anderes Bild. Die Kriminal- und Sicherheitspolizei untersteht bei uns den Verwaltungsbehörden, die den Justizbehörden als gleichgestellte und in ihrem inneren Dienst unabhängige gegenüberstehen. Hierdurch gewinnen die Polizeibehörden, soweit sie in Straffachen den ersten Angriff übernehmen, dem Verfahren gegenüber eine sehr selbständige Stellung. Es kann geschehen, daß die eigentliche Strafverfolgungsbehörde, die Staatsanwaltschaft, warten muß, bis ihr die Polizeibehörde, deren Exekutivbeamten ihr zwar zu Hilfsbeamten bestellt sind, die Zuständigkeit abtritt. Ein solcher Zustand widerspricht dem Geiste des Gesetzes, er ist auch ungewöhnlich. (Sehr richtig!) Zu seiner Beseitigung muß der Staatsanwalt vor allem dem Grundfahne der unmittelbaren Ermittlungstätigkeit folgen, wie er weitgehender als in den übrigen Bundesstaaten in Sachsen geübt wird. Die Vorteile sind offenbar. Das Verfahren wird beschleunigt, jede Aßenverfärbung bringt Verzögerungen. Der Staatsanwalt weiß am besten, welche Beweispunkte zur Stützung oder Entkräftung der Anklage aufzuklären sind. Es ist für den Staatsanwalt mißlich, nur auf Grund fremder Protokolle seine Entschlüsse zu fassen. Er muß in wichtigeren Fällen den Beschuldigten und die Zeugen im Vorverfahren sehen, sonst fällt ihm leicht die Freisprechung in den Schoß. Es handelt sich also um eine Einschränkung zunächst der selbständigen Ermittlungstätigkeit der Polizei im Vorverfahren. Der Staatsanwalt hat ferner mit den exekutiven Kriminalbeamten selbst in unmittelbarer Fühlung zu stehen. Eine solche Organisation besteht zur Zufriedenheit aller Beteiligten im Großherzogtum Baden. Hier untersteht die Kriminalpolizei dem Ersten Staatsanwalt; sie befindet sich mit der Staatsanwaltschaft in einem Gebäude. Staatsanwalt und Kriminalbeamter verstehen hier unmittelbar und mündlich miteinander. Das Strafverfahren wird hierdurch außerordentlich gefördert. Den Polizeidirektionen in Baden untersteht eine sogenannte Fahndungsabteilung, welche die rein sicherheitspolizeilichen Aufgaben, die bei uns die Kriminalpolizei mit erledigt, übernimmt. Die Zuständigkeiten zwischen Kriminalpolizei und Fahndungsabteilung sind in Baden bis in Einzelheiten zweckmäßig verteilt. Das badische System läßt sich unter weiterer Ausgestaltung auf ganz Deutschland, selbst auf Zentralen wie Berlin übertragen. Allerdings kann man es zur Nachfrage machen, ob man die Kriminalpolizei dem Ersten Staatsanwalt unterstellen will.

Die kriminalpolizeiliche Ausbildung der Polizeibeamten sowohl in den Städten wie auf dem Lande bedarf einer größeren Gründlichkeit. (Zustimmung.) Viele Polizeibeamte erhalten eine methodische Ausbildung überhaupt nicht. In den Bureaus mancher Polizeibehörden fehlen Sammlungen der Strafgesetze, ja selbst das Strafgesetzbuch und die Strafprozeßordnung. Unerkennlich sind die Kritiken über die Leistungen der Polizeibeamten, vor allem in Preußen, Württemberg und Baden. In Sachsen hilft den Exekutivbeamten die gute Schulbildung weiter. Von den Schülern der Polizeischule in Reddinghausen, schon länger im Dienst befindlichen Leuten, wußte keiner, was die Berufsaussage sei; von 155 Befragten besaßen nur 7 das Strafgesetzbuch, einer kannte die Strafprozeßordnung, keiner das Reichs- und Feldstrafgesetz. In allen Bundesstaaten erfahren die Leistungen der staatlichen Gendarmerie günstiger Beurteilung. Die Zeiten sind aber vorüber, wo der Kriminalbeamte mit dem gesunden Menschenverstand allein auskommen konnte. In den deutschen Polizei- und Kriminalbeamten sind eine außerordentliche Berufsbereitschaft und eine Vereinstätigkeit, Keimlinge aller Art aufzunehmen vorhanden. Es fehlt nur an der methodischen Anleitung. Fleiß und Eifer sind selbst unter schwierigen Verhältnissen



nissen lobenswert. Es ist schade, welches vorzügliche Material hier unangebildet verbraucht wird. (Rebhaber Beifall.)

In der Diskussion betonte der Vertreter des Berliner Polizeipräsidenten, Regierungsrat Dr. Lindenau, er sei mit dem Referenten der Meinung, daß die Autoren der Strafprozessordnung sich das Verhältnis der Kriminalpolizei zur Staatsanwaltschaft ganz anders gedacht hätten, als es tatsächlich geworden sei. Aber er halte mit Regel das Bestehende für vernünftig. Die Ermittlungstätigkeit sei keine juristische Tätigkeit, ebensowenig wie der Strafprozess ein Teil der Justiz zu sein habe. Die Justiz lasse dem Verbrecher ausgleichende Gerechtigkeit und Sühne zuteil werden. Der Strafprozess und die Ermittlung des Verbrechens seien soziale Tätigkeiten und müßten im engsten Zusammenhang mit der Wohlfahrtspolizei stehen. Vor allem aber könne der erste Angriff gegen das Verbrechen, die Inaugenscheinnahme, nicht den juristischen Behörden übertragen werden. Das Verbrechen sei kein Phänomen, das von vornherein gleich in den Akt falle. Mit demselben Recht wie die Ermittlung könne die Staatsanwaltschaft die Feuerwehre zur Verhütung von Brandstiftungen für sich reklamieren. Die Staatsanwaltschaft könne nicht für die Kriminalpolizei einen Tag- und Nachtdienst einrichten, und wie solle Berlin mit seinen drei Oberstaatsanwaltschaften, die sich um die Kompetenz streiten, und mit seinen 50 Bezirken bei jeder Staatsanwaltschaft, die 800 Kriminalbeamten unter sich verteilen und ordnungsgemäß verwenden? Bei der Kriminalpolizei sind die Beamten genau so eingeteilt wie die Verbrecher. (Heiterkeit.) Wie haben Spezialisten für Vorderraub, Geldschmuckraub, Brandstiftungen. Können sie aber einen Staatsanwalt dazu verurteilen, zwei Jahre lang Anklagen wegen Vorderraubs zu vertreten? Die Kriminalpolizei könne unmöglich von der anderen Polizei getrennt werden. Gerade die International-Kriminalistische Vereinigung betrachtet die Verbrecher nicht nur als Objekt der Rechtspflege, sondern wolle sie auch betrachten im Zusammenhang mit den gesamten sozialen Verhältnissen. Eine Verschmelzung von Staatsanwaltschaft und Kriminalpolizei sei nur möglich, wenn die Staatsanwaltschaft der Polizeiverwaltung untergeordnet sei. (Heiterkeit.) Das sei auch der bestehende vorbildliche Zustand in England. Polizei, Staatsanwaltschaft und Strafprozess müssen gemeinsam dem Ministerium des Innern unterstehen.

Ambrichter Dr. Weidlich (Stuttgart): Herr v. Lindenau hat nur von den Berliner Verhältnissen aus gewirkt, die für das ganze übrige Deutschland nicht paßten. Die Staatsanwälte haben heute meistens nichts weiter zu tun, als Material zu sammeln, denn die Polizei sei so schlecht, daß sie zu juristischer Tätigkeit gar nicht kommen lasse. Die Forderungen des Herrn v. Lindenau seien die Konsequenzen des preussischen Polizeigeistes von Gottes Gnaden. Herr Dr. Lindenau habe sich sehr zu Unrecht auf das Beispiel Englands berufen. Dort gehörten die Wohlfahrts-Einrichtungen zur Selbstverwaltung und für die Wohlfahrts-Einrichtungen der preussischen Polizei habe das deutsche Volk noch nicht sehr gedankt. Daraus sei ihm noch kein Segen erwachsen. Die deutsche Sicherheitspolizei habe sich zur Maxime gemacht, sich um Straftaten nicht zu kümmern, weil sie nicht Kriminalpolizei sei. Dadurch gingen immer entscheidende Minuten für den Angriff gegen das Verbrechen verloren, und die Rorde blieben in der Regel unentdeckt. Man könne nicht der Regierung die Wohlfahrts-Einrichtungen und Sicherheitspolizei und Gott weiß was für Aufgaben zuerteilen. Man solle eine besondere Kriminalpolizei schaffen, die nur die Friedensbewahrung zu sichern und Friedensstörungen zu verfolgen habe.

In der Abstimmung wurden die Thesen des Referenten gegen zwei Stimmen angenommen. Sie haben folgenden Wortlaut: 1. Die Vornahme der Ermittlungen, insbesondere die Vernehmung der Beschuldigten, Zeugen und Sachverständigen soll in der Regel durch die Staatsanwaltschaft selbst, bezw. unter ihrer Leitung durch ihre juristischen oder kriminalpolizeilichen Hilfsarbeiter erfolgen. 2. Die erforderlichen Polizeibeamten sollen der Staatsanwaltschaft mit Disziplinargewalt des Ersten Staatsanwalts in Anlehnung an die Verhältnisse in Baden unterstellt werden. 3. Die Exekutivbeamten der Kriminalpolizei sind in der Strafgesetzbuch, der Kriminalstatistik, der Kriminaltechnik und, soweit es ihrer allgemeinen Bildung entspricht, auch in der Kriminalpsychologie auszubilden.

## Verbandstag der Porzellanarbeiter.

Am Donnerstag diskutierte die Generalversammlung noch mehrere Stunden über die Verschmelzungsfrage und die vom Vorstand beantragte Finanzreform. Wollmann trat in seinem Schlusswort den Einwendungen der Diskussionsredner entgegen und empfahl den Vorstandsmitgliedern im Interesse des gewerkschaftlichen Fortschrittes und der finanziellen Festigung des Verbandes. — Die Spezialberatung des Antrages wurde einer Kommission von 13 Mitgliedern überwiesen.

Darauf hielt der Verbandsredakteur Zietsch ein einstündiges Referat über den bevorstehenden Gewerkschaftskongress. Der Redner besprach die Tagesordnung des Kongresses. Mit der Tätigkeit der Generalkommission könnten die Gewerkschaften einverstanden sein, aber man werde fragen müssen, warum die Generalkommission nicht eine lebhaftere Agitation gegen den Vereinigungswort eingeleitet habe. Eine energische Protestbewegung hätte noch vor der parlamentarischen Beratung des Entwurfs beantragt werden müssen. Auch der Parteileitung und der Reichstagsfraktion müsse der Vortour gemacht werden, daß sie sich nicht mit der Generalkommission über eine Agitation gegen das Vereinigungsgesetz geeinigt haben. Hinsichtlich des Gesetzentwurfs über die Arbeitskammern habe sich die Generalkommission ebenfalls der Unterlassung einer allgemeinen Agitation schuldig gemacht. — Wünschenswert sei die einheitliche Regelung der Streikunterstützung durch den Gewerkschaftskongress. Auch die Anwendung des Woylotts als Waffe im wirtschaftlichen Kampf müsse geregelt werden, denn diese Waffe sei öfter in ungewöhnlicher Weise angewandt worden. Ueber die Jugendorganisationen lasse sich noch kein endgültiges Urteil abgeben. Soweit es nach den Gesetzen möglich ist, müsse die Jugend nicht in besonderen Organisationen, sondern in besonderen Abteilungen der Gewerkschaften im Geiste der Arbeiterbewegung erzogen werden. — Bei der Frage der Grenzzeitigkeiten gelte es, der unläuteren Agitation ein Ende zu machen. Mit den nahe verwandten Berufen der Töpfer und der Glasarbeiter habe der Porzellanarbeiterverband keine Grenzzeitigkeiten, wohl aber mit dem Fabrikarbeiterverband. — Die Raiffeiser lasse zwar nicht auf der Tagesordnung des Kongresses, sie werde aber doch wohl erörtert werden, denn es sei notwendig, eine bestimmte Stellung festzulegen, da ja die jetzt bestehenden Beschlüsse an der bisherigen Sachlage nichts ändern. Die Gewerkschaften seien in der Frage der Raiffeiser konsequent geblieben, während die Partei, wie sich in dem Abkommen zwischen ihr und der Generalkommission zeige, ihre Stellung gewechselt habe.

Drunsel verteidigte die Generalkommission gegen den Vortour, sie habe keine Agitation gegen das Vereinigungsgesetz betrieben. Eine solche Agitation sei geplant gewesen, sie habe aber nicht ausgeführt werden können, weil durch das Betreiben der Woylotts die Beratung des Entwurfs mit unerwarteter Schnelligkeit beendet wurde. Der Gesetzentwurf über die Arbeitskammern werde auf dem Gewerkschaftskongress besprochen werden. Was die Raiffeiser betreffe, so dürfe man nicht verkennen, daß diese als Demonstration gegen den Achtstundentag an Bedeutung verliere, je mehr die Verfüzung der Arbeitszeit fortschreite. Das Abkommen zwischen Parteivorstand und Generalkommission sei insofern zu begrüßen, als dadurch die Raiffeiser einheitlich geregelt worden sei. Nach dem jetzigen Stande der Dinge hätten die genannten Instanzen keinen besseren Beschluß fassen können. Es wäre ja gut, wenn etwas noch Besseres gefunden werden könnte, wodurch den Streitigkeiten über die Raiffeiser ein Ende gemacht werden könnte.

Wollmann beantwortete unter anderem die Schaffung eines Zentralfonds. Die großen Gewerkschaften hätten sich bisher dagegen gestraut, weil sie den Fonds nicht nötig haben. Sie würden sich wohl so lange dagegen sträuben, bis sie sehen, daß auch ihre Macht allein nicht ausreicht und daß im Kampfe gegen das

Unternehmertum auch die großen Gewerkschaften die kleinen brauchen. — Das Raiffeiserabkommen zwischen Partei und Gewerkschaft sei das glücklichste, was der Sachlage noch getroffen werden konnte. Für die Porzellanarbeiter sei die Frage der Raiffeiser keine brennende, da sie angesichts der Lage in ihrem Beruf zurzeit noch nicht an eine allgemeine Arbeitsruhe denken könnten, aber sie würden sich bemühen, das Abkommen zu halten. — Im weiteren Verlauf der Diskussion wurden die vom Referenten berührten Fragen noch verschiedentlich erörtert, ohne daß positive Vorschläge für den Gewerkschaftskongress gemacht wurden. — Nach Schluß der Debatte stellte Wollmann ein Einverständnis mit der Generalversammlung fest, daß es ihr Wille sei, daß die Delegierten zum Gewerkschaftskongress gegen die unläutere Agitation anderer Gewerkschaften protestieren und dafür eintreten, daß derselben ein Ende gemacht werde.

Zum Gewerkschaftskongress wurden delegiert: Hoffmann, Umenau, Seemann, Kronach, Wollmann, Zietsch und Korn. Berlin.

Darauf erstattete die Beschwerdeprüfungskommission Bericht über eine Reihe von Beschwerden, die von Mitgliedern erhoben sind, welche im Bezüge von Unterstützungen zu kurz gekommen zu sein glauben. Auch der Konflikt der Zahlstellen Kaffhütte und Großbreitenbach sowie der Thüringer Gauleitung mit dem Vorstand lag der Kommission vor, nachdem diese Angelegenheit am Dienstag bereits im Plenum ausgiebig diskutiert worden ist. Die Kommission kam zu dem Entschluß, daß in den genannten Konfliktfällen das Recht auf Seiten des Vorstandes ist. Die Generalversammlung sollte sich durch Annahme einer Resolution auf denselben Standpunkt.

## Der Polizeikommissar von Ziegenhals.

(Eine preussische Tragikomödie in drei Akten.)

Erster Akt: Zeit: 28. November 1907. Ort: Das Gewerkschaftslokal von Ziegenhals. In dem mittelgroßen Raume drängt sich Kopf an Kopf. Es soll eine sozialdemokratische Versammlung stattfinden. Polizeikommissarius Piontel läuft monologierend hin und her. Als vor 4 Wochen zum ersten Male so ein „Aner“ aus Breslau in diesem friedlichen Ortchen eine Versammlung hielt, da hatte er, der Herr Kommissar, in höchstener Person an der Diskussion sich beteiligt, um Ziegenhals zu retten. Der Erfolg war aber eigentümlicher Weise nur eine unbändige Heiterkeit gewesen. Das zweite Mal hatte er dann die Versammlung zu verhindern sich bemüht, indem er vor Beginn die Leute nach Hause schicken wollte. Und nun ist heute schon wieder so ein Kerl aus Breslau da.

Die Versammlung beginnt. Der Sozialdemokrat magt es, das heilige preussische Unterparlament zu kritisieren. Die Aufregung des Kommissars wird immer größer. Jeden Augenblick muß der Aufruhr lohnend. Da — ist sie: die Revolution. Der Redner hat das fürchterliche Wort gesprochen. Nun gilt das Vaterland zu retten. Der Kommissar springt auf. „Die Versammlung ist aufgelöst!“ tönt seine Stimme, — und der Staat ist wieder einmal gerettet.

Zweiter Akt: Wenige Tage später im Zimmer der Staatsanwaltschaft zu Reife. — Staatsanwalt Guradze studiert in einem Schriftstück von höchster Wichtigkeit. Der Polizeikommissar Piontel von Ziegenhals zeigt an, daß der sozialdemokratische Agitator Joppich aus Breslau zum Klassenhag und zu Gewalttätigkeiten aufgeleitet habe, indem er in der Versammlung vom 28. November die von ihm, dem Kommissarius, eigenhändig stenographierten Wort gesprochen habe: „Daß die Sozialdemokratie sich, wie die Genossen im Jahre 1848, mit Waffengewalt der Volksrechte bemächtigen werde.“ — Staatsanwalt Guradze schüttelt den Kopf: „Daß denn 1848 schon Genossen? Aber der Polizeikommissar Piontel hat es wohl stenographiert, und ein preussischer Polizeikommissar irrt sich nicht.“ Während der Staatsanwalt sich ans Werk macht, die Anklage wegen Vergehen gegen § 130 des Reichsstrafgesetzbuchs auszuarbeiten, fällt der Vortour leise.

Dritter Akt: Zeit: 5. Juni 1908. Ort der Handlung: Der Strafkammeraal im Landgericht zu Reife. Frech mustert der Staatsverbrecher Joppich von der Anklagebank aus den finster blickenden Zeugen Piontel, dem es nicht in den Kopf will, daß so ein gefährlicher Kerl nicht einmal gefesselt ist. — Hinter dem Richtertisch hat der Erste Staatsanwalt Renner Platz genommen. Sein Gehilfe, Staatsanwalt Guradze, beantragt wegen Gefährdung der Staatssicherheit die Oeffentlichkeit auszuschließen. — Es geschieht!

Der Verteidiger beantragt, Sachverständige darüber zu vernemen, daß die Sozialdemokratie ihrem Wesen nach keine Gewalttätigkeiten anstrebe und daß es 1848 noch keine Sozialdemokraten gegeben habe und daß der in revidierte Satz deshalb gar nicht gesprochen worden sein kann. — Der Antrag wird abgelehnt: der Polizeikommissar hat es doch stenographiert! — Wieder ein Antrag des Verteidigers: Zeugen darüber zu vernemen, daß Piontel unfähig sei, eine Versammlung zu überwachen. — Der Antrag wird abgelehnt.

Zeuge Piontel tritt auf. — Der Verteidiger fragt. — Piontel stot und schwigt. — Der Staatsanwalt erhebt sich vom Stuhle. — Am Richtertisch immer längere Gesichter. — Der Verteidiger fragt weiter. — Piontel stot noch mehr. — Da ruft der Staatsanwalt plötzlich: „Aber Herr Kommissarius! Heute machen Sie ja ganz andere Angaben, als in der Anzeige!“ — Der Präsident fragt nach dem Senogram. — Der Zeuge Piontel gibt flehentlich die Auskunft, daß der Kommissarius gar nicht stenographieren kann. — Ruft tönt die Stimme des Vorsitzenden durch den Saal: „Auch ein meineidiger Polizeikommissar kommt ins Zuschauhaus.“ — Den Zeugen Piontel will sein Gedächtnis jetzt ganz verlassen. — Der Erste Staatsanwalt hat genug; er verläßt den Saal. Sein Gehilfe aber verzichtet auf weitere Beweisaufnahme, da er die Anklage nicht mehr aufrecht erhalten könne. Doch der Verteidiger läßt nicht locker, bis durch Einvernahme von Entlastungszeugen und durch ein Plädoyer das Bild von dem zur Versammlungüberwachung unfähigen Polizeikommissar vollständig ist.

Der Gerichtshof betät. — Vor dem Staatsanwalt Guradze steht der gefesselte Zeuge Piontel. Mit schneidender Stimme erucht er diesen, nach der Sitzung einmal in sein Staatsanwaltschaftliches Amtszimmer zu kommen. Kenglich fragt Piontel, wo das liege. „Wohlgleich gehe ich Ihnen das noch.“ hört man den Staatsanwalt replizieren.

Die Richter kommen zurück. Der Vorsitzende verkündet das Urteil: der Angeklagte wird freigesprochen; die Kosten werden der Staatskasse auferlegt, auch die persönlichen des Angeklagten, mit Ausnahme der Verteidigungsgebühren, da der Angeklagte als wohlgebildeter Mann und mit der durch seine langjährige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung erworbenen Gewandtheit, keinen Verteidiger gebraucht habe.

Der Vortour fällt zum letzten Male, und der Phantaste der Zuschauer bleibt es überlassen, sich die Schlüsseltüren im verschwiegenen Zimmer des Staatsanwalts auszumalen.

## Gerichts-Zeltung.

Beleidigung des Oberbürgermeisters Kirchner.

Der Buraugheilfe Hermann Zimmermann, der früher als Kanalarbeiter in der Stadt Berlin tätig war, hatte sich gestern vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I wegen Beleidigung des Oberbürgermeisters Kirchner zu verantworten. Am 5. September 1907 habe er an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg eine Eingabe gerichtet, worin er unter anderem behauptete, der Oberbürgermeister habe aus Eitelkeit, daß ein Schatten auf seine Person fallen könne, bei der Unterbringungsgeld gegen Woylotts Verfehlungen des damaligen Revisors Lucas und anderer Beamten mit seiner Amtsmacht zu unterdrücken gesucht, damit nichts davon die Oeffentlichkeit käme. Halle Lucas, so solle auch der Ober-

bürgermeister, meinte der Angeklagte in seiner Eingabe. Daß jener vom Revisor zum Oberstadtssekretär befördert, er aber, der Angeklagte, entlassen war und trotz verschiedener Gesuche nicht wieder eingestellt wurde, auch keine Pension und kein Gnabengehalt erhielt und sich und seine Familie seitdem kümmerlich durch Aufhilsarbeiten in Privatbüros ernähren mußte, mag wohl die Veranlassung dazu gegeben haben, daß er jene Beschuldigungen erhob. Er behauptete auch, daß seine Kerben durch Ueberarbeit im städtischen Dienst gerüttelt worden seien und daß dies — nicht, wie ein ärztliches Gutachten besagt, chronischer Alkoholismus — die Ursache war, weshalb er zweimal nach Herzberge überführt worden war.

Das Gericht hielt eine umfangreiche Beweiserhebung für angebracht. Der Oberbürgermeister Kirchner und ungefähr noch ein Duzend Beamte oder ehemalige Beamte der Stadt Berlin wurden als Zeugen vernommen. Es zeigte sich, daß die Beschuldigungen des Angeklagten gegen Kirchner völlig haltlos waren. Dem Revisor Lucas, dessen Verfehlungen vorgeblich unterdrückt waren, war seinerzeit eine Verwarnung wegen Fahrlässigkeit bei der Revision erteilt worden. Daß die Woylottschen Unterschlagungen nicht früher entdeckt wurden, war, nach den Zeugenaussagen zu urteilen, auf technische Mängel in der Verwaltung zurückzuführen.

Der Staatsanwalt Kahl beantragte gegen den Angeklagten auf Grund des § 188 des Strafgesetzbuchs zwei Monate Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kraußmann, sprach mit Rücksicht auf die Gemütsverfassung und die traurige Lage des Angeklagten für eine milde Beurteilung der Sache. — Das Urteil des Gerichts lautete auf sechs Wochen Gefängnis und Tragung der Kosten.

## Prozess Niebel.

Die vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lieber geführte Verhandlung gegen den Dr. Niebel findet fortgesetzt unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt und nimmt einen großen Umfang an. Seitens der Verteidiger Dr. Alberg und Dillebrandt ist noch eine ganze Anzahl von Zeugen geladen worden, so daß eine Beendigung des Prozesses noch in dieser Woche nicht wahrscheinlich ist. Dem Vernehmen nach vertritt der Angeklagte den Standpunkt, daß er sich aus tatsächlichen und rechtlichen Gründen nicht strafbar gemacht, daß er den Mädchen gegenüber, die ihn in seiner Wohnung besucht haben, keine Kränze und keine Ueberredung habe in Anwendung bringen brauchen, da die Mädchen, die ihm gesagt hätten, daß sie über 18 Jahre alt seien, ohne großes Zureden und teils aus eigenem Antrieb sich ihm angeschlossen und ihre Besuche mehrfach wiederholt hätten. Die Mädchen seien auch keineswegs unbescholtene gewesen. In einigen Fällen bestreitet der Angeklagte überhaupt jeden Verkehr mit den betreffenden Mädchen und erhebt gegen deren Glaubwürdigkeit die lebhaftesten Einsprüche. Die Prüfung dieser Glaubwürdigkeit erfordert viel Zeit. Dies war insbesondere der Fall bei der Prüfung des Charakters des Dienstmädchens Klümmert, die sich seinerzeit vergiftet hat — wie behauptet wird, aus Scham über den Verlust ihrer weiblichen Ehre, die sie dem Angeklagten preisgegeben habe. Der Kriminalschuttmann Eierkötter hatte das Mädchen in die Wohnung des Angeklagten hineingeführt und sie fesselt, als sie nach zwei Stunden mit stark gerötetem Gesicht aus dem Hause herauskam. Sie hat bei der polizeilichen Vernehmung ihre Abenteuer in der Niebelschen Wohnung und die Missetate, die der Angeklagte gegen sie ausgeübt habe, in aller Ausführlichkeit geschildert. Nach ihrer damaligen Aussage sei sie erst kurze Zeit in Berlin gewesen und habe ihre in der Postkommunikation in Dienst stehende Schwester auffuchen wollen, als sie dem Angeklagten in die Hände gefallen sei. Der Angeklagte behauptet dagegen, daß sie keineswegs die Inhaberin vom Lande gewesen sei. Er habe sie vielmehr in der Postloge kennen gelernt, als sie ihn bedeutungsvoll anlächelte und sie sei durchaus damit einverstanden gewesen, in seiner Wohnung mit ihm Kaffee zu trinken. Auch gegen die Annahme, daß das Mädchen aus Scham in den Tod gegangen sei, wurden seitens der Verteidigung erhebliche Bedenken erhoben. So wurde auf einen Brief Bezug genommen, in welchem das Mädchen an ihren Vater geschrieben habe: sie habe auf die Eltern vergeblich gewartet; wenn sie sich nicht um sie kümmern wollten, sollten sie es doch schreiben; wenn sie am Sonntag nicht bei ihr wären und sie keinen Brief habe, würde sie sich das Leben nehmen. — Ein sehr ungünstiges Zeugnis soll dem Vernehmen nach dem Mädchen von dem Piarer W. H. Low in Biegnitz ausgestellt worden sein, bei dem sie kurze Zeit im Dienst war. Sie soll dort wiederholt die Absicht, sich zu vergiften, ausgesprochen haben. Schon nach einigen Tagen habe sie aus dem Dienst wieder weggehen wollen und äußerte: sie würde lieber sterben, als dort bleiben. Auch eine Flasche mit Salzsäure soll sie an den Mund gefacht haben. Trotzdem soll sie am Sonntag sehr bequemt und fröhlich gepulst weggegangen sein und ihre Luft befunden haben, mit irgendetwas Ranne zusammenzukommen. Sie soll sich auch die Nacht in Biegnitz herumgetrieben haben. Nach diesem Zeugnis habe sie den Eindruck sehr sinnlicher Veranlagung gemacht und sei sehr unfauber gewesen. — Ein Mädchen, welches gleichzeitig mit ihr diente, soll dies bestätigt haben. Sie hat von ihr allerlei pikante Dinge gehört, monach sie wiederholt in den Biegnitzer Anlagen mit Männern ein Stehbleichin gehabt habe. Ihre Erzählungen hätten nicht so geklungen, als wäre es bloße Renommage gewesen. Dieser Zeugin soll sie gesagt haben: man hätte doch nicht verhindern sollen, daß sie sich tötete, es wäre doch so schön gewesen, wenn dann alles in den Zeitungen gestanden hätte. Das Mädchen habe sich auch, wie weiter bezeugt wurde, geäußert: sie wolle sich in die Kaffhals stürzen. — Die einzelnen Fälle, die zur Anklage gestellt sind, werden mit großer Gründlichkeit geprüft und erörtert.

## „Quatschen Sie jetzt nicht mehr!“

Vor dem Schöffengericht in Niddorf standen die Kaufleute Alex Gast und Artur Dröser als Angeklagte. Sie hatten wegen angeblich ruhestörender Lärms einen Strafbefehl über je fünf Mark erhalten und dagegen Einspruch erhoben. Die Angeklagten unterdrachen wiederholt den als Zeugen vernommenen Schuttmann Hählsche in seiner Aussage. Darauf äußerte der Vorsitzende, Amtsrichter Laibenguth:

wenn die Niddorfer Arbeiter sich so betragen, wundern man sich nicht, die sind ungebildet, quatschen Sie jetzt nicht mehr.

Das Urteil lautete auf Befähigung der Geldstrafe von je 5 M. In der Begründung des Urteils hieß es: die Niddorfer Arbeiter machten der Niddorfer Polizei gerade genug zu schaffen. Es hätten die Schutzleute mit den Arbeitern einen sehr schweren Stand. Wiewohl die Angeklagten zu der gebildeten Klasse gehören, habe das Gericht das von der Polizei ausgeworfene Strafmaß nicht erhöht.

Das Gesetz oder die richterliche Auslegung des Gesetzes gibt dem Richter ein sehr weitgehendes Recht. Das Recht, eine Klasse der Bevölkerung, die Niddorfer Arbeiter, wie vorstehend zu verächtlichen und zu beschimpfen, stände ihm aber selbst dann nicht zu, wenn die von ihm gewählte Ausdruckweise eine höflichere wäre. Die mittelteiligen Äußerungen stellen einen richterlichen Uebergriff dar, der zwar deutlich die verkehrte, voreingenommene Ansicht des Richters über die Arbeiterklasse wieder spiegelt, aber aufs entschiedenste zurückgewiesen werden muß.

## Eingegangene Druckschriften.

Juristisch-psychiatrische Grenzfragen. Heft 23. — Psychiatrie im Großherzogtum Hessen. 2. H. Heft 4. — Strafrechtliche Reformbestrebungen im Lichte der Rarjore von Dr. J. Langard. 50 H. Heft 5/6. — Ueber das Verhältnis des geistigen Inventars zum Jurisprudenz- und Geschäftsbetrieb von Dr. R. Berg. 280 H. — Ueber Gemütsstörungen. Von R. Wilmanns. 120 H. — Ueber die Nervosität der Frauen und ihre Verhütung von Dr. Wehnange. 25 H. Verlag C. Wapold, Halle a. S.



Für den Inhalt der Zeitschrift übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

**Freitag, den 12. Juni**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Der Freischütz.  
Königl. Schauspielhaus. Ein Erfolg.  
Anfang 8 Uhr.  
Deutsches. Die Dreifährigen.  
Kammerstücke. Tugendwächter. Unterferboot.  
Veffing. Die Stützen der Gesellschaft.  
Neues. Liebe. Unter der Guillotine.  
Neues Schauspielhaus. Die Dollaprinzeßin.  
Kleines. 2 mal 2 = 5.  
Berliner. Kaffee.  
Komische Oper. Die verkaufte Braut.  
Reizend. Der Floh im Ohr.  
Vuffpielhaus. Die blaue Maus.  
Schiller O. (Wallner-Theater.)  
Herr Ministerialdirektor.  
Schiller Charlottenburg. Das letzte Mittel.  
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Im weißen Röhl.  
Thalia. Der Selbstmörderklub.  
Welfen. Ein Walzertraum.  
Neues Operetten. Der Mann mit den drei Frauen.  
Luisen. Die Stimme des Blutes.  
Arianen. Frau Barolin.  
Bernhard Hofe. Der Comode.  
Metropol. Das muß man seh'n.  
Apollon. Die süßen Grisetten.  
10 Uhr: Grete Gallus, Soubr.  
10 1/2 Uhr:  
Ein Abend in einem amerikanischen Eigel-Tempel.  
Wintergarten.  
Waffage. Spezialitäten.  
Carl Haberlaub. Spezialitäten.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Urania. Tausendstücke 48/49.  
8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig.  
Sternwarte. Invalidenstr. 67/68.

### Berliner Theater.

### Hopfenraths Erben

### Neues Theater.

### Liebe von Gustav Wied.

### Unter der Guillotine.

### Kleines Theater.

### Theater des Westens.

### Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.

### Im weißen Röhl.

### Residenz-Theater.

### Der Floh im Ohr.

### Lustspielhaus.

### Neues Operetten-Theater

### Luisen-Theater.

### Die Stimme des Blutes.

### DERNHARD ROSE THEATER

### Der Cowboy.

### Brunnen-Theater

### Der deutsche Michel.

### Erstklassige Spezialitäten.

### Paul Coradini.

### Der deutsche Michel.

### Erstklassige Spezialitäten.

### Paul Coradini.

### Der deutsche Michel.

## Urania.

Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstr. 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
Ueber den Brenner nach Venedig.

## ZOOLOGISCHER ZGARTEN

Taglich:  
Gr. Militär-Doppel-Konzert  
Eintritt 1 M.  
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.,  
Kinder unter 10 Jahren  
— die Hälfte. —

## Metropol-Theater

Sum 265. Male:  
Das muß man seh'n.  
Revue in 12 Bildern m. Ges. und Tanz.  
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

## Apollon Theater

Ab 8 Uhr: Die neuen Attraktionen.  
U. a.: Verona-Truppe, die besten  
Rabfahrer der Welt.  
9 1/2 Uhr: Die süßen Grisetten.  
10 Uhr: Grete Gallus, Soubr.  
10 1/2 Uhr:  
Ein Abend in einem amerikanischen Eigel-Tempel.

## WINTERGARTEN

### Neues Programm

von Publikum u. Presse glänzend  
beurteilt.  
The Trappell-Family, weibliche  
Akrobaten. Florence u.  
Lillian, musik. Produkt. Rebla,  
komischer Jongleur. Lily Flex-  
more, akrobatische Tänzerin.  
Mlle. Juliette, dressierte See-  
löwen. Tan Kwal Troupe,  
Chinesen. Therese Konz, Reit-  
nummer. Doherty Sisters,  
amer. Sängerrinnen u. Tänzerinnen.  
The Bounding Gordons,  
amor. Akrobat. Ferry Corwey,  
musik. Clown. Trombettas,  
italienisches Gesangs- und Tanz-  
Duett. Der Biograph.

## Passage-Theater.

Der größte  
Saisonenerfolg  
Gastspiel Willi Agoston in der  
tollen Burleske

## Berlin in Stimmung!

Das Tollste vom Tollsten  
und die  
neuen Juni-Spezialitäten.

## Passage-Panoptikum.

Während der Pfingstferien  
vom 6. bis inkl. 14. Juni:  
Volkstage!  
Jeder Erwachsene ein Kind frei!  
Jedes Kind erhält ein Geschenk!  
Alles ohne Extra-Entree!  
Der Riese a. Ries. Pisjakoff.  
Kunsttaucher im Riesensassin.  
Neapolitanische Briganten.  
Schreckenskammer. Anat. Mus.  
Eintritt 50 Pf., Kinder, Soldaten 25 Pf.

## Sanssouci, Kaffeehaus

Direktion Wilhelm Reimer.  
Der Garten ist geöffnet.  
Sonntag, Montag und  
Donnerstag:  
Hoffmanns  
Norddeutsche Sängers  
und  
Tanzkränzchen  
Beg. Com. 5, nachh. 8 U.

## Max Kliems

Sommer-Theater.  
— Hasenheide 13-15. —  
Artl. Leitung: Bernhard Lang.  
Täglich: Großes Konzert, Theater-  
und Spezialitäten-Vorstellung.  
Mittwochs: Kinderfest.  
Jeden Donnerstag: Elitetheater.  
Gastspiel des Kräfte erster Bühnen.

## Auf zum Knöpfleschwob!

Treffpunkt aller Württembergers und  
Süddeutschen bei  
Josna Schäfer,  
Kottbuser Damm 103,  
Ecke Raybach-Str.

## Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Der Herr Ministerialdirektor.  
Aufspiel in drei Akten von Alexander  
Difon und Gabriel Carré.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Eröffnung der Normal-Oper:  
Marie, die Regimentstochter.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr,  
bei halben Preisen: Der Freischütz.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Die Afrikanerin.

## Diez' Spezialitäten - Theater

Landsberger Allee 76/79, direkt Ringbahn-Station.  
Bequemste Fahrgelegenheit nach allen Stadtrichtungen.  
Ob schön! Kommen! Sehen! Staunen! Ob Regen!  
Täglich: 53652  
Das größte u. beste Programm Berlins.  
Kur Attraktionen, u. a.: Zum erstenmal in Europa:  
Das größte Weistüffel des Erdballs! Von der gesamten ameri-  
k. Presse als das größte Weltwunder bezeichnet: The Great Simpson.  
Der Schächer des Todes. Ein bezahlter Selbstmordhandl! Gr. Ball. Kaffeehäuser. Volksebenheiten aller Art.

## Fröhels Allerlei-Theater.

Schönhauser Allee 148.  
Eröffnung der Haupt-Saison.  
Täglich:  
Spirelottchen.  
Vollständ. aus dem Berliner Leben.  
Dazu  
erstklassige Spezialitäten.  
Im Saale von 5 Uhr ab:  
Tanz.

## Berliner Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9.  
Täglich:  
Die Welt ein Paradies  
große Ausstattungs-Rovus  
und das großartige  
Spezialitäten-Programm.  
Anf. Sonnt. 4 Uhr, Wochent. 4 1/2 Uhr.

## Volksgarten-Theater

am Bahnhof Gesundbrunnen.  
Täglich:  
Konzert - Theater  
und Spezialitäten-Vorstellung.  
Riesenprogramm

## Rote + Lotterie

zugunsten des Coolenheims.  
5783 Gewinne i. W. v. Mark  
150000  
Hauptgewinn Mark  
50000  
Lose à Mark 3.30.  
Stettiner Lose  
à 50 Pf. — 11 Lose 5 M.  
Oscar Bräuer & Co. Nachf.,  
Andreasstr. 46a, Ecke Blumenstr.

## Schweizer Garten.

Am Königstor, Am Friedrichshain 29/32  
Straßenbahn: 1, 2, 4, 17, 59, 62,  
63, 74 und Q.  
Täglich: Theater-  
u. Spezialitäten-  
Vorstellung.  
Zum Schluss abends 10 Uhr:  
Wie einst im Mai  
Vollständ. mit Gesang in 2 Akten.



## J. Neumann Cigarren-Fabriken

150 Zweiggeschäfte und Depots in 90 deutschen Städten,  
davon in Berlin: Königstr. E. Spandauerstr. 56. — Brenn-  
strasse 32. E. Anklamerstr. — Chausseestr. 22. E. Invalidenstr.  
— Chausseestr. 43. E. Schwartzkopflstr. — Dresdenstr. 5. E.  
Adalbertstr. — Friedrichstr. 171. E. Franzosenstr. — Inva-  
lidenstr. 148. E. Bergstr. — Jerusalemstr. 41. E. Kreuzenstr. —  
Kaiser Wilhelmstr. 19. E. Münzstr. — Markgrafenstr. 17. E.  
Junkerstr. — Oranienstr. 80. E. Adalbertstr. — Potsdamer-  
strasse 67-68. Ecke Bülowstr. — Prinzenstr. 91. E. Ritterstr. —  
Rosenthalerstr. 48. E. Neue Schönhauserstr. — Uhlandstr. 33.  
E. Lietzenburgerstr. — Wallstr. 14a. E. Neue Grünstr. —  
Wienerstr. 22. E. Grünauerstr. — Rixdorf, Bergstr. 146.  
Weitere Verkaufsstellen in Vororten und Umgebung:  
Adlershof, Bismarckstr. 48. — Bernau, Berliner Straße 257. —  
Buckow, Königstr. 8. — Köpenick, Bahnhofstr. 7 a. —  
Köpenick, Oranienstr. 22. — Eichwalde, Bahnhofstr. 5. —  
Königs-Wusterhausen, Bahnhofstr. 4. — Nieder-Schönheide,  
Bahnhof. — Potsdam, Neuer Straße 46. — Stralau-Rummels-  
burg, am Bahnhof, Durchgang. — Zeuthen bei E. Kollmann.

## Hermann Pelsch

Unserem Bezirksführer  
Hermann Pelsch  
zu seinem 33742  
heutigen Wiegenfest ein  
dreimal donnerndes Hoch!  
Hermann, Du weisst ein  
jeder Stand hat seine Plage,  
halte hoch die rote Fahne!  
Mehrere Genossen vom VII.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband

Nachruf.  
Am 5. Juni (nach der Kollege,  
Händler  
Gustav Lepczinski.  
Ehre seinem Andenken!

## Nachruf.

Am 6. Juni (nach der Kollege,  
Händler  
Roman Borowski.  
Ehre seinem Andenken!

## Todesanzeige.

Den Mitgliedern zur Nachricht,  
dass der Kollege, Händler  
Julius Köhn  
am 8. Juni gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!

## W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Ditt. Grunenthaler 16  
Täglich durchgehender Erfolg:  
Abends 7 1/2 Uhr:  
Das ehrliche Berlin.  
Sittenstück a. d. Berliner Volksleben.  
Die sensationellen Spezialitäten:  
Anf. 6 Uhr. Kaffeehäuser 3-6 Uhr.  
Sonnabend: Sie ist wunderbar!

## Reichshallen-Theater.

Stettiner Sängers.  
Variétésterne.  
Burlade von Weyfel.  
Heysel als  
Saharet.  
Britton als  
Isadora Duncan.  
Anf. Wochentags 8 Uhr.  
Sonntags 7 Uhr.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.  
Todes-Anzeige.  
Den Kollegen zur Nachricht,  
dass unser Mitglied, der Metall-  
arbeiter  
Franz Schultze  
am 10. d. Mts. gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!

## Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.  
Am Dienstag, den 8. Juni,  
verstarb nach langem Kranken-  
lager unser Mitglied, der Buch-  
binder  
Josef Jakisch.  
Ehre seinem Andenken!

## Deutscher Buchbinder-Verband.

Die Beerdigung findet am  
Freitag, nachmittags 4 Uhr, von  
der Leichenhalle des Michael-  
Kirchhofes am Mariendorfer Weg, aus-  
st. 23/8  
Um zahlreiche Beteiligung er-  
sucht  
Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Buchbinder-Verband.

Hierdurch die traurige Nach-  
richt, dass der Metallarbeiter  
Franz Schultze  
am 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr,  
nach langem, schwerem Leiden  
verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am  
Sonntag, den 14. Juni, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des neuen Rixdorfer Kirch-  
hofes am Mariendorfer Weg, aus-  
st. 33722  
Dies geht tiefbetrubt an  
Witwe Marie Schultze  
nebst Kindern.

## Todes-Anzeige.

Allen Freunden, Genossen und  
Verwandten die traurige Nach-  
richt, dass meine liebe Frau, unsere  
herzensgute Mutter  
Helene Helbig  
geb. Boche  
am 8. Juni nach kurzem Leiden  
im 84. Lebensjahre (am 11.  
Jahrestag) ist.  
Um stille Beileid bitte!  
Adolf Helbig  
nebst Hinterbliebenen,  
Frankfurter Allee 90.  
Die Beerdigung findet Freitag  
nachmittags 3 Uhr von der Leichen-  
halle der Wupperberg-Gemeinde  
in Weihenau, Lichtberger Weg,  
aus st. 83692

## Reinhold Zubeil

sagen allen Freunden, Bekannten, so-  
wie dem Herrn Chef und dem Ver-  
sonal der Firma Förster u. Runge  
innigsten Dank.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

## Reinhold Zubeil

Die trauernden Hinterbliebenen.

## Reinhold Zubeil

Die trauernden Hinterbliebenen.

## Reinhold Zubeil

Die trauernden Hinterbliebenen.

## Reinhold Zubeil

Die trauernden Hinterbliebenen.

## Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme und Kräftigung bei der  
Beerdigung meines lieben Mannes,  
des Klempners  
Hermann Rotermundt  
sage ich allen Freunden, Bekannten,  
insbesondere dem Kapellmeister Num-  
melsburg meinen innigsten Dank.  
26055 Ida Rotermundt.

## Dankfagung.

Für die liebe Beweise herzlicher  
Teilnahme und Kräftigung bei der Be-  
erdigung meines lieben Mannes,  
unseres guten Vaters  
Gustav Dreier  
sagen wir allen Verwandten, Freun-  
den und Bekannten, insbesondere  
dem Zentralverband der Zimmerer  
Deutschlands (Bezirk XI) unseren  
innigsten Dank.  
26045 Die trauernden Hinterbliebenen.

## Dankfagung.

Für die Beweise herzlicher Teil-  
nahme bei der Beerdigung meiner  
lieben Frau  
Laise Huber  
sage ich allen Bekannten, im be-  
sonderen dem Gefangenen "Koch-  
macht" und den Genossen der Bezirke  
734 u. 734a meinen herzlichsten Dank.  
33732 Hermann Huber.

## Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein

Mitglied des Berliner  
Radfahrer-Bundes  
"Solidarität".  
Touren  
zum Sonntag, den 14. Juni.  
1. Abt. 6 Uhr: Seddin 1 Uhr:  
Teltow. Start: Bülowstr. 59.  
2. Abt. 5 Uhr: Kloster Lehnin.  
1 Uhr: Romanow (Einget). Start:  
Fontane-Bromenade.  
3. Abt. 6 Uhr: M.-Besten. 1 Uhr:  
Nichtersdorf. Start: Mariannen-  
platz.  
4. Abt. 5 Uhr: Tempel. 1 Uhr:  
Berliner Schweg. Start: Rütters-  
Weg.  
5. Abt. 5 Uhr: Jeshenik-Tempel.  
1 Uhr: Birkenwerder. Start: Oder-  
berger Straße 28.  
7. Abt. 6 Uhr: Rauen. 9 Uhr:  
Garteninsel (Remmer.) Start:  
Grenzstr. 21.  
8. Abt. 7 Uhr: Rauen. 1 Uhr:  
Hinterfrag. Start: Quittenstraße 10.  
9. Abt. früh 6 1/2, und mittags  
12 1/2 Uhr: Potsdam (Bistoriengarten).  
Start: Schillingstr. 15/16.  
Rauw-Schönhausen früh 9 Uhr:  
Gorradshöhe (Ruppisch). Start:  
Kühlenstraße (Schubstraße). 12/3

## Neue Welt

Dosenheide 108-114.  
Täglich: Täglich:  
Gr. Doppel-Konzert  
und  
Spezialitäten-Vorstellung.  
Jeden Mittwoch:  
Großes Kinderfest.  
Gratisverlosung. Bombenregen.  
Puppentheater. Kinderfestzug.  
Jeden Donnerstag:  
Elite-Tag.  
Monster-Feuerwerk.

## Gstbahn-Park

Am Klättrinerplatz, Rüdendorferstr. 71  
Hermann Imbs.  
Täglich:  
Großes Konzert,  
Theater- und Spezialitäten-  
Vorstellung.

## Auf Teilzahlung

Wöchentlich nur 1 Mark!  
Große Auswahl Uhren,  
Goldwaren jeder Art, Zithern,  
Phonographen,  
Grammophone,  
Waffnerer um  
Platten und Walzen.  
Jahre & König, Warschauer  
Straße 68, 1. Etage, und Reinhold-  
dorfer Straße 101, 1. Etage.

## Beste Bettenfaltung

Find die vorzüglich fällenden, sehr  
danklichen, sehr sinnlichen

## Monopoldaunen

(grüßl. erhalt.) Pfund 2,50.  
2-4 Pfund 3,00 u. 4.00. Oberreit.  
Verg. geg. Nachzahlung. Verpackung frei.

## Gustav Lustig

Berlin S. 300 Prinzenstr. 46  
Größtes Bettfedern-Depot  
größtes Deutschland.







# Ein neuer Massenmißhandlungs-Prozeß!

Kaum sind acht Tage seit dem Prozeß Thomm und Genossen verstrichen, so muß das Kriegsgericht der I. Gardebrigade abermals zum Vorkommen, um in einem großen Mißhandlungsprozeß Recht zu sprechen. In der vergangenen Woche waren es acht Angeklagte, heute sind es deren sechs und zwar sämtlich Vorgesetzte, darunter auch ein Offizier. Sie gehören dem 4. Garderegiment zu Fuß an, bei dem auch Unteroffizier Breitenbach stand. Und auch die Vorgänge, auf die sich die umfangreiche Anklage stützt, haben sich größtenteils schon zu jener Zeit abgepielt, als Breitenbach noch das Regiment in seiner Korporalschaft führte. Nicht weniger als fünfzig Zeugen sind erschienen. Die meisten von ihnen sind entlassene Grenadiere; sie werden in der Beweisaufnahme freier herausreden als die zaghaften Kanoniere in der vorigen Verhandlung.

Unter Anklage stehen folgende Personen: Sergeant Wall (3. Komp.), Bizefeldwebel Karl Walter, Bizefeldwebel Holzappel, Bizefeldwebel Max Biermann, Feldwebel Christian Buchhop und Leutnant v. Bähring-Löwen. Walter, Biermann und Buchhop sind bereits in der Landwehr.

Die Anklage, die durch den Vertreter der Anklage verlesen wird, ist auch diesmal wieder eine recht umfangreiche. Den Angeklagten Wall, Holzappel und Biermann wird ein ergiebiges Sündentagelager darin vorgeworfen. Die drei haben in den Jahren 1902 und 1903 in Berlin und in Döberitz ihre Untergebenen fortgesetzt mißhandelt. Sie haben sie zum Teil unter Mißbrauch der Dienstwaffe gestochen, geschlagen und in anderer Weise mißhandelt. Bei Wall nimmt die Anklage

mindestens 300, bei Holzappel mindestens 200 und bei Biermann 100 Fälle an.

Außerdem wird den drei Angeklagten vorgeworfen, die Mißhandlungen zum Teil bei Ausübung des Dienstes verübt zu haben.

Vor der Vernehmung der Angeklagten beantragt Kriegsgerichtsrat Dr. Matzke den Ausschluß der Öffentlichkeit. Das Gericht beschließt nach längerer Beratung, die Öffentlichkeit während der Vernehmungen des Angeklagten Wall und des Zeugen David auszuschließen, da hierbei

### Gefährdung der Sittlichkeit

in Betracht komme. Das Gericht spricht die Hoffnung aus, daß bei anderen Vernehmungen, bei denen geschlechtliche Dinge zur Sprache gebracht würden, in der Presse in passender Weise berichtet werde. Nach der Vernehmung des Angeklagten Wall wird Holzappel aufgerufen. Er gibt zu, die Leute hin und wieder geschlagen zu haben. Die einzelnen Fälle kann er sich nicht mehr entsinnen. Beim Ergreifen habe er „öfter die Hand ausstrecken lassen“. Nach der Anklage habe er die Leute

getreten und in die Fäuste gestochen.

Einem Grenadier befahl er einmal, ein Gewehr zu holen, mit dem er einen Untergebenen schlug. Dann sagte er zu dem Grenadier: „Du Schwein, ein anderes mal bringst Du ein anderes Gewehr!“ Die Leute ließ der Angeklagte unter die Betten kriechen, wieder hervorkommen, auf und nieder gehen, auf dem Bauch twenden und wieder zurückkriechen. Der Angeklagte Biermann gibt so gut wie gar nichts zu. Die Bezeichnung eines Untergebenen gegenüber: „Du mußt kaputt gehen, Du Kanakbade“, die ihm die Anklage vorwirft, will er nicht getan haben.

### Zeugenernehmung.

Als erster Zeuge wird der frühere Bataillonskommandeur Oberstleutnant Frhr. v. Spahardt aufgerufen. Er entsinnt sich, daß seinerzeit ein Mann wegen einer Trommelverletzung bei ihm gewesen sei, und daß er in Revierbehandlung gekommen sei. Der Verletzte, Grenadier Buhr, hatte angegeben, daß er beim Zielen von einem Kameraden versehentlich gestochen worden sei. Daß es auf eine Mißhandlung zurückzuführen war, davon wußte der Zeuge nichts.

Der frühere Kompagniechef, Major Graf v. Göry, tritt warm für seine damaligen Untergebenen ein. Er hat niemals Meldungen über Mißhandlungen Untergebener entgegengenommen. Immer wieder habe er die Grenadiere, sobald die Kompagnie vereint war, gefragt, ob sie irgendwelche Klagen hätten, doch niemals habe sich jemand gemeldet. Die Angeklagten seien vorzügliche Soldaten und sie hätten auf ihn stets einen guten Eindruck gemacht. Er hätte mit seinen Untergebenen Ehre einlegen können und jeder Kompagniechef könne stolz sein, wenn er solche Untergebene habe. Assessor Palm sagt aus, daß er sehr häufig gesehen habe, daß Holzappel die Leute beim Dienst geschlagen und mißhandelt habe. Daß Wall viel geschlagen habe, darüber sei in der Kaserne viel gesprochen worden. Er habe sich gewundert, daß die Leute nichts meldeten. Durch herumfragen wurde ihm bald klar, daß es

nicht üblich war, Mißhandlungen zu melden.

Es sei auch in anderen Kompagnien geschlagen worden. Es war überall die Rede davon, doch keine Beschwerden geführt.

Erst als der Fall Breitenbach bekannt wurde, belamen die Leute Mut. Sie meldeten jetzt fast stets sofort erlittene Mißhandlungen. Feldwebel Walter habe die Leute, wenn sie schlecht schossen, mit dem Säbel geschlagen, doch die Leute sahen dies nicht als Mißhandlungen an. Der nächste Zeuge, Krieger, ein ehemaliger Grenadier Holzappels, glaubt nicht, Mißhandlungen erduldet zu haben, da er Dörflinger und andere Schläge, die er erhalten, nicht als solche ansieht. Von anderen Zeugen soll belundet werden, daß gerade Krieger von Holzappel häufig mißhandelt worden ist, aber Zeuge kann sich nicht mehr so recht der Fälle entsinnen. Der Zeuge meint, manchmal hatten sie etwas schändlich, manchmal wäre es etwas hart gewesen. Bei der Vernehmung des folgenden Zeugen, des früheren Grenadiers David, wird die Öffentlichkeit wieder ausgeschlossen. Da der Zeuge einer derjenigen ist, die am meisten zu erdulden hatten, so währt die Verhandlung längere Zeit.

Die Vernehmung Davids dauert über eine Stunde. Auch bei der Vernehmung des nächsten Zeugen Lußmann bleibt die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Um 1/2 Uhr nachmittags wird die Öffentlichkeit wieder hergestellt. Der Zeuge Dente belundet, daß er von Wall öfter geschlagen worden ist. Einmal erhielt er Schläge mit der Stallstange, ein andermal Faustschläge, auch mit

### Fußtritten

wurde er traktiert.umeist wurde in der Instruktionstunde geschlagen. Gewohnheitsmäßig habe Wall die Kameraden geschlagen. Fast alle seien sie mißhandelt worden. Wall und Holzappel stehen unter den Mannschaften

### „Deutschländer.“

Auch mit der Kloppspeitsche wurde geschlagen. Der Zeuge hat einmal beobachtet, wie Buhr mit der Kloppspeitsche von Holzappel mißhandelt wurde und zusammenbrach!

Der Schamm stand dem Soldaten dabei vor dem Mund.

Buhr klagte über starke Schmerzen und über Mißhandlungen dem Zeugen gegenüber.

„Man kann leicht auf Festung kommen, wenn man sich beschwert!“ so sprach Wall zu den Untergebenen. Heute sah diese Bezeichnung als Drohung an.

Leutnant von Oldenburg hat Wall in anderen Kompagnien als Muster hingestellt. Seiner Ansicht nach kann in den beiden Jahren nicht das geringste vorgekommen sein! Der Zeuge Grünwald ist häufiger geschlagen worden. Wenn die Leute abends nicht für genug ins Bett kamen, dann trat die Kloppspeitsche in Aktion. Grünwald hat gesehen, wie Buhr von einem Vorgesetzten mit der Kloppspeitsche ans Ohr geschlagen wurde,

daß das Trommelfell erkrankte.

Er sollte dann sagen, daß die Erkrankung beim Schwimmen herbeigeführt worden sei! Auch die Grenadiere David und Arfa, der gegenwärtig im Irrenhause weilt, wurden häufig mißhandelt. Arfa wurde einmal von dem Angeklagten Walter gefragt, ob er mehr Angst vor dem Oberst oder vor ihm selbst habe, worauf Arfa erwiderte „vor dem Oberst“. Walter antwortete: „Na ja, der Oberst tut Dir nichts, aber ich schlage Dir in die Schnauze!“ Ein anderer Grenadier mußte die Bezeichnung hören:

„Wenn Du erst einmal freipiert bist, dann kriegst Du einen Tag frei!“

Häufig mußten die Leute so lange Schamel auf der Stube strecken, bis manche von ihnen umfielen. Unter die Betten mußten sie wiederholt kriechen und auf dem Bauch „Rektir machen“. Beim Paradeaufmärschen wurde auf der Stube ein vierkantiger Stab zum Abmessen der Schritte benutzt. Dieser Stab diente aber auch zu Mißhandlungen. Bei den Schlägen mit dem Instrument kam es vor, daß

### Die Haut plagte.

Nach Ansicht des Zeugen Schulz sind die Leute fast täglich mißhandelt worden. Wenn Wall die Untergebenen fragte, ob sie geschlagen worden seien, und lautete die Antwort verneinend, so war es gut, sagte aber der Gefragte „Jawohl“, dann gabs neue Schläge. Schwere Reiten hatte der Zeuge Meyer, der bei Wall diente, zu überstehen. Er steht noch heute unter den nachwirkenden Folgen der angedeuteten Mißhandlungen.

Verhandlungsführer: Wie oft sind Sie geschlagen worden? — Zeuge: Oefter. — Verhandlungsf.: Wie oft? 50, 100 mal? — Zeuge: Jawohl! Ich weiß selbst nicht!

Nun schildert der Zeuge all die Mißhandlungen, die er erdulden mußte. Mühsam stößt er die Worte hervor. Bei der ersten Vernehmung machte er seine Aussagen unter Tränen und auch heute fällt es ihm schwer, die Tränen zurückzuhalten. Wenn er beim Schlagen zu weinen begann, so schlug Biermann noch weiter auf ihn ein. Schläge mit der Stallstange, mit der Peitsche, Fußtritte, Faustschläge usw. wurden ihm verabreicht. Neben dem Zeugen hatten die Grenadiere David, Arfa und Grell besonders unter den Mißhandlungen zu leiden.

An dem Rücken des Zeugen hat Walter einmal eine Stallstange entzweiggeschlagen. Eine Stallstange hat die Stärke eines Besenstiels. Beim Zielen hat sich Biermann zweimal mit beiden Beinen auf den Rücken des Zeugen gestellt, so daß der Gepeinigete vor Schmerz schrie.

„Du mußt tot gehen, Du Kanakbade!“

hat Biermann nach den Aussagen des Zeugen dabei gesagt. Ohne irgend welche Veranlassung schlug Biermann auf Meyer und dessen Kameraden ein. Als David von Beschwerde sprach, erwiderte ihm Wall: „Du Schwein, Du wilst auch noch melden, Dich kriegen wir noch auf Festung!“

Auch den anderen Grenadiere wurde in ähnlicher Weise gedroht. Der Zeuge hat bei Arfa beobachtet, daß Hautstücke aus dem Gesicht verschwunden waren.

Der nächste Zeuge Buhr ist in der Korporalschaft des Wall gewesen. Er ist einmal von Wall auf der Stube so geschlagen worden, daß er zusammenbrach und nicht wußte, wo er war. Er bekam durch die Mißhandlung ein Dyrrenleiden und erzählte dem Kompagniechef beim Krankmelden, daß er beim Schießen versehentlich gestochen worden sei. Wall hatte ihm so befohlen und aus Angst, daß es noch mehr Schläge geben werde, belog auch der Zeuge seinen Hauptmann. Der frühere Grenadier Grell ist wöchentlich 3—4 mal von Wall geschlagen worden.

### Zahllose Fälle von Mißhandlungen

seien vorgekommen. Wall sei ein sehr aufgeregter Vorgesetzter gewesen. Buhr sei von Wall einmal so mißhandelt worden, daß er zur Erde stürzte und auch jetzt schling Wall noch auf ihn ein! Auf der Stube wurden auch die Schamel gestreckt. Es kam auch vor, daß Wall mit der Seitengewehrspitze den Leuten gegen die Brust stieß und mit der glatten Hand vor die Nasen schlug. Wenn der Zeuge beim Zielen auf der Erde lag, erhielt er von Biermann Fußtritte ins Kreuz. Der Zeuge Engels belundet, daß er unzählige Male mißhandelt worden ist. Ritunter blutete dabei auch die Nase. Fast täglich wurde geschlagen. In Döberitz wurde Arfa von Wall

mit dem Feuerhaken so lange geschlagen, bis er ohnmächtig wurde.

Holzappel stieß häufig mit der Faust in den Leib. Er trat den Leuten auch gern auf die Füße und drehte dabei die Haken so, daß sie auf die Fäße die Leute zu stehen kamen. Bei Biermann mußten die Leute exerzieren. Vor den Liegungen hatten sie stets Angst und wenn sie oben in der Stube übten, so gingen die Grenadiere nur zögernd die Treppen hinauf; sie hatten Furcht vor der Senge, die ihnen bevorstand. Oben auf der Stube versetzte Biermann den Leuten

### Fußtritte und Faustschläge in die Fäuste.

Der Zeuge ist häufig mit Fußtritten in den Rücken traktiert worden.

Der Zeuge hat den Grenadier Arp oft mit blutigem Gesicht gesehen. Auch beim Unterricht hat er oft gebuldet. Geinrichs ist mehr als 20 mal durch die Fäße „förrigiert“ worden. Einmal hatte er nicht gut geglikt, als ihm Biermann einen so starken Schlag vor die Stirn gab,

daß er umfiel und ohnmächtig wurde.

Der Vorfall hatte sich auf dem Kasernenhof abgespielt. Bei anderen Gelegenheiten trieb Wall die Mannschaften mit der Kloppspeitsche aus der Stube heraus. Arp soll mindestens 150 mal mißhandelt worden sein. Der Zeuge Palm hat den Kameraden Davids hin und wieder Mut spucken sehen. Es folgen jetzt eine Reihe von Zeugen, die über besondere Vorgänge nichts belunden können. Dem Zeugen Staber muß mit Hilfe der früheren protokolllarischen Aussagen erst das Gedächtnis etwas „aufgeschärft“ werden. Der Angeklagte Holzappel ließ sich von einem Untergebenen eines Tages die Stiefel zehnmal hintereinander pugen, weil sie ihm nicht blau genug waren. Wall ließ die Leute so lange zielen, bis sie alle zitterten. Der Zeuge Kaiser stand in der Korporalschaft des Holzappels. Er machte in der Instruktionstunde wiederholt mit den Häuten des Angeklagten Veranlassung. Der Zeuge Weninger, ein direkter Untergebener Holzappels, ist von diesem

### beinahe täglich mißhandelt

worden. Auch mit der Stallstange mußte er in Verührung kommen. Fast täglich sind nach den Angaben des Zeugen die 17 Mitglieder der Korporalschaft von dem Angeklagten Holzappel geschlagen worden. Der Zeuge Weder ist ebenfalls täglich geschlagen worden. In mindestens 70 Fällen ist er beim Antreten wegen irgendwelcher kleiner Versehen mißhandelt worden. Die Mißhandlungen bestanden in Faustschlägen ins Gesicht. Einmal erhielt Zeuge einen so wuchtigen Faustschlag, daß er ins Nebenzimmer sog.

Bei den weiteren Vernehmungen dreht es sich hauptsächlich um die Mißhandlungen des Angeklagten Holzappel. Die meisten der Zeugen sagen fast in der gleichen Weise über die ihnen angefügten Mißhandlungen aus. Ein Teil dieser Leute ist auch von dem Angeklagten Biermann geschlagen worden. Es werden dann eine Reihe von Entlastungszeugen, die seitens der Verteidiger geladen sind, vernommen. Einer dieser Zeugen ist der Weinanz, daß Davids, durch den das ganze Prozeßverfahren ins Rollen gekommen ist, die Absicht gehabt habe, vom Militär loszukommen. Davids, dessen Vernehmung ja unter Ausschluß der Öffentlichkeit erfolgte, hatte vor einigen Monaten ein umfangreiches Schreiben, in dem er seine Vorgesetzten beschuldigte, an die Behörde gerichtet. Eine Reihe von Zeugen, die jetzt aufgerufen werden, wollten von den Angeklagten gar nicht mißhandelt worden sein.

Um 8 Uhr abends wird die Sitzung auf Freitag morgen 8 Uhr verlag.

## Partei-Angelegenheiten.

Die Genossinnen, die Mitglieder des Allgemeinen sozialdemokratischen Wahlvereins für Berlin und Umgegend sind, bitten wir zu beachten, daß Dienstags und Freitags im „Vorwärts“ unter „Frauenbewegung“ die Adressen der Genossinnen veröffentlicht werden, die Beiträge für den Verein entgegennehmen. Bei der jetzt schon großen Mitgliederzahl ist es nicht mehr möglich, die Hausfasserung beizubehalten, und werden die Mitglieder ersucht, in diesen Zahlstellen die Beiträge zu bezahlen. Der Vorstand.

Nirsdorf. Am Freitag, den 12. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von Hoppe eine wichtige gemeinsame Besprechung der gesamten Wahlleiter sowie der Bezirksführer und Zahlabendeiter statt. Es ist Pflicht aller genannten Funktionäre, vollständig und pünktlich zu erscheinen und ihre Legitimationen mitzubringen. Die Abteilungsleiter der Landtagswähler sind schleunigst an die Mitglieder des Wahlkomites abzugeben, nachdem vorher der Verzug jedes Wählers aus unseren Hauslisten eingetragen ist. Das Wahlkomitee.

Waldmannslust und Umgegend. Sonnabend, den 13. d. M., findet abends 8 1/2 Uhr in Waldmannslust im „Schweizerhaus“ eine Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Wilhelm Denyer über „Sozialdemokratie und Wissenschaft“, Diskussion, Vereinsangelegenheiten und Verschönerung.

Weißensee. Sonntag, den 14. Juni cr., stößt 9 Uhr findet für die gewählten Wahlmänner beim Genossen Klopff, Königs-Chaussee 38, eine Besprechung statt, wozu jeder bestimmt und pünktlich zu erscheinen verpflichtet ist. Das Wahlkomitee.

Hohen-Neuendorf und Stolpe an der Nordbahn. Am Sonntag, den 14. Juni, morgens 9 Uhr, findet im Lokal von Paul Schütz der Jahrtag des Wahlvereins statt. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung ist ein vollzähliges Erscheinen dringend erforderlich.

Sozialdemokratischer Wahlverein Wannsee. Sonnabend, den 13. Juni, findet im Restaurant „Frischhof“, Königsstr. 40, die regelmäßige Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Gäste willkommen, besonders diejenigen, welche am 3. Juni ihre Stimme öffentlich für die sozialdemokratischen Wahlmänner abgegeben haben.

## Berliner Nachrichten.

### Städtische Bauten.

In der letzten Sitzung der städtischen Hochbaudeputation legte Stadtbaurat Hoffmann die Entwürfe vor für eine Gemeindepflichtschule in der Büdingstraße 2 mit dem über 794 000 M. abschließenden Kostenanschlag, für den Neubau der Baugewerle-Schule in der Kurfürstenstraße 141 mit dem über 734 000 M. abschließenden Kostenanschlag, sowie dem besonderen Entwurf zum Neubau einer Gemeindepflichtschule in der Zegeler Straße mit dem 861 000 M. betragenden Kostenanschlag und den „Speziellen Entwürfen“ für die Neubauten der Gemeindepflichtschule in der Thonauer Straße und ein Strogenreinigungsdepot, die zusammen 872 000 M. kosten sollen. Zu diesen vier Schulen, deren Kosten sich auf rund drei Millionen Mark belaufen, kam noch der Entwurf einer Turnhalle in der Wangelfstraße mit einem Kostenanschlag von 40 000 M. Ferner die besonderen Entwürfe für eine Feuerwache am Schillerbain nahe der Türkenstraße. Diese Baue sollten 425 000 M. kosten. Zwei weitere Entwürfe betrafen Laternen- und Parkwärterhäuschen auf dem neuen Forstenbeplatz und dem Platz am Neuen Tor. Diese Häuschen sind mit rund 10 000 M. veranschlagt. Die Deputation beschäftigte sich dann noch mit den Entwürfen des Magistratsbaurats Sittel für den Um- und Erneuerungsplan des pathologisch-anatomischen Institutes im städtischen Krankenhaus Moabit. Die Kosten für diesen Umbau sind mit 224 000 M. veranschlagt. Die Deputation genehmigte sämtliche acht Entwürfe nach längerer Beratung. Die Gesamtkosten dieser Bauten ohne den Aufschlagswert der Terrains belaufen sich auf rund 4 1/2 Millionen Mark.

### Zu Wahlkommissaren

sind für die am 16. Juni stattfindenden Abgeordnetenwahlen ernannt: für den I. Wahlkreis Stadtrat Kallisch, für den II. Stadtrat Maas, für den III. Stadtrat Wagner, für den IV. Stadtrat Rünsterberg, für den V. Stadtrat Jacobn, für den VI. Magistratsrat Dr. Puls, für den VII. Stadtrat Alberli, für den VIII. Stadtrat Schride, für den IX. Stadtrat Mielenz, für den X. Magistratsrat Lechow, für den XI. Magistratsrat Dr. Meyer und für den XII. Magistratsrat Dietert.

Druckfehlerberichtigung. In der gestrigen Notiz: „Vom großen Wagen der Kirche“ heißt es an einer Stelle: Aus Missetreuen wird der „Bois Zeitung“ geschrieben. Das ist falsch, es muß heißen: Aus Nichterfreuen usw.

Dann ist in der Notiz über das Unglück in den Hallerwerken der Lueregesellschaft davon die Rede, daß in einem engen Raum 78 Mädchen beschäftigt seien; hier hat der Drucksetzer eine 7 umdrittelweise neben die 8 gesetzt; es sind nur 8 Mädchen da beschäftigt.

Der amtliche Bericht der Berliner Feuerweh über Brandstiftungen auf Dachböden vom 10. Februar bis Ende April d. J. ist erschienen. Wir entnehmen demselben folgendes: Vom 10. Februar 1908 vermehren sich die Dachstuhlbrände in so ungewöhnlichem Maße, daß die Annahme, es handle sich um planmäßige Brandstiftungen, nicht mehr von der Hand zu weisen war. Die Aufzeichnungen für diesen Bericht wurden mit dem 30. April abgeschlossen. In der Zeit vom 10. Februar bis 30. April 1908 fanden im ganzen 168 Dachstuhlbrände statt gegen 21 Brände in derselben Zeit des Jahres 1907. In sehr vielen Fällen konnte Brandstiftung mit Sicherheit festgestellt werden, da die Feuerweh bei ihrem Eintreffen mehrere von einander getrennte Brandherde vorfand. Eigentümlich war auch der Umstand, daß sich die Brandstifter mit Vorliebe Eckhäuser aussuchten. Die meisten Brände fanden von 8 Uhr vormittags bis 7 Uhr abends statt. An Sonntagen und Festtagen überwiegen Ruhe ein. Die Tätigkeit der Brandstifter erstreckte sich hauptsächlich auf den Norden, Osten und Südosten der Stadt. Der Wette wurde fast ganz verschont und das Zentrum weniger in Mitleidenschaft gezogen. Dementprechend wurden



auch die Kompagnien verschiedenes Beanspruchung. Es entfielen auf die 4. Kompagnie 43, auf die 3. nur 13 Dachstuhlbrände. Die Leistungsfähigkeit der Feuerwehr wurde auf eine harte Probe gestellt. Soweit zugänglich, wurden die Mannschaften geschont. In erster Linie wurde durch Einschlagen der Dächer für Abzug des Rauches gesorgt, ferner die regelmäßige Verwendung von Rauchschuttschirmen angeordnet und die Mannschaften häufig abgelöst. In 97 Fällen mußte insgesamt mit 274 Rohren Wasser gegeben werden. Die Zahlung von Feuermeldeprämien für diese Brände wurde eingestellt. Trotz der ausgesetzten Prämien und umfassenden Tätigkeit der Kriminalpolizei ist es nicht gelungen, die Brandstifter zu ermitteln. — Gleichzeitig hat die Feuerwehr sich veranlaßt gesehen, Leitsätze bei Feuergefährlichkeit bekannt zu machen, die zur Belehrung des Publikums dienen sollen. Sie sollen an den Eingängen der Berliner Häuser angebracht werden. Zunächst heißt es: Feuer! Ruhe und Besonnenheit! 1. Die Feuerwehr alarmieren! 2. Türen nach den Treppen usw. geschlossen halten! 3. Nicht auf den Treppen aufhalten! 4. Gefährdete Personen haben sich der Feuerwehr bemerkbar zu machen. 5. Niemals auf Zuzug des Publikums herabzpringen. 6. In verqualmten Räumen sich kriechend bewegen; ein nasses Tuch vor Mund und Nase nehmen.

**Ein Händholz ohne Kopf — zwei freisinnige Wahlmänner.**  
Diese kurtose Gleichung ist nicht das Produkt eines übermütigen Witzbolles, sondern eine Episode aus dem Wahlkampf. Am 10. Juni fand in Schöneberg im 77. Bezirk in der zweiten Abteilung eine Stichwahl zwischen vier Wahlmannskandidaten statt. Alle vier Kandidaten erhielten 13 Stimmen. Die Wahl war unentschieden und nun mußte das Los entscheiden. Da zwei Wahlmänner zu wählen waren, hätte man erwarten können, daß vier Zettel mit den Namen der Kandidaten geschrieben werden würden und hiervon zwei ausgelost worden wären. Das Wahlgesetz kennt ja keine Parteien, sondern nur Wahlmänner. Sei es nun, daß den Mitgliedern des Wahlvorstandes das Namensschreiben zuviel Mühe machte oder ein anderer Grund vorlag, genug, der Wahlvorstand entschied, daß mit Streichhölzern die Sache ausgenutzt werden solle. Man nahm zwei Streichhölzer, wovon ein ein Kopf hatte und das andere kopflos war. Die Schwierigkeit, daß man die Kandidaten mit gleicher Stimmenzahl hatte, überwand der geniale Wahlvorstand dadurch, daß die vier Kandidaten in zwei Kategorien eingeteilt wurden. Händholz mit Kopf heißt so viel als „Frank und Wegner“ und Händholz ohne Kopf „Ehleben und Jänike“. Jetzt war die Schwierigkeit überwunden. Ohne erst die schwierige Prozedur vorzunehmen, vier Namen aufzuschreiben, wurde jetzt gelost. Als dann der Wahlvorsteher das Händholz ohne Kopf griff, erklärte er, daß Ehleben und Jänike Wahlmänner seien, denn ein Händholz ohne Kopf ist gleich zwei freisinnige Wahlmänner. Ob die Händhölzer in die Urnen einverleibt sind, um bei der Wahlprüfung feststellen zu können, daß die anderen Urnen ohne Merkmal sind, wissen wir nicht. Unsere Genossen haben gegen die Wahl Protest eingelegt, weil vier Wahlmänner gleiche Stimmenzahl hatten, wovon zwei auszulosen waren. Die Gleichung: ein kopfloses Händholz gleich zwei freisinnige Wahlmänner wird wohl nicht als zulässig anerkannt und darum werden Ehleben und Jänike wohl nicht an der Wahl teilnehmen können.

**Der Postbote als städtischer Kohlenarbeiter.** Bei der kaiserlichen Post in Wuch ist der Hülfspostbote P. mit einem „Gehalt“ von 1,50 M. pro Tag angestellt und dafür muß er der Postverwaltung von morgens 7 bis 11 Uhr vormittags zur Verfügung stehen, um das Vormerkbuch der Postämter sowie einen Teil der Kolonien Buch zu bestellen. Mit diesem horrenden Gehalt kann der Mann natürlich nicht auskommen und so hat er sich noch eine andere Beschäftigung gesucht. Die städtische Betriebsverwaltung in Wuch hat den P. im Kampfgebiete der Zentrale Buch angestellt als Kohlenarbeiter mit einem Monatslohn von 95 Mark. Es ist dort die Wechselarbeit eingerichtet, so daß die Heizer, Kohlenarbeiter und Maschinenisten abwechselnd zur Nachtschicht herangezogen werden, auch besteht dort seit dem 12. Juni 1908 ein Arbeitsvertrag, worin der Lohn folgendermaßen festgesetzt ist: Maschinenisten 130 M., Heizer, Kanalwörter, Schlosser 123 M., für Kohlenarbeiter 100 M. pro Monat bei 60 Arbeitsstunden pro Woche. Dem P. waren nun erstens 100 M. zu viel, er erklärte sich mit 95 M. zufrieden, er wollte ferner auch keinen freien Tag in der Woche haben, da vielmehr die Betriebsleitung, daß er ständig zur Nachtschicht machen wollte, was ihm auch gestattet wurde und zwar laut Anschlag des Betriebsleiters.

**Die Drehtüren bleiben.** An den Eingängen zahlreicher Berliner Hotels und Cafés befinden sich amerikanische Drehtüren, die vielfach für feuergefährlich gehalten werden. Man glaubt, daß bei Ausbruch einer Panik, beispielsweise also bei Feuergefahr, die Türen nicht funktionieren werden, sobald sich größere flüchtende Menschenmengen zu gleicher Zeit auf zwei Türflügel stürzen. Unter gewöhnlichen Umständen würde ein solcher plötzlicher Ansturm allerdings eine Sperrung der Drehtür und damit eine Katastrophe bedeuten. In Berlin sind jedoch auch hiergegen Sicherheitsvorkehrungen insofern getroffen, als durch einfachen Hebeldruck die Flügel zusammengeklappt werden können, so daß ab dann der Ausgang völlig frei liegt. Wie es heißt, haben die Türhüter sehr strenge Instruktionen erhalten, im Augenblick einer Gefahr den Klappmechanismus unverzüglich zu benutzen und sich von dem Hebelgriff niemals mehr als wenige Schritte zu entfernen. Der Berliner Polizeipräsident hat daher keine Veranlassung genommen, sich dem Vorgehen seines Pariser Amtsvorgängers, welcher die Drehtüren in allen für mehr als hundert Personen eingerichteten öffentlichen Lokalitäten verboten hat, anzuschließen. Hoffen wir, daß das Kind nicht erst in den Brunnen fällt.

**Ein Automobil in Flammen.** Ein Automobilbrand tief gestern in der Brunnenwaldstraße aufsehen hervor. Ein Chauffeur der Firma Braun u. Sannert hatte mit einem neuen Kraftwagen eine Probefahrt unternommen. Als das Gefährt durch die Brunnenwaldstraße jagte, explodierte plötzlich der Benzinhälter und im nächsten Augenblick stand der Wagen in hellen Flammen. Als die Feuerwehr erschien, war das Auto vollständig verbrannt. Der Chauffeur und andere Insassen hatten sich durch schnelles Abpringen in Sicherheit bringen können.

**Unter einem umgekehrten Wagen begraben.** Bei einem schweren Unglücksfall ist der Kutscher Steinte aus Mummelsburg ganz erheblich zu Schaden gekommen. Er hatte eine frühere Longholz transportieren wollen. In der Hauptstraße kam das hochbeladene Fuhrwerk plötzlich ins Schwanken und stürzte um. Der Kutscher wurde vom Bod heruntergeschleudert und geriet unglücklicherweise unter die schwere Last. Vergeblich bemühten sich die Passanten, den Bedauernswerten aus seiner qualvollen Lage zu befreien. Man mußte erst die Feuerwehr herbeirufen, ehe es glückte, St. wieder freizumachen. In einem Wagen der Feuerwehr wurde der Verunglückte gleich nach dem Krankenhaus gebracht.

**Ueberrfahren und getötet wurde am Mittwoch mittag kurz nach 1 Uhr das Töchterchen der Eheleute Klein, das sich bei der Tante in der Scheffelstraße aufhielt. Die Kleine war mit einigen anderen Kindern auf die Straße gegangen und wollte den Straßenbahn überschreiten. Plötzlich kam ein Straßenbahnwagen der Linie 87 mit großer Schnelligkeit angefahren, das Kind kam nicht schnell genug vorwärts kommen und das Unglück ist fertig. Es liegt unter dem Wagen und wird, da ein schnelles Halten aus irgend welchen Gründen nicht möglich ist, etwa noch 45 Schritt fortgeschleift. Als der Wagen steht, bemüht man sich mit schweren Stangen den Wagen anzuheben, anstatt sofort die Feuerwehr zu holen. Und so zeigt sich hier wiederum wie in so vielen Fällen vorher, die skandalöse Erscheinung, daß dreiviertel Stunden vergehen, bevor das bedauernswerte Kind aus dem Wagen geholt wird. Verantwortlicher Redakteur: Georg Davidsohn, Berlin. Für den**

seiner entsehligen Lage befreit werden kann. Nicht lange dauerte es und es hauchte sein Leben aus.

Wieweil solcher Unglücksfälle müssen sich noch ereignen, bevor die reiche Straßenbahngesellschaft angehalten wird, wenigstens für praktische Hebevorrichtungen zu sorgen?

**Der Tod im Polizeigewahrsam.** In der Polizeizelle vom Tod überfallen wurde gestern der Arbeiter Karl Vorober aus der Wähenstr. 31. B. war auf der Straße von einem Schuppmann wegen Trunkenheit aufgegriffen und nach dem 45. Polizeirevier geführt worden, wo er in einer Zelle seinen Rauch ausschöpfen sollte. Als später ein Beamter nach ihm sehen wollte, war er tot. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus gebracht.

**Eine Polizeiaktion.** Die politische Polizei hat sich gestern wieder einmal in Erinnerung gebracht, um den Beweis zu liefern, daß sie auch noch da und zu etwas nütze ist. Der seit Jahren unbehelligt gebliebene Sozialistennachwuchs und das Lied der Arbeitermänner haben es der Polizei angetan und so machten sich gestern zahlreiche Kriminalbeamte auf die Suche nach Lieberbüchern, in die diese beiden Lieder aufgenommen sind, vor allem nach dem von Wipinsky herausgegebenen: „Singe mit“. Die Vortwärts-Buchhandlung hatte solche Bücher zufällig nicht am Lager, konnte deshalb keine ausliefern, aber in unserer mit der Expedition verbundenen Buchhandlung wurden einige Lieberbücher vorgefunden und mitgenommen. In aller Frühe waren schon zahlreiche Parteimitglieder durch polizeilichen Besuch überrascht worden, die vorgenommenen Hausdurchsuchungen waren jedoch wenig erfolgreich. Bei dem Raffierer des Arbeiter-Sängerbundes beschlagnahmte die Polizei 805 Exemplare des vom Arbeiter-Sängerbund herausgegebenen Lieberbuchs.

Die Maßnahme der Polizei ist gänzlich unverständlich, wenn man bedenkt, daß die beiden inkriminierten Lieder seit Fall des Sozialistengesetzes unbeanstandet überall gesungen werden konnten, teilweise sogar — wenigstens der Sozialistennachwuchs — seit 18 Jahren von Gesangsvereinen mit Genehmigung der Polizei bei zahlreichen Arbeiterfestlichkeiten.

**Die Spuren der Kirchenbrandstifter.** Zu der Brandstiftung in der Pauluskirche wurden unter anderem auch Wachslichte und Petroleum verwendet. Die Lichte sind teils gedreht, teils einfach. Die gedrehten sind grün gefärbt und mit Goldblumen geschmückt. Alle waren mit einer Schnur an die Dachsparren gebunden und dann angezündet worden. Mit Petroleum waren mehrere Stellen getränkt. Das Petroleum hatte sich in einer 250 Grammflasche für äußere Medizin befunden. Diese Flasche ist sechsstänmig und an drei Seiten gerippt. Sie hat einen Zettel getragen, nach dem sie zurückgegeben war, stammt also aus einem Krankenhauses. Wer über den Anlauf der Lichte oder über die Herkunft der Flasche etwas mitteilen kann, wird gebeten, sich im Interesse der Aufklärung dieser Brandstiftung schleunigst bei der Kriminalpolizei zu melden.

**Zwei Kinder unter den Rädern eines Eisenbahnzuges getötet.** Ein furchtbarer Unglücksfall, der zu dem Verhängnis von einem schweren Verbrechen Veranlassung gab, hat sich gestern auf der Schlesienschen Bahn zwischen den Vorortstationen Hangelberg und Hangelberg ereignet. Gestern mittag, bald nachdem der von Rosen über Frankfurt a. O. nach Berlin fahrende, um 12 Uhr 24 Minuten auf dem Schlesienschen Bahnhof eintreffende Personenzug Hangelberg passiert hatte, fand ein Streckenwärter etwa zwei Kilometer hinter der Station auf dem Bahndamm die Körper zweier Knaben, von denen der eine furchtbar verstümmelt war, während der zweite schwere Verletzungen am Kopf, Händen und Füßen aufwies. Beide Knaben wurden nach Hangelberg übergeführt, von wo der eine nach dem Wilhelmshagener Krankenhaus geschafft werden sollte, jedoch schon auf dem Transport dorthin starb. Der zweite Knabe fand Aufnahme in dem Fürstenaalder Krankenhaus und ist dort im Laufe der Nacht seinen schweren Verletzungen erlegen. Man nahm erst an, daß die beiden Kinder von Angehörigen aus dem Zuge hinausgeschleudert worden seien. Diese Vermutung erwies sich aber als falsch. Wie von der Station Erfner, woselbst der oben erwähnte Zug durch Rostsignal zum Stehen gebracht worden war, mitgeteilt wurde, gehörte die Verunglückten einer russischen Auswandererfamilie Joffe an. Die Knaben haben vermutlich an dem Türgriff gespielt, wobei die Tür aufging und die Jungen hinausstürzten. Der Unglücksfall war nicht sofort bemerkt worden, und so kam es, daß der Zug erst in Erfner zum Stehen gebracht wurde.

**Ueber einen Diebstahl auf dem Rügelturm wird gemeldet:** Das große Fernrohr, das auf dem Rügelturm für die Ausflügler angebracht war, ist über Nacht gestohlen worden. Es hat einen Wert von etwa 300 M.

**Auf dem Bahndamm erschossen hat sich gestern mittag bei Friedrichshagen der Tischlergeselle Felix Pfeiffer, Marxstr. 41 wohnhaft. Gegen 1 Uhr vermaß der in der Ude 16 bedienstete Streckenwärter Road die Detonation eines Schusses und als er daraufhin die Strecke revidierte, fand der Beamte zwischen den Schienen die Leiche des 21jährigen P., der sich durch einen Schuß in die rechte Schläfe getötet hatte. Bei dem Verstorbenen wurde ein Zettel vorgefunden, auf welchem er als Motiv zu der Tat Liebesgram angab.**

**Betrogene Firmen sollen sich melden.** In einem Strafverfahren wegen Betruges hat sich herausgestellt, daß die Verkaufsbüro seit 1906 in Hamburg, Berlin, Bremen und der Umgegend dieser Städte Kunden gesucht haben für ein Export-, Import- und Expeditions-Büchlein, das sie herausgeben wollten. In vielen Fällen haben sie sich 10 bis 50 Mark Inzestionsgebühren zahlen lassen; herausgegeben ist das Buch aber nicht. Alle Firmen, die an die Firma Rede u. Wegener Aufträge für das Büchlein gegeben und die Gebühren bezahlt haben, werden aufgefordert, dem Untersuchungsrichter II Hamburg, Justizgebäude, Mitteilung zu machen.

**Wegen eines großen Dachstuhlbrandes wurde am Mittwoch die Feuerwehr nach dem Rotenbühl 24, Ecke Grünauer Straße, alarmiert. Der 8. Wächterzug war auf den ersten Alarm schnell zur Stelle und griff sofort mit mehreren Schlauchleitungen von Dampfspritzen an. Den Bemühungen der Feuerwehr gelang es nach längerem Wassergeben, den Brand auf den Dachstuhl zu beschränken. Der Schaden ist bedeutend und nur zum Teil durch Versicherung gedeckt. Mehrere Mieter sind arg geschädigt. Die Entstehung wird auf vorsätzliche Brandstiftung zurückgeführt.**

**Die Scharfmacher an der Arbeit.** Immer und immer wieder ist den Handlungsgehilfen von den Leitern ihrer Vereine und Verbände erzählt worden, daß es einen Klassenkampf nicht gibt. Nur die bösen Zentralverbände — was im Jargon dieser Herren gleichbedeutend mit Sozialdemokraten ist — leugnen, daß es eine Harmonie zwischen Prinzipal und Angestellten gibt. Eine bittere Pille ist den Leitern dieser — ach so zahnen — Verbände jetzt von den bayerischen Metallindustriellen zu schlucken gegeben worden. Diese haben, wie auch im „Vorwärts“ schon wiederholt ausführlich erwähnt worden ist, in einem Rundschreiben die Arbeitgeber der Metallindustrie ganz Deutschlands aufgefordert, die Mitglieder eines Verbandes von technischen Angestellten sowie von vier an Mitgliederzahl großen Handlungsgehilfenvereinen nicht mehr zu beschäftigen.

Vorläufig scheinen die bürgerlichen Harmonievereine vor Schred noch nicht die Sprache gefunden zu haben, denn es ist noch alles ruhig in ihren Kreisen. Scheinbar weiß man noch nicht, wie man das Vorgehen der Kapitalisten mit der geliebten Harmonielehre in Einklang bringen soll.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und Gehilfen Deutschlands will auch diese Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, ohne energischen Protest gegen das Gebahren der Unternehmer einzulegen.

Er muß aber auch die Situation aus, um den Handlungsgehilfen und Gehilfen von neuem die Notwendigkeit des Klassenkampfes vor Augen zu führen.

Morgen Freitag, abends 9 Uhr, veranstaltet der Zentralverband eine große öffentliche Kundgebung in den „Arminiahallen“, Kommandantenstr. 58/59, zu welcher der Gen. Julian Worchardt das Referat übernommen hat.

Alle Handlungsgehilfen und Gehilfen sowie technischen Angestellten seien hiermit auf die Wichtigkeit dieser Versammlung hingewiesen.

## Vorort-Nachrichten.

**Schöneberg.**  
Verlegung des Kinderspiels. Das von dem Deutschen Verein für Kinderspiele seither in dem Hause Martin Lutherstr. 55 in Schöneberg unterhaltenen Kinderspiel zur Aufnahme von Kindern, welche der elterlichen Fürsorge entbehren, ist nach Wilmersdorf, Schweidnitzer Straße 5 (Fernsprecher Amt Wilmersdorf Nr. 2145), in der Nähe des Ringbahnhofs Halensee, verlegt worden.

**Waidmannslust.**  
Ein Dachstuhlbrand richtete in der „Villa Diana“ ganz erheblichen Schaden an. Trotzdem die Feuerwehr von Waidmannslust sowie die Wehren der umliegenden Dörfer ziemlich schnell zur Stelle waren, konnten sie es doch nicht verhindern, daß das Gebäude bis zum ersten Stockwerk vom Feuer beschädigt wurde. Wasser und hilfswillige Menschen waren genügend zur Stelle; aber nach 2 1/2 Stunden brannte die Nordseite des Dachstuhls noch ganz lufsig. Von der Straße aus reichte der Druck der Pumpen nicht bis zum Dachstuhl. Durch den eigenartigen Bau derartiger „Kasernenvillen“ konnte die Feuerwehr die Halenleiter nicht benutzen. Für eine mechanische Leiter, die hier durchaus am Platze gewesen wäre, hat die Gemeinde — wie es scheint — kein Geld übrig. Hoffentlich steht die Gemeindevertretung ein, daß Wasser hauptsächlich dann zum Feuerlöschen gut ist, wenn man es direkt mit dem Feuer in Verbindung bringen kann. Oder will man erst dann eine mechanische Leiter anschaffen, nachdem Menschenleben durch einen Brand vernichtet worden sind?

## Vermischtes.

**Ein amtlicher Wahlauftrag in Ostpreußen.**  
Aus Ostpreußen wird uns folgende amtliche Bekanntmachung überfendet: Der Gemeindevorsteher Wittwiesch in Lütken (Kreis Heidekrug) hat in seiner Gemeinde folgenden Ullas zirkulieren lassen:

„Erinnerung:  
Die Herren Radfahren werden wohl alle in Zeitung gelesen haben, daß Wittwoch den 27. d. M. M. 5 Uhr beim Lesing in Schuberitten, ein Konterwaitefer zusammenkunft wird sein. Darum im Auftrage des Wahlvorstehers Herrn Fischer Schuberitten, wird für Radfahren Konterwaitefer partei erimert, den genannten Tag auch Stunde wahr zu nehmen, und wer andere partei will sich anschließen, so bitte demjenigen gutauszureden, denn wir werden doch nicht lassen von Brandenburger und vertreten, wir haben auch hier Personen der uns vertreten wird, und auch für seine Majestät Kaiser und König treu bleiben wird — und daß der Hauptgrund.  
Lütken de 20te Mai 1908, Gemeindevorsteher Wittwiesch.“

In dem der „Lütken Allgemeinen Zeitung“ zugegangenen Original steht hinter „Brandenburger“ noch das Wort „Jud“, das aber durchstrichen ist. Mit dem Brandenburger ist Geheimrat Schwabach gemeint.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 37. Heft des 26. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Heiler und Stehler. — Die Abstammungsbewegung und die Sozialdemokratie in Finnland. Von R. Martins (Helsingfors). — Jüdischenpreis in der Literatur. Von Georg Davidsohn. — Ein Normalarbeitsvertrag für die Landwirtschaft. Von L. G. Ranshoff (Wetzlar, Provinz Groningen, Holland). — Mit einem Nachwort von R. Knauth. — Die Rentabilität der Schweizerischen Landwirtschaft. Von Dr. J. D. — Notizen: Die russische Gesellschaft. — Zeitschriftenkatalog.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Postämter zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Eutinort, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 12 des 18. Jahrgangs zugegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Alle Lehre. — Schulpeinung. Von Louise Knauth. III. — Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen in der Textilindustrie. Von Martha Hoppe. — Vom Geld der Arbeiterinnen. Von G. — Siebenter Verbandstag des Deutschen Doljarbeiterverbandes. Von E. D. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Jahresbericht der Vertrauensperson der Stralunder Genossinnen. — Die Berliner Genossinnen im Landtagswahlkampf. — Emilie Wahn. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. P. — Die Heranziehung der Frauen in die Verwaltungsborgane der Konsumvereine. — Kollegien: Dienstreisende. — Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswesens. — Feuilleton: Des Agenten Erzählung. Von Karl Zwan.

Für unsere Kinder: Wandbilder. Von Wolfgang Goethe. (Gebdht.) — Die Husarenuniform. Von Robert Grösch. — Die Aufgabe. Von Karl Steiner. (Gebdht.) — Sommeranfang im hohen Norden. — Die Sage vom Hirschgäulein. Von Wilhelm Hauff. (Zählh.) — Das erste letzte Gemälde. Von Friedrich Theod. Richter. (Gebdht.) — Unsere Heiligbiene. Von Karl Bräutigam. — Lied vom Drogenkönig. Von Ludwig Blau. (Gebdht.) — Das Wirtshaus zum Weidenbusch und seine Gäste. — Spatzenausflug. Von Friedrich Wall. (Gebdht.)

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,00 M.

**Arbeiter-Abstinentenbund.** Ortsgruppe Berlin. Erste Abend 8 1/2 Uhr im „Englischen Hof“, Neue Kottbuscher 3: Vortrag des Herrn Dr. med. Wegschädel: „Argt und Alkohol“

**Antilcher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Marktlage: Fleisch:** Zufuhr stark, Geschäft flott; Preise unverändert, in Hammel- und Schweinefleisch etwas anziehend. **Ei:** Zufuhr reichlich, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise etwas nachlassend. **Geflügel:** Zufuhr nicht ganz genügend, Geschäft luf., Preise gut. **Fische:** Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. **Butter und Käse:** Zufuhr in Butter größer, Geschäft lebhaft, Preise nachgebend. **Gewürze, Obst und Gebäck:** Zufuhr reichlich, Geschäft schleppend, Preise ziemlich fest.

**Witterungsbericht vom 11. Juni 1908, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenbildung	Temperatur Grad C	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Wolkenbildung	Temperatur Grad C
Eminende	769,3	1 heftig	15	13	Kapranaba	766,3	2 heftig	13	13
Hamburg	770,3	2 mäßig	13	13	Berchburg	765,3	1 bedekt	13	13
Berlin	769,3	2 mäßig	14	13	Callb.	768,3	4 bedekt	13	13
Frankf. a. M.	772,3	3 bedekt	11	13	Herberden	760,3	2 bedekt	14	13
München	770,3	1 bedekt	12	13	Wurtz	770,3	2 bedekt	12	13
Wien	770,3	2 halb bb.	14	13					

**Wetterprognose für Freitag, den 12. Juni 1908.**  
Stetlich warm, zeitweise heiter, aber veränderlich bei mäßigen südwestlichen Winden, etwas Regen und Gewitterneigung.  
Berliner Wetterbureau